

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Wochenspiegel 10 Pfg. Post-
 gebühren 1,10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Liste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Belgien. Umfang
 2 Blätter, für das übrige Ausland
 3 Blätter pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Spanien und die Schweiz.

Die Interims-Gebühren
 Bezahlt für die sechsgehaltene Polier-
 stelle oder deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Artikel-
 und Verlesungs-Rubriken 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 30 Pfg. (ausführliche Zeitgebühren
 siehe), jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Einzelexemplare und Schließelungen
 zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. (über 10 Blätter
 haben zahlen für zwei Worte). Preisliste
 für die nächste Nummer wählen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erste Ausgabe außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 1. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Turko als Wahlhelfer.

III.

Die deutschen Rüstungsheher und Propheten der „Schwarzen Gefahr“ haben für ihre Behauptung, Frankreich könne in spätestens zehn Jahren zehn aus nordafrikanischen Eingeborenen formierte Armeekorps gegen Deutschland marschieren lassen, noch andere Argumente als die von uns in den vorhergehenden Artikeln widerlegt. Sie sagen, die Unterwerfung Marokkos werde, das jetzt Frankreich hier vollständig freie Hand habe, viel schneller vor sich gehen als die Unterwerfung Algeriens, weil den Franzosen heute alle Hilfsmittel moderner Kriegstechnik zur Verfügung ständen. Dazu gehöre in erster Linie die Möglichkeit, sofort militärisch wichtige Eisenbahnlinien anzulegen zu können. Nun ist schon richtig, daß in den Tagen, in denen Maschinen- und Kleinfabrikgesetze, Schnellfeuerwaffen und Präzisionsgeschosse, Aeroplan und Funkentelegraphie gegen schlecht bewaffnete Eingeborene ins Feld geführt werden können, der Kolonialraub viel schneller erledigt wird als in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo der Unterjoch der Bewaffnung bei den fremden Eroberern und den ihr Land verteidigenden Eingeborenen noch nicht so klaffend war. Und wenn in Algerien die französischen Truppen jahrzehntelang nicht allein mit dem Gewehr, sondern auch mit Hade und Spaten arbeiten mußten, um mühsam Straßen anzulegen, auf denen man Schritt für Schritt in das Innere eindringen konnte, so wird das jetzt in Marokko mit Hilfe der Eisenbahnen schneller gehen. Allerdings werden auch hier einige Jahre vergehen, ehe das Land von Sibiriensträngen von Osten nach Westen und von Norden nach Süden durchquert wird. Die projektierte Anlage der Linie Tanger-Fez hat schon jetzt zu Streitigkeiten zwischen Frankreich und Spanien geführt. Die Trassen der geplanten Linien gehen aber im Innern durch Gebiete, in denen die Eingeborenen ihre Eigentumsrechte geltend machen werden, in denen der Soldat erst vorarbeiten muß, ehe der Eisenbahnarbeiter den ersten Spatenstich tun kann. Und wie werden die Linien und Stationen der glücklicherweise fertiggestellten Bahnhöfe gesichert werden müssen! Man sehe sich daran, daß die seit ungefähr zehn Jahren bestehenden Bahnhöfe im Süden der Provinz Oran an. Da ist jede Station ein kleines Fort mit Schießscharten und Anlagen für Steil- und Planenfeuer. Weist liegt eine kleine militärische Besatzung in den Stationsgebäuden, deren Tore nachts fest verschlossen werden. Die Wasserversorgung der Maschinen erfolgt mit Hilfe eines Schlauches von einer Art Ectum aus — kurz, alles ist darauf eingerichtet, die Station gegen Ueberfälle der Eingeborenen zu verteidigen. Nebenbei bemerkt, sind in ähnlicher Weise fast in allen Dörfern und Weilern Algeriens die Genbarmeriestationen angelegt, selbst in den fruchtbaren und anscheinend ruhigen Ebenen des Tellgebietes. Die im Lande verstreuten einzelnen Farmen erscheinen mit ihren starken, fensterlosen, nur von Schießscharten durchbrochenen Mauern als kleine Festungen und nicht als friedliche Heimgärten harmloser Landleute. Anders wird es auf Jahre hinaus in dem unruhigen Marokko nicht aussehen. Und in solchen Ländern, in denen die fremden Eroberer stets mit einem Aufstand rechnen, sollte man an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Eingeborenen denken? Nur vom Zahlenkollekt besessene Militaristen diesseits und jenseits der Vogesen können sich derartigen Phantasien hingeben, und nur kapitalistische Rüstungsinteressen können diese von sogenannten militärischen Autoritäten vorgelegene Weisheit durch ihre Proklamation zu „nationalen“ Forderungen umprägen lassen, um die große, unteilbare Masse über ihre eigenen egoistischen Ziele zu täuschen.

Die künftigen Eisenbahnen in Marokko werden ein Mittel zur Aufrechterhaltung der französischen Sattelherrenschaft sein, sie werden in späterer Zeit vielleicht auch der kapitalistischen Ausbeutung dienen können, sie sind aber kein Beweis für die Behauptung unserer Rüstungsheher, daß Frankreich an absehbarer Zeit marokkanische Soldaten gegen Deutschland ins Feld stellen könne.

Aber unsere Rüstungstreiber kommen auch noch mit dem eigentlichen schwarzen Geheiß, dem tirailleur senegalais. Sie sagen, Frankreich habe in seinen westafrikanischen Besitzungen ein so ungeheures Menschenmaterial, daß es daraus zahlreiche Regimenter bilden könne, und das um so eher, da die Senegalesen überhaupt kriegerisch seien. Die französische Kolonialarmee zähle jetzt schon 25 000 Mann solcher Regimenter, diese Zahl könne aber mit Leichtigkeit auf 90 000 gebracht werden. Diese schwarzen Bataillone würden selbstverständlich im Falle eines Krieges auch auf Deutschland losgelassen. Die „Post“ fragte seinerzeit, ob der „Vorwärts“ damit einverstanden sei, daß deutsche Soldaten und deutsche Arbeiterfrauen und -Mädchen diesen schwarzen Bestien ausgeliefert würden. Aber so ängstlich ist die Geschichte nicht! Zunächst operieren die „Post“ und die ihr gleichartigen Zeitblätter hierbei mit ganz phantastischen Zahlen, wobei sie sich allerdings auf das alberne Geschwätz französischer Rüstungsfanatiker berufen können. In Wirklichkeit verfügt Frankreich vorläufig über 22 Kompagnien Senegaltirailleurs, die französische Offiziere und Unteroffiziere haben. Diese Kompagnien sollen zunächst auf 25 gebracht werden. Ueber die

Stärke der Kompagnien liegen keine bestimmten Angaben vor; auf keinen Fall ist diese schwarze Truppe jetzt schon 25 000 Mann stark, und bis zu 90 000 ist noch ein sehr weiter Weg. Zurzeit stehen vier Senegaltirailleurs in Nordafrika, drei in Marokko, eins in der Provinz Oran. Generalmajor Wandel hat in der Budgetkommission diesen vier Bataillonen eine Stärke von 10 000 Mann zugesprochen, was viel zu hoch ist; sie dürfte in Wirklichkeit kaum halb so hoch sein.

Richtig ist, daß diese Senegaltirailleurs von kolonialmilitärischem Standpunkte aus vorzügliche Truppen sind. Aber nur für den Kolonialkrieg in tropischen oder höchstens subtropischen Gegenden. Dort leisten sie in kleinen Einheiten bei den Strafexpeditionen und Meheleien den französischen „Zivilisatoren“ wertvolle Dienste. Es wäre aber heller Wahnsinn, sie auf einen europäischen Kriegsschauplatz zu bringen. Wir wissen nicht, ob darüber in der Budgetkommission des Reichstages vertrauliche Informationen gegeben worden sind, wer aber die koloniale und militärische Presse Frankreichs in der letzten Zeit verfolgt hat, weiß, daß die Schwärmererei für die Verwendung der Senegalesenbataillone außerhalb ihrer Tropenheimat bedeutend nachgelassen hat. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Negersoldaten selbst das Klima Nordafrikas schlecht vertragen können. Das in der Provinz Oran versuchsweise stationierte Bataillon hat einen starken Abgang durch Krankheiten usw.; bei den zum marokkanischen Expeditionskorps gehörenden Bataillonen ist es nicht viel besser. Wenn es der „Post“ und anderen militaristischen Blättern in Deutschland nicht bloß darum zu tun wäre, dem deutschen Michel allerlei Schauermärchen aufzutischen, um ihn für die Rüstungsinteressen ihrer Auftraggeber breitzuschlagen, so hätten sie mittlerweile können, daß gerade jetzt, Ende November, ein Dampfer in Oran und Casablanca über tausend franke und entkräftete Senegaltirailleurs mit Weibern und Kindern einschiffen und nach ihrer Heimat transportieren muß. Das ist im Verhältnis zur Gesamtstärke der Senegaltiruppen ein ganz gewaltiger Abgang. Es wäre also für Frankreich ein ganz gefährliches Experiment, wollte es solche schwarzen Soldaten dem Klima der Vogesen, Deutschlands oder Nordfrankreichs aussetzen. Selbst wenn es daran dächte, im Falle eines deutsch-französischen Krieges Turkos und Spahis, unertüchtigen auch Gums auf den europäischen Kriegsschauplatz zu werfen, könnte es die in Nordafrika entstandenen Lücken schon aus Gründen des Klimas nicht ausfüllen, es müßte also zur Sicherung seines nordafrikanischen Reiches, wie es schon 1870 tun mußte, Truppen aus dem Mutterlande nach Afrika transportieren und damit seine europäische Heeresmacht schwächen.

Es sprechen aber noch eine ganze Anzahl anderer Gründe gegen eine Verwendung der schwarzen Truppen in einem europäischen Kriege. Die Senegaltirailleurs sind nur dann für den Kriegsdienst zu haben, wenn sie ihre Weiber mitnehmen dürfen. Selbst bei dem marokkanischen Expeditionskorps haben ihnen die Franzosen diese Konzession machen müssen. Das würde aber bei den Massenansammlungen, die in Europa mit einem modernen Kriege verbunden sein würden, zu den größten Unzuträglichkeiten für die Franzosen selbst führen. Ferner ist die militärische Ausbildung der Senegalesen gar nicht auf einen europäischen Krieg zugeschnitten. Sie kommen in ihrer Heimat kaum in geschlossenen Kompagnien zur Verwendung; in Batailloneinheiten zu setzen sind sie so gut wie gar nicht gewöhnt. Was will man mit solchen Truppen, die nur für den Buschkrieg und Nahkampf dreifert sind, auf einem modernen Schlachtfelde mit seinem nervenzerrüttenden Infanterie- und Artilleriefeuer aus kilometerweiten Entfernungen? Schon diese Andeutungen mögen genügen, um darzutun, daß das Geschrei von der „Schwarzen Gefahr“ leerer Humbug ist. In Frankreich selbst hat man noch andere Gründe gegen die Verwendung der Senegalesen in Europa oder Nordafrika. Man fürchtet, daß sie in Algerien und Marokko Mohammedaner werden und die islamistische Gefahr auch nach Westafrika verpflanzen könnten. Außerdem ist die französische Herrschaft in Guinea und an der Elfenbeinküste noch lange nicht gesichert, so daß die Senegaltirailleurs in ihrer eigentlichen Heimat noch auf lange hinaus zu tun haben werden.

Wenn also die „nationalen“ Wahlagitatoren in der Wahlkampagne mit dem „schwarzen Geheiß“ politischen Kindern das Furchtliche lernen wollen, steht unseren Genossen genug Material zur Verfügung, den Rüstungshebern gründlich heimguzulassen.

Die „Post“ verlangte seinerzeit, daß in den Marokkovertrag eine Bestimmung aufgenommen würde, nach der Frankreich die Verwendung schwarzer Truppen gegen Europa unterjagt werde. Das Blatt der Scharfmacher war dann sehr böse auf Herrn Niderlen-Waelder, weil dieser auch nicht so recht an die „Schwarze Gefahr“ glaubt. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit eine Frage an die „Post“ richten: Wenn in einem Kriege zwischen England und Deutschland, den sie und ihre Gleichen doch gar nicht so ungern sehen würden, englische Matrosen an der Küste Amerikens oder Deutsch-Ostafrikas zu landen versuchen sollten, würden da die Deutschen die schwarzen Eskadren der Schutztruppen nicht auf die Engländer loslassen? Und würde da die „Post“ nicht ihren Segen dazu geben?

Wir wollen hier nicht weiter davon reden, daß der französische Kolonialmilitarismus nicht allein in Afrika, sondern auch in Ostasien schwere Sorgen hat. Frankreich wird

in Indochina, vor allem in Tonkin, durch die chinesische Revolution beunruhigt. Das erwachende Nationalgefühl der Chinesen kann auch die Erinnerung wachrufen, daß Tonkin einst eine chinesische Provinz war, um so mehr als noch viele Chinesen in jenem Lande wohnen. Die Sicherung seines ostasiatischen Besitzes wird Frankreich zu militärischen Maßnahmen zwingen, die auch seine nordafrikanische Armee tangieren.

Ein Argument für das Befehlen einer „Schwarzen Gefahr“ haben aber unsere Rüstungsheher noch, mit dem sie ganz besonders auftrumpfen. Es ist das die Verwendung der Turkos im letzten deutsch-französischen Kriege. Hier haben sich, so sagen sie, die Turkos als ganz besonders gefährliche Gegner erwiesen. Besonders General v. Liebert, der selbst gegen die Turkos gekämpft hat, ist auf diesem Argument herumgeritten, und hat es mit der ganzen Autorität, die in Deutschland die Generalsuniform verleiht, gestützt. Auch Prinz Schönau-Carolath hat, wie wir von einem Mitgliede der Budgetkommission hörten, mit all der dünnflüchtigen Ueberhebung, mit der die meisten Glieder der Offizierskaste auf die „Laien“ und alle die herablicken, die sich ein Urteil über militärische Dinge erlauben, ohne zu den höheren Rangstufen des militaristischen Mandarinentums zu gehören, Dinge über die Turkos zum besten gegeben, die einer kriegsgeschichtlichen Prüfung nicht standhalten können.

Die Verwendung der Turkos im letzten Kriege beweist zunächst noch nicht viel für die Verwendungsmöglichkeit nordafrikanischer Truppen in unseren Breiten. Die Turko-Regimenter kamen damals in geschlossenen Einheiten in den heißen Sommermonaten ins Gefecht, also unter klimatischen Verhältnissen, die, ebenso wie im italienischen Kriege von 1859, einigermaßen denen ihrer Heimat entsprachen. Ihre versprengten Reste sind im Laufe des Winterfeldzuges kaum noch zur Geltung gekommen, sie hatten ebenso wie die nach Deutschland übergeführten kriegsgefangenen Turkos unter der Winterkälte ganz jämmerlich zu leiden. Ferner wußten und wissen die Franzosen recht gut, daß solche eingeborenen Truppen nur dann ganz zuverlässig im Kampfe sind, wenn sie an europäischen Truppen Nahrung haben. Prinz Schönau-Carolath hat in der Budgetkommission die Behauptung aufgestellt, die Turkos hätten bei Weiszenburg und Wörth in größeren einheitlichen Verbänden, sogar in selbständigen Brigaden gefochten. Das ist einfach nicht wahr. Die Franzosen haben die Turko-Regimenter, die dem Korps Mac Mahons zugeteilt waren, sorgsam mit Linieninfanterieregimentern zu Brigaden vereinigt und sie nur mit diesen ins Gefecht geführt. Um den Herrn Prinzen gründlicher zu widerlegen, wollen wir ihm hier die betreffenden Brigaden nennen. Das 1. Turko-Regiment bildete zusammen mit dem 78. Infanterieregiment die Brigade Rellé (Division Douay); das 2. Turko-Regiment mit dem 48. Linienregiment die Brigade Lesdres (3. Division) und das 3. Turko-Regiment mit dem 87. Linienregiment die Brigade Lacretelle (4. Division). Um im Jahre 1870 und auch heute noch weit verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, wollen wir hier kurz feststellen, daß die Jüngerregimenter seit 1833 keine eingeborenen, sondern rein französische Truppen in orientalischer Tracht sind. Sie gehörten 1870 ebenfalls zum Korps Mac Mahons.

Die Turkos haben sich, wenn man auf dem Standpunkte des „gottgewollten“ Massenmordes steht, gewiß gut geschlagen. Aber auch wieder nur unter Bedingungen, die ungefähr denen des nordafrikanischen Kriegstheaters entsprachen. Das 1. Turko-Regiment trat bei Weiszenburg in den Kämpfen um Alenastadt und den Bahnhof in Aktion, also unter Bedingungen, die sich von denen des Nahkampfes auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatze kaum unterscheiden. Ebenso war es mit dem 2. und 3. Turko-Regiment, die bei Wörth in den Weinbergen und Sopsenansammlungen zwischen Fröschweiler und Eschhausen sich neben französischen Regimentern eingenistet hatten und vom preussischen V. und XI. Korps ebenfalls im Nahkampf geworfen wurden. Selbst der letzte verzweifelte Ansturm, den Mac Mahon gegen 3 Uhr unternahm, um Eschhausen den Preußen wieder abzurufen, wobei das 2. Turko-Regiment die Führung hatte, unterschied sich nicht wesentlich von dem Angriff auf ein besetztes Rablennest auf afrikanischer Erde. Ob aber heute die Turko-Regimenter in den kilometerweit auseinandergezogenen Schützengruppen eines „menschenleeren“ modernen Schlachtfeldes zu verwenden sein würden, ist mehr als fraglich, um so mehr als die Artillerie in ganz anderem Maße Schlachtenwaffe geworden ist als 1870. Eine Turko-Gruppe dem Schrapnellhagel unsichtbarer Schnellfeuerbatterien auszuweichen wäre ein vergebliches Experiment.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Turkos in ihrer Heimat auch nur sehr selten in größeren als Batailloneinheiten für das Gefecht einbezogen werden können. Sie sind wie alle afrikanischen Regimenter in kleinere Abteilungen aus dem Regimentsverbande gerissen und unter das ganze Land in Posten usw. verteilt. Die offiziellen Karten über die französischen Streitkräfte in Nordafrika geben gar kein klares Bild über die Truppenverteilung, da sie meist nur den Sitz der einzelnen Stäbe registrieren.

Prinz Schönau-Carolath hat dann auch von großen Toffentaten der Spahis, der arabischen Kavallerie, geredet. Dabei sind die drei Spahiregimenter kaum zu einer großen Aktion gekommen. Die historisch bemerkenswertesten Akte der französischen Kavallerie sind 1870 von den 8. und

9. Kürassieren bei Reichshofen und von der Kavalleriedivision Marguerite bei Sedan auf den Höhen von Floing geritten worden, dabei waren aber keine Spahis. Und wenn der Herr Prinz in der Budgetkommission so schön patriotisch erzählt hat, daß der spätere Kommandant Gaillet mit dem Rufe: „En avant mes braves Africains!“ („Vorwärts, meine tapferen Afrikaner!“) zur Attacke angeführt habe, so hätte er der Wahrheit die Ehre geben und sagen sollen, daß es sich dabei um Chasseurs d'Afrique, also um Vollblutfranzosen, gehandelt hat.

Die Spahis haben im ganzen Feldzuge keine erwähnenswerten Takte gespielt. So wertvoll diese Truppe für die Franzosen in Nordafrika ist, so wenig ist auf einem europäischen Kriegsschauplatz mit ihr anzufangen, schon weil ihre Verberbernde dem Klima und Futterwechsel nicht gewachsen sind.

Wir haben abschließend die Mär von der „schwarzen Gefahr“ in allen ihren Einzelheiten widerlegt, weil in diesen Tagen imperialistischen Hochdrucks den Künftigen- und Kriegsherrn mit allen Waffen entgegengetreten werden muß. Unsere französischen Genossen werden dafür sorgen, daß die Räume ihrer militärischen Geheer nicht allzu sehr in den Himmel wachsen.

Die Erdrosselung der freien Hilfskassen.

Zu den Gesetzen, die Regierung und Reichstagsmehrheit unter allen Umständen noch in diesem Reichstag vor Torschlussschlüssel bringen möchten, gehört auch der Gesetzentwurf, der die Befreiung des Hilfskassengesetzes vorsieht, um die bestehenden Hilfskassen auf Grund der neuen Versicherungsordnung vollständig der Kontrolle der Behörden zu unterwerfen. Zweck auch dieser Maßregel ist es, den Arbeitern die Selbstverwaltung in den von ihnen geschaffenen Hilfskasseneinrichtungen zu nehmen; den Vorstand aber bilden für die Selbstverwaltungsfürsorge die Reichshand, die durch die sogenannten Schwindelkassen hervorgerufen wurden. Nun wird von der Sozialdemokratie, wie von den organisierten Arbeitern überhaupt, natürlich gar nicht bestritten, daß die Schwindelkassen, die sich auf Grund des bestehenden Gesetzes herausgebildet haben, von Unheil sind. Maßregeln, die sich darauf beschränken würden, den Schwindelkassen das Lebenslicht auszulöschen, würde auch die Sozialdemokratie willkommen heißen. Aber hier handelt es sich um etwas anderes. Um die Schwindelkassen nicht am Leben zu lassen, schlägt man gleichzeitig die Selbstverwaltung der Arbeiter überhaupt ab.

Trotz Widerlegung einiger Bestimmungen durch die Kommission beantragte deshalb die Sozialdemokratie die Ablehnung des Erdrosselungsgesetzes und verlangte gleichzeitig in einer Resolution, daß die Regierung einzu ändern Gesetzentwurf vorlege, durch den das bestehende Hilfskassengesetz so geändert werde, daß die Schwindelkassen beseitigt, aber die Selbstverwaltung der Arbeiter in den von ihnen geschaffenen Hilfskassen unangetastet bleiben würde.

Die sehr lebhaften Auseinandersetzungen in der Donnerstagssitzung drehten sich deshalb hauptsächlich um die Frage der Erhaltung oder Erdrosselung der freien Hilfskassen.

Genosse Hoch vertrat in eindringlichen Worten den sozialdemokratischen Antrag; er wies auf die skandalöse Tatsache hin, daß sogar christliche Arbeitervereine, wie Herr Behrens, die Regierung darauf zu mahnen gesucht haben gegen die Hilfskassen, indem sie mit der alten fadensteinkigen Mär operierten, daß die Sozialdemokraten die Hilfskassen zu Parteizwecken mißbrauchten. Wesentlich für die freisinnige Partei sei es, daß sie als Bundesgenossin solcher Arbeitervereine bei der Erdrosselung der Hilfskassen selbstverwaltung mitwirken wollte. Die freisinnige Abgeordnete Neumann-Hofer suchte seine Partei zu verteidigen, indem er darauf hinwies, daß sie doch auf eine Wiltberung des Gesetzes hingewirkt habe. Herr Behrens übertrumpfte sein früheres Treiben noch dadurch, daß er sich zu der Behauptung verließ, dem sozialdemokratischen Terrorismus müsse unbedingt ein Ende gemacht werden und da sei ihm die polizeiliche Kontrolle bei den Hilfskassen doch lieber als deren Selbstverwaltung. Schärfer kann der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie, die für das Selbstverwaltungsrecht eintritt, und den christlichen Arbeitervereinen ja auch gar nicht markiert werden, als es Herrn Behrens gelungen ist: Die Selbstverwaltung der Arbeiter! Die Polizei! Kontrolle!

Das christliche Polizeistückchen wurde vom Genossen Stadthagen gründlich durchgeschüttelt. Das Geschöme des Behrens über den Terrorismus der Sozialdemokratie sei jämmerlicher Klatsch ohne alle Beweise, der von den besagten Herrchen der Reaktion im Raube umgegriffen werde. Herr Behrens mühte sich nicht anders zu verteidigen, als daß er die neue Unwahrscheinlichkeit auskam, die sozialdemokratische Presse billige sogar ausdrücklich den Terrorismus. Dann wurde die Debatte geschlossen und der § 1, der die Aufhebung des Hilfskassengesetzes ausspricht, gegen die Sozialdemokratie angenommen.

Von neuem entspann sich der Kampf, und in feistigerer Weise noch bei einem sozialdemokratischen Antrag, wonach der Presse bei teilweisem Urtel über Versicherungsvereine der Schutz des § 103 des St. G. B. (Wahnehmung berechtigter Interessen) gemäßigt ist. Genosse Stadthagen begründete in ausführlichen juristischen Ausführungen diesen Vorschlag, der gerade geeignet sei, den Schwindelkassen das Wasser abzugraben, denn nichts hätten sie so sehr zu fürchten als die öffentliche Kritik. Jeder hätte aber bisher notorische Schwindelkassen den Schutz der Gerichte gefunden, wenn sie wegen formaler Verletzung ihre Kritiker verklagten. Der Wahrscheinlichkeit sei den Kritikern abgeschnitten worden. Dieser Antrag der Sozialdemokratie brachte einen anderen christlichen Arbeitersfreund auf die Beine, Herrn Johannes Becker aus Krefeld, der es nicht unterlassen konnte, seine Zentrumspartei einmal wieder zu kompromittieren, indem er das Reichsrecht anzufragen ausgrub. Mitglieder der freien Hilfskassen würden durch terroristische Mittel in die freien Gewerkschaften und in die sozialdemokratische Partei hineingeklingelt. Entschuldigend wurde der Sozialdemokratie protestierten gegen diese Verhöhnungen. Dann führte Genosse Hoch den Anwalt, daß Herr Becker nicht nur jetzt eine Unwahrscheinlichkeit verbreitet habe, sondern früher schon bei seinen Angriffen auf den Wanderversand auf den gleichen dunklen Pfaden entlang worden sei. Herr Becker främte nunmehr auch noch die bereits gründlich widerlegte Geschichte vom sozialdemokratischen Terrorismus in der Reichswehr aus, worauf Hoch, unter härmlichem Beifall der Sozialdemokratie stellte, daß die Arbeiter der Reichswehr selbst in einer von 500 Personen besuchten Versammlung diese Verhöhnung bereits zurückgewiesen hätten. Unter heiserer Erregung des Hauses, die sich in Zwischenrufen hinüber und herüber entlief, wurde das Redebüß zwischen Hoch und Becker noch eine Weile fortgesetzt und dann natürlich der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Als 635 Uhr spann sich die Debatte fort. Dann trat Verlegung ein.

Sir Edward Greys Rede.

Aus London wird uns geschrieben:

Sir Edward Grey hat es fertig gebracht, mit einem ihm eigenen Aufwand scheinbar ungezwungener Unfrömmigkeit vielerlei Hochinteressantes und Wichtiges zu sagen, dabei aber doch das Wesentliche, worauf es ankam, dabei zu verschweigen. Deutlich ist es vor allen Dingen, daß aus dieser Disputation zwischen Herrn v. Aderken-Baechter und Sir Edward Grey beide Staatsmänner wie der Raub und der Witz herauskommen. Daß Aderken-Baechter mit seiner veröffentlichten Rede in der Budgetkommission des Reichstags die Deffektivität in Deutschland und der ganzen Welt zugeführt hat, ergibt sich aus den einleitenden Ausführungen Greys mit der größten Klarheit. Die Behauptung des deutschen Staatssekretärs, daß die der englischen Regierung gemachte Mitteilung vom 1. Juli über die Absendung des „Panther“ nach Agadir von keinen Erkundigungen seitens der englischen Regierung gefolgt wurde, wird von Grey direkt widerprochen. Nach seiner Erklärung machte Sir Edward Grey schon am 3. Juli, und dann wieder auf Grund einer Sitzung des englischen Kabinetts am 4. Juli dem deutschen Botschafter in London überaus ernste Vorstellungen. Auf der anderen Seite ist die von der englischen Regierung in die Welt geschickte und von Grey nicht direkt widerprochene Meldung, daß diese englischen Vorstellungen fast drei Wochen unbeantwortet geblieben sind, ebenfalls unrichtig, denn Sir Edward Grey selber mußte in seiner Rede zugeben, daß der britische Botschafter in Berlin am 12. Juli von Aderken-Baechter ersucht wurde, die englische Regierung zu versichern, daß Deutschland nicht daran denke, die Marokkofrage mit Frankreich und Spanien unter Ausschluß Englands zu lösen.

Aber Sir Edward Greys Ausführungen zeigen auch, daß England weit entfernt davon war, das friedfertige Lamm zu sein, das sich nur gegen deutsche Provokationen wehrte. Der Panthererzählung war gewiß ein unverzeihlicher Gewaltstreich, der direkt eine Kriegsgefahr heraufbeschwor, aber abgesehen die englische Regierung sofort Verwahrung gegen dieses Vorgehen einlegte, gab sie doch keine klare Darstellung ihrer Beschwerden und Wünsche, sondern erstellte bloß über eine „neue Situation“, die geschaffen worden sei und die unter gewissen, nicht näher erläuterten Umständen die britischen Interessen direkt berühren könnte. Auf diese Weise überließ Sir Edward Grey der deutschen Regierung die Aufgabe, aus eigener Initiative mit neuen Erklärungen und Erläuterungen zu kommen. Daß die deutsche Regierung das versäumte und abgesehen von der dem englischen Botschafter in Berlin am 12. Juli gemachten Erklärung keinen Versuch unternahm, die englischen Befürchtungen zu zerstreuen, war wieder ein gewissenloses Spiel mit dem Feuer, wofür die deutsche Regierung zur Rechenschaft gezogen werden muß. Aber daß dieses Versäumnis Lloyd Georges Kriegsjournales vom 21. Juli gerechtfertigt habe, davon hat Sir Edward Grey nicht einmal seine eigenen Parteianhänger überzeugen können.

Was sich dann zwischen dem 21. und dem 27. Juli zwischen dem deutschen Botschafter in London und Sir Edward Grey zugetragen hat, stellt den Höhepunkt und dem Verantwortlichsteigendsten der beteiligten Staatsmänner ein sehr schlechtes Zeugnis aus und konnte mit der treffenden Bemerkung Herr Hardies, daß die Herren sich wie Schulknaben betragen hätten, abgetan werden, wenn man vergessen könnte, daß das kindische Pöbeln auf die eigene Würde, die beruhigende Erklärungen verbiete, das Wohl und Wehe der größten Kulturvölker der Erde freudlos auf Spiel setze. Am 27. Juli wurde dann die Krise durch eine verständlich gehaltene deutsche Note und die Erklärung Aquilino im Unterhause als ein nennenswerter Mißverständnis für beigelegt erklärt.

Die allgemeine Ueberzeugung, daß wir am Rande eines europäischen Krieges ständen, hat Sir Edward Grey nicht bestritten, sondern vielmehr bestrahlt. Aber man wird in seiner Rede vergeblich eine befriedigende Antwort auf die Frage suchen, was es eigentlich war, das die englische Regierung läute veranlassen können, einen Krieg gegen Deutschland zu führen. Sir Edward Grey schenkte den Versicherungen Deutschlands, daß es sich nicht in Marokko festsetzen und keine Flottenstation in Agadir erwerben wolle, keinen Glauben, sondern er kam aus der Absendung des „Panther“ und dem ihm von Frankreich gemachten Mitteilungen über die „offenbar unannehmbaren“ Kompensationsforderungen Deutschlands zu dem Schluß, daß es zu seiner Einigung zwischen Deutschland und Frankreich kommen würde. Ferner folgerte er aus der Erklärung der deutschen Regierung, daß eine Rückkehr zum Status quo in Marokko, also zur Agadirnote, nicht mehr in Frage komme, daß Deutschland es auf eine Teilung Marokkos abgesehen habe. War es also der Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, die England zur Kriegserklärung hätte veranlassen können? Mit nichten, denn Sir Edward Grey erklärte ja getrennt ausdrücklich, daß er dann zugunsten einer internationalen Konferenz eingetreten wäre. Allerdings rechnete er mit der Möglichkeit und den Gerüchten, daß Deutschland eine solche internationale Konferenz abgelehnt haben würde. In diesen Möglichkeiten und Gerüchten in eventuell eintretenden Fällen liegt die einzige tatsächliche Grundlage und Begründung der alarmer Kriegsgelüste, die die Diplomaten im Sommer auf Europa heraufbeschworen! Und eine solche Wirklichkeit sollen sich die Völker Europas gefallen lassen! Was im besonderen das englische Volk anbelangt, wird es sich rechtlich fragen, welche englischen Interessen in Frage standen, deren Vertretung einem europäischen Konflikt auch nur im entferntesten als denkbar hätte erscheinen lassen können, da ja doch England keinerlei politische Interessen in Marokko verfolgt. Der Grund, in dem die europäische Diplomatie schon seit Jahren steuert, ist in Frieden und Krieg, und selbst die dramatische Herausforderung der höchsten Gefahr, wie wir sie in diesem Sommer erlebten, wird die Diplomaten nicht veranlassen, aus eigener Initiative heraus bessere Wege zu betreten. Bessere Zeiten werden erst kommen, wenn die Völker sich entschließen, die Führung der auswärtigen Politik der sie monopolisierenden privilegierten Klasse zu entreißen und in die eigenen Hände zu nehmen.

Ganz ohne heilsame Folgen werden die bitteren Erfahrungen der letzten Monate jedoch kaum bleiben. In England wird der Kampf um die Demokratisierung der äußeren Politik weitergeführt werden. Ein ganz erheblicher Teil der liberalen Presse ist bitter enttäuscht über die Rede Sir Edwards, die nirgends einen so begeisterten Beifall fand, als auf den Wänden der Konferenztagen. Daß sie sich offen zu einem Kampfe gegen Sir Edward Grey entschließen können, ist freilich nicht anzunehmen, wie denn auch ein solcher Kampf unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen völlig aussichtslos wäre. Gegen die diplomatische Geheulamercei aber, deren Ergebnisse nun in so überzeugender Weise bloßgelegt worden sind, werden die englischen Radikalen wahrscheinlich doch einen ernsthaften Kampf unternehmen. In irgendeiner Form parlamentarischer Kontrolle, wenn auch in sehr ungenügender Weise, dürfte es in naher Zukunft vielleicht doch kommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. November 1911.

Ein schwergerichtlich entlarvter Terrorismus-Schwindel.

Anfang September d. J. wurde von der bürgerlichen Presse eine Schauermär unter der Spitzmarke: „Ein sozialdemokratischer Terror — der Getötete ein Opfer sozialdemokratischer Verheerung“ verbreitet. Die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, sowie konservative und andere liberale Blätter beachteten ein in der gemeinsten und insamsten Weise zusammengedicktes Lügengewebe, demzufolge die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter Gebirder Gustav, Wilhelm und Bruno Conrad aus Bessen bei Halle unheimlichende Horst-Daundersche Arbeiter überfallen, mit Messern bedroht und den Stellmacher Klotz erstickt haben sollten. Es wurde erzählt, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter wären durch Streiks und durch die sozialdemokratische Presse derartig verheert worden, daß sie sich vor einem von der Sozialdemokratie boykottierten Lokale aufgestellt und die „Hörste“, nur weil diese in dem Lokal verkehrten, einfach niedergestochen hätten. Die die „Wilde“ wären die „Klassenkämpfer“ über die Nationalen hingefallen, und zum Schluß wurde in derartig behauptet, daß die indirekten Veranlasser nicht zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Dieser angebliche Ueberfall sozialdemokratischer Banditen beschäufte heute unter Leitung des Landgerichtsdirektors Schubert das Schwurgericht zu Halle. Es stellte sich alsbald heraus, daß die Darstellung der bürgerlichen Presse über den Sachverhalt, wie der „Vorwärts“ seinerzeit schon berichtet hat, von A bis Z erlogen ist. Die Geschwinder Conrad, die wegen Körperverletzung mit Todeserfolg bezw. Teilnahme an der Schlägerei angeklagt waren, haben weder mit der sozialdemokratischen Partei etwas zu tun, noch haben sie damals Streik- oder Boykottposten gestanden.

Die Angeklagten wurden von den Unternehmern, bei denen sie gearbeitet haben, als tüchtige, brave, nuchterne und fleißige Arbeiter, die niemals zur Unzufriedenheit neigten, bezeichnet. — Anders verhielt es sich mit den als „nationale“ Hirsch-Daundersche Gewerbetreibener bezeichneten Arbeitern, die an dem betreffenden Abend „überfallen“ sein wollten. Es stellte sich nämlich durch die Beweisnahme klar und deutlich heraus, daß diese „Nationalen“ am Abend des 1. September den von der Bauakademie kommenden 21-jährigen Gustav Conrad aus reiner Kauflust überfallen und mit Gummiknüppeln bedroht hatten. Sie hatten ihm die Worte zugerufen: „Wir schlagen Dich zum Krüppel und holen Dir die Aufnahmen raus. Wir wollen Dir zeigen, daß wir noch leben. In fünf Minuten ist Du beim lieben Gott.“

Daraufhin hat Gustav Conrad seine beiden Brüder Wilhelm und Bruno, im am Abend des 8. September, als er einen zweiten Ueberfall befürchtete, von der Schule abgeholt. Bei dem zweiten Ueberfall ereignete sich dann die zur Anklage führende Tat. Gustav Conrad zog in der Abwehr das Messer und nach seinen Gegnern, den Steckmacher Klotz nieder. Aus dem Fenster riefen Zuschauer dem Gustav Conrad zu, er solle sich doch wehren. In der Beweisaufnahme wurden die nationalen Zeugen von dem Vorsitzenden und den Geschworenen ins Kreuzverhör genommen und verurteilten sich demnach in Widerspruch, daß sie einmal der Geschworenen Herr Hieros von Bissen erbeb und den Nationalen die Worte zuriel: „Was Sie da sagen, glaubt Ihnen kein Mensch; Sie haben sich zu sehr verplumpt.“

Das Resultat der Verhandlung war: Die drei Geschwinder Conrad wurden sofort freigesprochen.

Wird die Verleumdung nun dem Mut zur Rechtfertigung finden? Nach den bisherigen Erfahrungen rechnen wir nicht darauf.

Hausabänderliches.

Nach seinen „Mitteilungen“ steht der Hausabund angeblich über den Parteien. Er ist verpflichtet, alle diejenigen Parteien im Wahlkampf zu unterstützen, oder wenigstens nicht zu bekämpfen, die die politischen oder wirtschaftlichen Interessen der erwerbsfähigen Klasse gegenüber der Wirtschaftspolitik des schwarzblauen Blocks vertreten. Durch eine Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ veranlaßt, hat nun der demokratische Wahlausschuß des 1. Berliner Reichstagswahlkreises beim Hausabund angefragt, ob es wahr sei, daß er im 1. Berliner Wahlkreis die Kandidatur Kamps unterstützen würde. Der Hausabund hat darauf, wie das „Demokratische Parteiorgan“ berichtet, zwar die Verantwortung für die Notiz in der „Freisinnigen Zeitung“ abgelehnt, aber wörtlich geantwortet: „Im übrigen teilen wir Ihnen mit, daß in einer gestern abgehaltenen Versammlung sämtlicher Vorstände der Berliner Wahlgruppen des Reichstagswahlkreises beschlossen worden ist, die Kandidatur des Mittelstands des Direktoriums des Hausabundes, Herrn Stadt-Ärztin Kamps, mit aller Kraft zu unterstützen.“

Damach hat also der Hausabund in Berlin auf die neutrale Stellung gegenüber denjenigen bürgerlichen Parteien verzichtet, die sonst den Anforderungen seiner Richtlinien durchaus genügen.

Ein sozialdemokratischer Landtag-Vizepräsident in Elbsh-Vorhingen?

In einer Konferenz der Fraktionsvorstände des neuen Landtages in Elbsh-Vorhingen, der nach offizieller Verlautbarung schon am 6. Dezember im Reichspalast zu Straßburg feierlich eröffnet werden soll, kam man dahin überein, das Landtagsbüro genau nach der Färbung der Fraktionen zu besetzen. Danach stellt das Zentrum den ersten Präsidenten, wolle die Partei den Land- und Reichstagsabgeordneten Dr. Müllin bestimmen. Da die drei anderen Fraktionen (Sozialdemokraten, Liberal-Demokraten und Volklinger Block) geschlossen gleich sind, wurde vorgeschlagen, bei der Besetzung des ersten Vizepräsidentenpostens von den Hospitanten abzuweichen und der Reaktion den Vortritt zu geben, die an reinen Mitgliedern die stärkste ist, und das wäre die Fraktion der — Sozialdemokratie. Dem zweiten Vizepräsidenten würde der Volklinger Block stellen, so daß die Liberal-Demokraten, die unter ihren Mitgliedern vier Hospitanten hätten, im Kammerpräsidenten lediglich durch einen Ersatzhörer vertreten wären. Dem Präsidenten soll eine Aufwandsabrechnung von 2000 M. für das Jahr bewilligt werden.

Nach den getroffenen vorläufigen Dispositionen soll nach Besetzung der Geschäftsordnung des Landtages und nach Erledigung des Budgets die Frage der Steuerreform und dann die der Beamtenbesoldung in Angriff genommen werden. Erst dann soll die Diätenfrage zur Erörterung kommen, die nach dem Verlaufsgeheim bis spätestens den 1. Juli 1912 gelöst sein muß. Bis dahin dürfte es zu einem Proporzforum kommen auf der Grundlage des bisherigen Zustandes für die Landesauswahlkommissionen (20 M. pro Sitzungstag, aber nur eine Eisenbahnfahrt vom Wohnort des Abgeordneten nach Straßburg zu Beginn der Session und nach Schluß derselben).

Au der förmlichen Eröffnung des Landtages im Reichspalast (Verlesung der Thronrede durch den Statthalter mit dem kaiserlichen Kaiserhoch) wird sich die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Kammer nicht beteiligen.

Gewerkschaftliches.

Parteiknechte!

Kürzlich veröffentlichten ultramontane Blätter eine Notiz, die den christlichen Presseleuten die Weisung erteilt, den Wahlkampf in anständiger Form zu führen. Die Notwendigkeit solcher Mahnung ist unbestritten, ihr Erfolg bei den Gewerkschaftsschreibern unzweifelhaft — negativ! Ein Bröbchen „anständiger“ und „wahrhaftiger“ Polemik leistet sich das Blatt des christlichen Gewerkschaftshauptlings Giesberts, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ — Nr. 46. — Die geistliche Nährmutter der christlichen Gewerkschaften schreibt unter der Überschrift: „Freie Gewerkschaften — sozialdemokratische Parteiknechte“:

„Diese gewerkschaftlichen Parteiknechte betätigen sich unter mancherlei Art und Weise, in ihren Versammlungen und ihrer Presse machen sie sozialdemokratische Politik, helfen sie der Partei, das Volk belügen und betrogen, sie treiben ihre Mitglieder in die politische Organisation, sie drängen ihnen das Abonnement der Parteipresse auf, sie stellen der Partei die Agitatoren und scheuen auch keinen Griff in die Gewerkschaftskasse, wenn's das Parteinteresse erfordert.“

Und wie sieht der Beweis aus? Die Giesbertianer finden ihn in folgendem Zirkular:

„Krefeld, den 31. Oktober 1911. Verehrte Kollegen! Der Kartellvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auf Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr, im oberen Saale des Herrn Wuyger eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände einzuberufen, welche ihre Stellung zu den bevorstehenden großen politischen Wahlen präzisieren soll. Besonders soll die agitatorische und finanzielle Frage in Erwägung gezogen werden, und dürfen wir zu dieser hochwichtigen Frage wohl bei unseren Gewerkschaftsfunktionären ein solches Interesse voraussetzen, daß sie vollständig erscheinen. In der Hoffnung, daß kein Vorstandsmitglied fehlt, zeichnet mit kollegialem Gruß: Der Kartellvorstand, J. A. Fr. Leyerer.“

In dem Zirkular steht kein Wort davon, in welcher Weise die Eingeladenen Stellung nehmen sollen oder gar werden. Trotzdem knüpft die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das „Organ für die Interessen der arbeitenden Stände“, daran folgende tiefgründige Betrachtung:

„Als die Freien Gewerkschaften müssen sich vor den Agitationen der Partei spannen lassen, für die Partei arbeiten und ihr auch noch Geld geben. Obher geht's nimmer!“

Demnach scheint man in M. Gladbach schon der Auffassung zu sein, freie Gewerkschaftler dürfen überhaupt keine politische Meinung haben oder wenigstens nicht befunden, wenn sie nicht für — das Zentrum eingestellt ist! Aus der christlichen Gewerkschaftspresse hat man bisher immer vernommen, die Brüder in Christo müßten sich a u c h p o l i t i s c h b e t ä t i g e n — aber unter allen Umständen a n t i s o z i a l d e m o k r a t i s c h! Das ist jedenfalls eine parteipolitische Stellungnahme. Die patenten Gewerkschaftsschreibern an der Spitze kommen zu der lieblichen Charakterisierung von den Parteiknechten aus einer an sich ganz richtigen Erwägung. Sie sagen sich: wenn ein von keiner Parteiklaverei bedrückter Gewerkschaftler politische Stellung nimmt, so kann er das unfehlbar nur als Sozialdemokrat, weil er in dieser Partei die Politik nach gewerkschaftlichen Grundätzen und Bedürfnissen selbst mitbestimmt, weil zwischen gewerkschaftlichen Forderungen und politischem Wirken der Sozialdemokratie Gegensätze unmöglich sind. — Daß es so ist, weiß jedermann, und deshalb schon kann von einem Abhängigkeitsverhältnis der Gewerkschaften von der Partei gar keine Rede sein. Anders bei den Gewerkschaftsschreibern in ihrem Verhältnis zum Ultramontanismus. Wiederholt haben christliche Gewerkschaftsführer im Reichstage unter dem Zwange der Parteitaktik des Zentrums gewerkschaftliche Interessen preisgegeben, sich zu den Beschlüssen christlicher Gewerkschaften und ihren eigenen vorher vertretenen Forderungen in schroffem Widerspruch gesetzt. So in ganz prononzierter Weise bei der Reichsverfahrensordnung und der Reichsfinanzreform. Deshalb zur Rechenschaft gezogen, verteidigte Herr Giesberts sich mit „höheren Interessen“, denen man die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen hätte opfern müssen. Die „höheren Interessen“ bestimmt das Zentrum! Ergo könnte man bei den Giesberts und Zentrumsgenossen mit Recht von „Parteiknechten“ sprechen. Trotzdem: die Christen hielten sich in den neutralen Gewerkschaftsmantel und schreien: H a l t e t d e n D i e b!

Die Höhe der unerforschlichen Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit unserer Gewerkschaftsschreibern erteilt nur der mit allen Selen pfäffischer Demagogie Gesalbte!

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Damentouffektion.

Die Verhandlungen zwischen den Organisationsdelegierten der streikenden Parteien haben gestern vormittag im alten Seehandlungsgebäude in der Jägerstraße mitzugesunden oder vielmehr begonnen, denn sie sollen heute vormittag fortgesetzt werden. Die Vertreter des Fabrikantenverbandes legen ihre Vorschläge vor. Sie enthalten in den Hauptpunkten folgendes: Der Fabrikantenverband will seine Mitglieder bindend verpflichten, von der nun beginnenden Saison ab für alle Muster, wie für die darauf folgenden Bestellungen prozentuale Lohnerhöhungen zu gewähren, die jedoch nicht auf das einzelne Stück, sondern am Wochenschluß bei der Abrechnung als Zuschlag zur Gesamtsumme ausbezahlt werden. Der Zuschlag soll betragen: bei Stücklohn bis zu 2 M. 20 Proz., bei solchen bis zu 4 M. 10 Proz. und bei über 4 M. 5 Proz. des bisher üblichen Lohnes, den der betreffende Meister fordert. Die bisher für die einzelnen Stücke gezahlten und üblichen Preise dürfen in keiner Weise herabgesetzt werden. Für die Kinderkonfektion soll der Zuschlag einheitlich sein und 10 Proz. betragen. Zwecks Sicherung der Abmachungen soll eine paritätische Kommission aus je einem Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen eingesetzt werden. Bei Verstößen gegen die Abmachungen verpflichtet sich der Fabrikantenverband, das betreffende Mitglied kraft der in seinen Satzungen gegebenen Mittel zur Zahlung des höheren Lohnes anzuhalten. Die Zwischenmeister sollen sich verpflichten, zwei Drittel des Zuschlages ihren Heimarbeiterrinnen auszugeben, und mit der Überwachung der Durchführung dieser Bestimmungen wird die erwähnte Kommission ebenfalls betraut.

Ferner wird den Meistern und Werkstätteninhabern empfohlen, die Löhne, die sie von den Fabrikanten erhalten, so zu berechnen, daß für die Durchschnittsarbeiterin ein Mindestlöhndersohn von 30 Pf. zugrunde liegt, so daß also die Arbeiterin in 10 Stunden mindestens 3 M. verdienen kann.

Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen konnten irgendwelche bindende Erklärung zu diesen Vorschlägen nicht abgeben, weshalb die Verhandlungen vertagt wurden. Die vereinigten Kommissionen der Meister und Arbeitnehmer hielten gestern abend eine Sitzung ab, um zu der Sache Stellung zu nehmen.

Die Tarifbindung der Herrenmohlschneider.

Die Mitgliederversammlung der Herrenmohlschneider, die am Mittwoch stattfand, um zur Bindung des Tarifs und dem neuen Tarifvertrag. Nebst: Richard Barth, Berlin. Inzerententil verantw. T. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vertriebsbüro, u. Verlagsanstalt P

Tarifvertrag Stellung zu nehmen, füllte den großen Saal der Brauerei Friedrichshagen und die Galerien bis auf den letzten Platz. Der Referent Kunze hob hervor, daß der Zweck der Tarifbindung vor allem Lohnerböschung ist, die sich infolge der steigenden Teuerung als notwendig erweist. Die Forderungen sind jedoch im Rahmen dessen gehalten, was zu bewilligen möglich ist und auch als mäßig bezeichnet werden muß. Die auf die einzelnen Positionen verlangten Aufschläge betragen im Durchschnitt bis zu 10 Prozent. Es wird ferner die freie Forderung der Maßgaben in natura gefordert, und im übrigen ist als besonders wichtig die Verfürgung der jetzt noch zehnständigen Arbeitszeit auf neun Stunden zu erwähnen. Von den als Heimarbeiter tätigen Mohlschneidern muß erwartet werden, daß sie die Arbeitszeitverfürgung ebenfalls gewissenhaft durchführen werden, wie sie überhaupt die tarifliche Arbeitszeit streng einzuhalten haben. In den Stunden- und Wochenlöhnen werden ebenfalls beschriebene Erhöhungen verlangt. Die gesetzlichen Feiertage dürfen vom Wochenlohn nicht in Abzug gebracht werden, was übrigens schon für einen großen Teil der Tagelöhner besteht. Der Referent erklärte zum Schluß, daß die Arbeitnehmer ernstlich bestritten werden, den neuen Tarif auf Grundlage friedlicher Verhandlungen zustande zu bringen, aber wenn das nicht gelingen sollte, bereit sein werden, ihn unter denselben Umständen durchzuführen, wie 1907.

In der lebhaften, zeitweise etwas erregten Diskussion wurden verschiedene Forderungen und Positionen des Tarifentwurfes, der in einer 44 Seiten starken Broschüre gedruckt vorliegt, als zu niedrig bezeichnet und als durchaus unzureichend, die seit 1907 eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung auszugleichen. Es wurden verschiedene Anträge auf Abänderung oder Ergänzung der Vorlage eingebracht, die größtenteils durch die einstimmige Annahme folgender Resolution erledigt wurden, im übrigen aber berückichtigt werden sollen.

Die Versammlung erklärt sich mit der seitens der Ortsverwaltung und der Herrenmohlschneidern vorgelegten Tarifvorlage einverstanden. Sie beauftragt die Ortsverwaltung den bestehenden Tarif zu kündigen und die neue Vorlage den Arbeitgebern einzuzureichen.

Teuerungszulage für die Arbeiter im Brauereigewerbe Groß-Berlins.

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Arbeiter aus den Brauereien hielten am Mittwoch bei Boeker in der Weberstraße eine Versammlung ab. Der Verbandsvertreter Klitz berichtete der Versammlung folgendes: Infolge der herrschenden außergewöhnlichen Teuerung und der dadurch ebenfalls ungünstig beeinflussten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in den Brauereien Berlins sei der Wunsch unter der Arbeiterschaft laut geworden, daß die Brauereien neben den tariflichen Lohnsätzen eine Teuerungszulage gewähren möchten.

Das Kartell der in den Brauereien Berlins vertretenen Transportarbeiter- und Handwerker-Organisationen habe zu dieser Frage Stellung genommen und beschlossen, trotz des bevorstehenden Lohnarbeits an den Verein der Brauereien einen schriftlichen Antrag zwecks Gewährung einer den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage zu stellen. Diesem Beschlusse sei der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter nachträglich beigetreten.

Der Verein der Brauereien habe den Wünschen der in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter Rechnung getragen und auf die Dauer von vier Monaten eine Teuerungszulage von 1 M. pro Woche für jeden Arbeiter bewilligt. Der diesbezügliche Bescheid an die Organisationen hat folgenden Wortlaut:

Verein der Brauereien Berlins und Umgegend.

Berlin, 24. 11. 1911.

Im Anschluß an unser Schreiben vom 8. November d. J. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend in seiner Sitzung vom 21. d. M. beschlossen hat, sämtlichen Kategorien der in den Vereinbrauereien beschäftigten Arbeitnehmer auf die Dauer von vier Monaten eine außerordentliche Zulage von wöchentlich einer Mark als Teuerungszulage zu gewähren. Die Zulage gelangt zum ersten Male am Freitag, den 1. Dezember d. J., zur Auszahlung und wird zuletzt am Freitag, den 20. März 1912, gezahlt werden.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hin, daß Änderungen an dem geltenden Tarifvertrag vom 12. Mai 1910 grundsätzlich nicht zugelassen werden können, und daß auch durch die in Aussicht genommene Teuerungszulage eine Abweichung von den Bestimmungen des Tarifvertrages in keiner Weise zum Ausdruck gebracht werden soll.

Geschäftsbüro

Dr. Syndikus

gez. Dr. Hermann Müller.

Es wurde sodann noch weiter berichtet, daß alle in Frage kommenden Organisationen manchem gemeinsam einen gleichartigen Antrag auf Teuerungszulage allen den Brauereien, die dem genannten Verein nicht angehören, eingereicht haben, ferner, daß auch noch der Antrag an die Brauereien um Freigabe des 12. Monats (Reichstagswachttag) eingereicht worden sei. Die Bescheide hierüber stehen zurzeit noch aus. — Bei Beginn der Versammlung hielt Genosse Karl Schulz einen Vortrag über Ainderungsbeurteilung.

Bei der Weinstirma D. Kraenel, Vosslianerplatz, stehen erste Differenzen bevor. Die in diesem Betriebe beschäftigten Hausdiener, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, haben durch denselben Forderungen, die durchaus berechtigt sind, eingereicht. Der Firma wurde ein Tarifvertrag unterbreitet. Herr Kraenel ließ sich wohl in eine Verhandlung ein, irgendwelche Zugeständnisse machte er jedoch nicht. Daß die Forderungen auf Erhöhung des Lohnes noch dazu bei der bestehenden Teuerung Verechtigung haben, beweist schon der Umstand, daß selbst verheiratete Hausdiener sich mit einem Wochenlohn von 23 M. abfinden lassen müssen. Der Anfangslohn ist sogar noch bedeutend geringer. Die Arbeit in den Berliner Weinstirmen ist eine sehr gesundheitswühlige. Um so mehr hätte die Firma Veranlassung, den bescheidenen Wünschen ihrer zuverlässigen Angestellten Rechnung zu tragen.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz der Stellmacher.

Sowohl sie im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, fand am 26. und 27. November in Dräfers Festhallen in Berlin statt. Erschienen waren außer der Verbands- und Ortsleitung 56 Delegierte aus 51 Orten. Aufgabe der Tagung war in erster Linie die Erledigung organisatorischer Fragen. Die Entwicklung in der Stellmacherei zeigt sehr erhebliche Unterschiede. Neben der primitiven Stellmacherei, wie sie vor noch nicht langer Zeit allgemein und jetzt noch in zumeist ländlichen Bezirken zu finden ist, die mit allem Raffinement kooperierte Waggonindustrie und der in sprunghafter Entwicklung begriffene Automobil- und Karosseriebau. So verschieden nun die Betriebe und Fabrikationseinrichtungen, so verschieden sind die Organisationsverhältnisse und so unterschiedlich die Löhne und Arbeitszeiten der in diesen Betrieben Beschäftigten. Die länderliche Lage der meisten Stellmachereibetriebe bedingte eine recht schwache Organisationsarbeit. Im Jahre 1903 waren 450 organisierte Stellmacher zu zählen, mit vieler Mühe und Arbeit gelang es, die Zahl der Organisierten bis zum Schluß des Jahres 1910 auf 4773 zu steigern. Das ist aber immer noch ein unbefriedigendes Verhältnis, da nur ungefähr 10 Proz. der in der Stellmacherei Beschäftigten organisiert sind. Trotzdem gelang es der Organisation, die Arbeitsverhältnisse wesentlich zu verbessern. Betrag der Durchschnittslohn der Stellmacher nach den statistischen Erhebungen des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1903 18,43 M. und die durchschnittliche Arbeitszeit 63,1 Stunden pro Woche, so waren 1906 die entsprechenden Zahlen 20,35 M. und 58,8 Stunden. Zugewissen sind weitere Verbesserungen erfolgt. Waren doch allein im Jahre 1910 1430 Stellmacher an vom Holzarbeiterverband geführten Lohnbewegungen beteiligt, und auch die Lohnbewegungen des Jahres 1911 brachten in den verschiedenen T. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vertriebsbüro, u. Verlagsanstalt P

neun Monaten für 994 Stellmacher eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich drei Stunden und für 1030 Stellmacher Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1,90 M. wöchentlich. Für 808 Stellmachereibetriebe mit 1362 Beschäftigten wurden durch die Organisation Tarifverträge abgeschlossen, durch die die Arbeitszeit für 406 Arbeiter auf 53 bis 54 Stunden, für 445 Arbeiter auf 55 bis 57 Stunden und für den Rest auf 57½ bis 60 Stunden festgelegt wurde. Gleichen Schritt mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit hatten die Lohnaufbesserungen.

Auf der Konferenz wurden Maßnahmen beraten und beschlossen, die Agitation für den Verband noch wirksamer als bisher zu gestalten.

Weiterer Beratungsgegenstand war die Regelung des Arbeitsnachweises. Besprochen wurde, daß bei Tarifabschlüssen die Regelung des Arbeitsnachweises zu beachten sei, daß, soweit paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie bestehen, diese auch für die Stellmacher zugänglich gemacht werden sollen, daß städtische Vermittlung, soweit die Parität gewahrt bleibt, auch von den Stellmachern benutzt werden und Stärkung des Einflusses auf Innungsnachweise angestrebt werden soll.

Der von verschiedenen Seiten gestellte Antrag auf Herausgabe eines technischen Fachblattes führte zu keinem positiven Resultate, da der Verwirklichung zurzeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Den Schluß der Beratung bildete die Annahme einer Resolution gegen die Verwendung von Bleiweißfarben im Waggonbau.

Letzte Nachrichten.

Die Wassergefahr beim Bau der Untergrundbahn.

Rund 20000 Kubikmeter Kondenzwasser von den Berliner Elektrizitätswerken sind am Donnerstagabend in der Baugrube der Untergrundbahn an der Stralauer Straße bezw. Spree eingedrungen. Das Wasser stand gestern abend 2 Meter hoch in der Baugrube. Mit zwei Kreiselpumpen und zwei Pumpen von Dampfstrigen der Berliner Feuerwehre pumpte man unausgesetzt das Wasser aus der Baugrube in die Spree. Falls nicht nach Witternacht der Betrieb von den Berliner Elektrizitätswerken eingestellt wird und der Zufluß von dem Kondenzwasser aufhört, besteht die Gefahr, daß die Baugrube, die etwa 5 Meter tief ist, erschauft, weil nämlich, wenn das Wasser noch höher steigt, die beiden Kreiselpumpen dann nicht mehr weiterarbeiten können. Sie liegen so tief, daß sie schon gestern abend nahe daran waren den Betrieb einstellen zu müssen. Außer dem Kondenzwasser, das in einer Mächtigkeit von 1500 bis 2000 Kubikmeter pro Stunde dem gebrochenen Abflußkanal zufließt, dringt auch Grund- und Spreewasser ein.

Ein großer Dachstuhlbrand

fam gestern abend um 7 Uhr in Wilmersdorf, in dem großen Eckhause Kurfürstendamm 130 und Westfälische Straße 47/48, aus bisher noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Als die Gefahr von Straßenpassanten bemerkt wurde, schlugen die Flammen bereits aus dem Dachgeschoß hell zum Himmel empor. Von mehreren Seiten eilten die Feuerwehren von Wilmersdorf und Halensee mit ihren beiden Jigen schnell zur Stelle. Der Angriff wurde über die schon total verqualmten Treppen, sowie über zwei große mechanische Leitern und vom Nachbarhause aus über die Dächer mit großer Bravour ausgeführt. Die Verqualmung war so enorm, daß die Feuerwehrmänner an mehreren Stellen das Dach einschlagen mußten. Mit 6 Schlauchleitungen mußte über eine Stunde kräftig Wasser gegeben werden, um die angrenzenden Gebäude und besonders das vierte Stockwerk zu schützen. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl vernichtet wurde. Die Flammen hatten besonders an dem Inhalt der Bodenverschläge reiche Nahrung gefunden, so daß die Lösung sich sehr schwierig gestaltete. Erst in später Nachtstunde konnten die Wehren wieder abrücken.

Die Aussperrung der Metallarbeiter.

Bei der Firma Dreyfus u. Koppel in Rowawes sind 750 Mann ausgesperrt, 465 Metallarbeiter haben sich den Aussperrten angeschlossen.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 30. November. Betreffs der russischen Forderungen erklärte Staatssekretär Grey noch: Ich kann keine bestimmte Erklärung abgeben, obwohl wir bereits mit der russischen Regierung in Verbindung gestanden haben und obwohl wir fortfahren werden, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um eine Beilegung zu fördern, die in den besten Interessen der drei in Betracht kommenden Länder liegt. Hierauf stellte Dillon die Anfrage, ob Rußland auch den Namen der britischen Regierung gebraucht habe, als es sein Ultimatum stellte. Staatssekretär Grey erwiderte: Ich habe der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Vorgehen Shusters zu unangenehmen Dingen geführt hat und daß dort die englische und russische Regierung um Rat zu fragen seien, bevor fremde Unterthanen im Namen der persischen Regierung Anstellung erhalten.

Wie weit diese meine Meinung von der russischen Regierung in Teheran verstanden worden ist, weiß ich nicht. Grey fügte noch hinzu, daß er keinerlei Mitteilung von der amerikanischen Regierung über den Gegenstand erhalten habe. Die Lage sei derzeit, daß sie hinsichtlich der möglichen äußersten Folgen für Persien die erste Beachtung der englischen und der russischen Regierung erfordere.

Die Vermittlungsfaktion in China.

London, 30. November. (W. T. W.) Im Hinblick auf die Meldungen von Truppenbewegungen anderer Mächte nach China erfährt das Reutersche Bureau, daß die britische Regierung mit dem englischen Gesandten in Peking berate, ob es sich empfiehlt, britische Truppen zu landen. Für den Augenblick jedoch ist dort kein Grund vorhanden zu der Befürchtung, daß sich die Lage, was den Schutz der Europäer anbetrifft, verschlimmert. In Hinblick auf die Frage einer Vermittlungsfaktion in China ist aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika die Absicht haben, in enger Fühlung zu bleiben, und jede Gelegenheit begrüßen würden, die sich für eine erfolgreiche Vermittlung bietet. Gegenwärtig aber ist ihre Haltung die strenge Neutralität zwischen den kämpfenden Parteien.

Kammerwahlen in Schweden.

Stockholm, 30. November. Die Wahlen zur Ersten Kammer sind heute beendet worden. Die neue Kammer besteht aus 87 Mitgliedern der Rechten, 51 Liberalen und 12 Sozialdemokraten; die frühere bestand aus 118 Mitgliedern der Rechten, 30 Liberalen und 4 Sozialdemokraten.

Eine freche Provokation.

Paris, 30. November. (W. T. W.) Der Marineminister hat angeordnet, daß 1400 bei dem Bau des Dreadnought „Courbet“ beschäftigten Arbeiter des Arsenals von Toulon wegen des jüngsten passiven Widerstandes mit einem Lohnabzug von 1½ Tagen bestraft werden. Die Arsenalarbeiter sollen entschlossen sein, diese Strafmaßnahme mit einem neuen Ausstand zu beantworten.

Paul Singer & Co., Berlin SW. 5. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

218. Sitzung vom Donnerstag, den 30. November, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Aufhebung des Hilfsklassengesetzes.

Zu § 1, der diese Aufhebung ausspricht, beantragen die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) die Abänderung und gleichzeitig vom Reichslanzler die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu verlangen, der die Mängel in den Hilfsklassen durch entsprechende Änderungen des Hilfsklassengesetzes beseitigt.

Die Diskussion wird mit der über § 2 verbunden, der den Landesregierungen gestattet, die Hilfsklassen den Vorschriften des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen zu unterwerfen.

Abg. Hoch (Soz.):

Auch wir erkennen an, daß Mängel bei den Hilfsklassen bestehen, zu deren Beseitigung ein Gesetzesänderung notwendig ist. Aber die Hilfsklassen der Versicherung durch Aufhebung des Hilfsklassengesetzes aufzuheben, halten wir nicht für richtig. Auch in der Kommission ist ein Beweis, daß die Beseitigung des Hilfsklassengesetzes notwendig ist, nicht erbracht worden. Staatssekretär Delbrück führte dort aus, wenn die Regierung sich auf den Boden unseres Antrages stellen würde, könnte sie auch nur solche Änderungen des Hilfsklassengesetzes vorschlagen, wie sie schon in dem vorliegenden Entwurf vorge schlagen sind. Und deswegen sei es doch besser, nur ein Gesetz zu machen, anstatt zwei, das heißt also, das Versicherungsaufsichtsgesetz auf die Krankenkassen auszuweiten. Aber nicht darauf kommt es an, ob ein oder zwei Gesetze gemacht werden, sondern wir bestreiten, daß es richtig ist, die Hilfsklassen, die sich auf dem Boden der Selbstverwaltung entwickelt haben, jetzt auf einen anderen Boden zu stellen und die Arbeiter zu entziehen. (Zuruf bei der Sozialdemokrat.) Wenn Sie, Herr Neumann-Hofer, die Arbeiter nicht entziehen wollen, so können Sie gar nicht für das Gesetz stimmen. Sehen Sie sich doch das Versicherungsaufsichtsgesetz an. Da finden Sie in § 7 die Bestimmung, daß Versicherungsaufsichtsgesetz dann nicht zugelassen werden sollen, wenn nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten nicht genügend gewahrt sind. Also nicht die Versicherten haben darüber zu entscheiden, ob und wie ihre Interessen gewahrt werden, sondern die Aufsichtsbehörde. Nach § 64 ist die Aufsichtsbehörde befugt, Mängel zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden. Die Aufsichtsbehörde kann verbieten, was ihr nicht paßt, und anordnen, was ihr paßt. Das eigene Erkenntnisvermögen der Versicherten wird vollständig aufgehoben. § 67 gestattet der Aufsichtsbehörde, die Kasse aufzulösen und zu schließen, wenn die Interessen der Versicherten gefährdet sind.

Selbstverwaltung. Herr Neumann-Hofer, besteht doch darin, daß die Versicherten selbst ihre Interessen wahren und die Aufsichtsbehörde lediglich darüber wacht, daß die Gesetzesbestimmungen eingehalten werden. Wenn aber in jeder Frage über die Interessen der Versicherten das Ermessen der Aufsichtsbehörde maßgebend ist, kann man doch von einer Selbstverwaltung nicht sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Herr Neumann-Hofer noch zweifelt, um was es sich handelt, so mag er sich doch an das Auftreten des Abg. Behrens bei der ersten Lesung erinnern. Herr Behrens sagte geradezu, es handelt sich darum, den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiter bei den Hilfsklassen aufzuheben. Das ist ja die Methode dieses „Arbeiterführers“, kein Recht der freien Arbeiter zu achten, sondern nach dem Volkswort zu rufen, und in dieser Gesellschaft scheint sich Herr Neumann-Hofer zu gefallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es denn aber gerechtfertigt, die freien Hilfsklassen unter Aufsicht zu stellen? Die Bureaucratie sagt natürlich ja. Aber je mehr die Bureaucratie sich in die Verhältnisse der Arbeiter einmischt, desto verächtlicher muß sie werden. Wer irgendeinen Einfluß in die Verhältnisse hat, weiß, wie völlig unmöglich es ist, alle Einzelheiten zu überwachen.

Kleines Feuilleton

Eine geschichte Hohenzollernlegende. Kleist, dessen 100. Todestag schnell verfließender Strohhalm entzündet hat, verbrachte seine letzten Jahre in großer Dürftigkeit. Als er sich erhob, hand er buchstäblich dem Nichts gegenüber. Ja, wenn die edle Königin Luise noch gelebt hätte, wäre es vielleicht anders ausgefallen. Aus Kleists Briefwechsel mußte man nämlich, daß Kleist einige Jahre (bis zum Tode der Königin) von ihr eine Pension bezog, die aber merkwürdigerweise durch die Hände von Marie v. Kleist ging, der von Kleist geliebten Frau eines seiner Verlobten. Nachforschungen im königlichen Hauptarchiv, über die Herrscher Georg III. de V. u. v. berichtet, haben aber ergeben, daß sich nirgends ein Beleg für diese Pension fand, daß vielmehr, als Kleist sich in einer Eingabe darauf bezog, Hordeberg nur feststellen konnte, daß niemand (auch in der nächsten Umgebung des Königs) davon wußte. Es ist also so gut wie sicher, daß die Königin zur Rolle einer Literaturbeschreiberin ganz unbedeutend gekommen ist (wie ja mancher andere gleichfalls).

Da aber Kleist durch Marie von Kleist tatsächlich die Pension bezogen hat, fragt sich, von wem sie herkam. Und da spricht denn alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Marie v. Kleist, die Verlobte für Kleists Witwe hatte, ihm unter dem Deckmantel der Königin diese Unterstützung gewährte hat. Um den reicheren Dichter nicht zu beleidigen, schied sie die Königin vorgegeben zu haben, die liberale Königin teilte an Kleist nahm. Der Name, Kleist seine letzten Lebensjahre über Wasser gehalten zu haben, geriet also seiner Königin Luise, sondern Marie v. Kleist, die nicht einmal eine rechte Kleistin, sondern von Geburt eine Italienerin war.

Eine Gedenkfeier für Louis Blanc ist am 30. des 100jährigen Geburtstages dieses hiesiger Sozialisten am Sonntag in Paris abgehalten worden. Sie trug einen durchaus offiziellen Charakter. Der sozialistische Abgeordnete Paulens und der Interminister Steeg hielten am Denkmal Blancs Ansprachen, worin sie hauptsächlich den „edelmütigen“ Charakter seines Sozialismus feierten, d. h. seine Verstandeslosigkeit für den Massenkampf, die er namentlich als Deputierter während der Kommunezeit in betrüblicher Weise gezeigt hat. Den historischen Verdiensten des vorerwähnten, heute leider nur noch wenig gekannten Geschichtsschreibers der Revolution und sozialistischen Anführers der proletarischen Organisation und der Sozialpolitik kann seine Verklärung unter die Antikatholiken der Bourgeoisdemokratie keinen Abbruch tun. Aber es ist kein Wunder, daß sich die Arbeiterklasse an dem rühmlichen in Mode gekommenen Romanentexten für die Gründer der sozialistischen Schulen — im vorigen Jahr hat Veranden dran glauben müssen — um so weniger beteiligt, als sich die Regierung, wenn die Fortschrittler die zu ebendiesen Vorleser selbst ausfinden, wie bei der Demonstration auf dem Place Lafayette, nur durch Herrn Lépine und seine Schutzbefohlenen repräsentieren läßt.

Stiefs und der Renntierzeit. Eine aufsehenerregende und neuartige Verbindung aus prähistorischer Zeit ist den Gelehrten Polanne und Breuil gelungen die darüber in der „Antropologie“

und dadurch das Wesen von Schwindelfassen zu erschüttern. Das Kaiserliche Ausschussamt für Privatversicherungen erkennt in seinem Bericht selbst die begrenzte Wirksamkeit der Aufsicht an. Durch eine oberflächliche Kontrolle können die Schwindelfassen nicht lobhaft gelehrt werden, und aus dem, was sie dem Ausschussamt vorlegen, wird der Charakter als Schwindelfasse nicht zu erkennen sein. Die Kommission hat das ja auch anerkannt und einen Antrag angenommen, der den Versicherten selbst ein Kontrollrecht gibt. Die Schwindelfassen konnten ja ihr unsonderbares Geschäft nur betreiben, weil sie das Kontrollrecht der Versicherten illusorisch machten. Was wir bezüglich dieses Kontrollrechtes durch die Generalversammlung in dieses Gesetz hineingebracht haben, sollte man in das Hilfsklassengesetz hineinbringen. Aber jetzt verläßt man das Stillschweigen der Selbstverwaltung, das man nicht einbringen kann, mit der Vormundschaft der Behörde. Gerade die unversämtesten Schwindelfassen umgeben sich mit einem patriotischen Mantel, um das Wohlwollen der Behörde zu erwerben. Auch das hat die Kommission anerkannt und unseren Antrag angenommen, der den Mißbrauch der behördlichen Befugnisse in Parteinteressen möglichst verhindern soll. Aber selbst wenn man annehmen will, daß jede Unwilligkeit der Behörde wirklich ausgeschlossen ist, so muß man doch mit der Dummheit und Beschränktheit der Behörden rechnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahrhunderten haben die Hilfsklassen sich entwickelt. Neben den großen Hilfsklassen haben wir ganz kleine in den Gebirgsdörfern, die nicht nach versicherungstechnischen Grundlagen arbeiten und doch eine sehr segensreiche Tätigkeit entfalten. Durch das Eingreifen des Landrats werden sie zerstört werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz gibt vor, gegen die Schwindelfassen gerichtet zu sein. In Wahrheit ist es eine ungerechtfertigte

Entziehung der Arbeiter,

wobei die Schwindelfassen nur als Vorwand dienen. Auch bei der Reichsversicherungsordnung ist das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter genommen worden. Genau dasselbe soll bei den freien Hilfsklassen geschehen, wobei vor allem auch die kleinen Handwerker mitbetroffen werden. Als es sich um die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften handelte, haben dieselben Parteien, die den Arbeitern die Selbstverwaltung nehmen, alles abgelehnt, was die Selbstverwaltung der Unternehmer beinträchtigt. Mit dieser Entziehung der Arbeiter verdinglichen Sie sich an der Krankenfürsorge, die die Arbeiter in jahrhundertlanger Arbeit ausgebildet haben. Für ein solches Nachwerk können wir unter keinen Umständen stimmen, zu einer solchen Vergewaltigung der Arbeiter können wir die Hand nicht bieten. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Herr Hoch hat mich daran erinnert, daß ich mich in der ersten Lesung prinzipiell für das Gesetz ausgesprochen habe. Ich freue mich, daß die Kommission Änderungen vorgenommen hat, die uns die prinzipielle Zustimmung noch leichter machen. Wir sind überzeugt, daß was hier beschlossen werden soll, den Hilfsklassen nicht schaden wird. Zweitens gibt es eine Unmasse von Hilfsklassen, die keine Schwindelfassen sind, und diese sollen in keiner Weise entzogen werden. Es soll nur den Mischklassen, die sich unklar auf diesem Gebiete entwickelt haben, entzogen werden. Ob das auf dem Wege der Aufhebung des Hilfsklassengesetzes oder anders geschieht, ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage und wir halten angesichts der Tatsache, daß sich die Mischklassen im Rahmen der Selbstverwaltung entwickelt haben, die Entziehung der Hilfsklassen in das Gesetz über die privaten Versicherungsvereine für zweckmäßiger. Die Selbstverwaltung ist auch nur insoweit eingeschränkt, als eine sachverständige Prüfung bei tatsächlich vorliegenden Mischklassen erfolgen soll. Wegen des Einbringens politischer Tendenzen sind genügend Kontrollen geschaffen. Daher werden wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen und nur falls diese abgelehnt werden sollten, für den Antrag Albrecht. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Antif.) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Weiser (Sp.): Der Entwurf ist nichts anderes, als das, was 1906 eine Kommission des Reichstags unter Mitwirkung der Sozialdemokraten beschlossen hatte und womit sich der sozialdemokratische Abg. Peltke, ich glaube auch Fräßdorf abgefunden hatten. Dieser Entwurf ist aber in der jetzigen Kommission noch wesentlich ver-

bessert worden, deshalb verstehe ich die Haltung des Herrn Hoch nicht.

Abg. Hoch (Soz.):

Auf diese Ausführungen komme ich bei § 7o zurück. Herr Neumann-Hofer hat sich zwar als Freund der Selbstverwaltung hingestellt, aber er stimmt trotzdem einem Gesetz zu, das die freien Hilfsklassen vollständig der Verwaltungsmittel übergibt. Gerade zur sachverständigen Kontrolle ist die Aufsichtsbehörde nicht in der Lage, und wir wollen den Mitgliedern die Möglichkeit der Kontrolle geben, nicht aber der Aufsichtsbehörde. Was die schließlichen Kontrollen von selbst getan haben, das wollen wir gesetzlich festlegen. Wir haben keine generalisierte freie Hilfsklassen, die musterhaft arbeiten und bei denen eine genaue Kontrolle durchgeführt ist. Ich verstehe es, wenn Herr Behrens, der die Selbstverwaltung befechtigt will, nur um den Einfluß der Sozialdemokraten aus den freien Hilfsklassen auszuschließen, für dies Gesetz stimmt, aber ich begreife nicht, wie das jemand tun kann, der sich als Freund der Selbstverwaltung hinstellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Gahner: Herr Hoch meint, das Versicherungsaufsichtsgesetz passe für diese Klassen nicht, es sei nur auf große Klassen zugeschnitten. Das ist nicht richtig! Unter der Aufsicht dieser Behörde stehen schon heute Tausende von ganz kleinen Klassen. Wichtig ist auch, daß der Boden der Selbstverwaltung durch dies Gesetz verlassen wird. Im Gegenteil, in mancher Beziehung haben die Klassen eine freiere Bewegung unter der behördlichen Aufsicht als nach der Bestimmung des bisherigen Gesetzes. Die Mischklassen in den Schwindelfassen sind gerade dadurch entstanden, daß die Mitglieder bisher nicht in der Lage waren, ihre Interessen wahrzunehmen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Sp.): Herr Hoch befaßt sich in einem Trugschluß, von dem er nicht loskommt. Tatsache ist, erstens, daß das bisherige Hilfsklassengesetz keine ausreichenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwindelfassen enthält. Zweitens wird durch dies Gesetz das freie Ermessen der Interessenten nicht mehr beschränkt als bisher, und wo die Staatsaufsicht eingeführt wird, ist diese gerade notwendig zum Schutze der Versicherten. Von den gut geleiteten freien Hilfsklassen ist kein Bedenken gegen dies Gesetz vorgelegt worden; nur Schwindelfassen wehren sich dagegen. Die Pose des Freiheitskämpfers ist also für Herrn Hoch nicht haltbar.

Zu seiner ersten Rede hat er mir unterstellt, ich hätte gesagt, das Gesetz würde nur gemacht, um die Sozialdemokratie unschädlich zu machen. Er hat aber meine Rede sinnenförmig zitiert. Ich habe mich damals gegen die Behauptung des Herrn Stadthagen gewandt, daß durch das Gesetz den Versicherten der letzte Rest der Selbstverwaltung geraubt werde, und habe darauf hingewiesen, daß, wenn entsprechend der Auffassung des Herrn Stadthagen alles den Arbeitern überlassen würde, die praktische Folge sein würde, daß die sozialdemokratische Presse jede Klasse in Verfall bringen würde, die sich nicht in den Gehirnen der sozialdemokratischen Bewegung stellte. Unter diesen Umständen, habe ich dann gesagt, wäre mir die Staatsaufsicht lieber, denn wer den Terrorismus der Sozialdemokratie den Augen im Lande kennt, weiß, daß die Polizeiaufsicht gerade die Wohlfahrtspolitik bedeutet gegenüber der Anwesenheit der Sozialdemokratie. (Abg. Stadthagen: Unerschönte Rüge. Vizepräsident Dr. Spahn: Dieser Ausdruck ist unzulässig.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Herr Hoch spricht immer von den Klassen, die gut arbeiten; wir wollen aber nur Maßnahmen treffen gegen die Schwindelfassen. Wir meinen ist von einer Selbstverwaltung überhaupt keine Rede, und wir wollen durch dies Gesetz gerade erreichen, daß auch bei diesen Schwindelfassen die wirkliche Selbstverwaltung durchgeführt werden kann, indem durch die Behörden vorgeschrieben werden soll, daß alle Mitglieder sich an der Verwaltung der Kasse beteiligen können. Ebenso lächerlich, wie es wäre, wenn ich behaupten wollte, daß Herr Hoch ein Freund der Schwindelfassen ist, weil ich seine Vorschläge nicht für gerügt halte, die Schwindelfassen zu beseitigen, ist sein Vorwurf und gegenüber, wir seien seine Freunde der Selbstverwaltung.

Abg. Hoch (Soz.):

Daß wir die Schwindelfassen bekämpfen wollen, haben wir durch unsere Anträge bewiesen, denen Sie zugestimmt haben. Das Ausschussamt hat aber selbst zugegeben, daß es nicht in der Lage sei, dem Schwindel nachzugehen. Wenn die freien Klassen willige Freunde der Selbstverwaltung sind, so müssen Sie auch das Vertrauen

berichten. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um in großem Maßstab ausgeführte Vandalen, die in den Felsen hineingehauen sind. Die Entdeckung gelang auf der kassischen Seite des Neanderthalers, an den Ufern der Dordogne, wo bisher die wichtigsten Zeichnungen und Reliefs aus der Diluvialzeit gefunden worden sind. Der Platz liegt zwischen Ezyrie und Sarlat bei Lauffel, an einem Ort, der „Cave du Fau Blanc“ genannt wird. Die Skulpturen, in denen der Hund gemacht wurde, befinden sich am Fuß eines Felsens aus Kalkstein von etwa 50 Meter Länge, der sich am Abhang eines Hügel in einer Höhe von 3 bis 5 Meter erhebt. Der Abhang war bisher zum größten Teil durch einen Damm von Sand und Steinen verdeckt, die an seinen Füße aufgeschüttet waren. Als man diesen Damm entfernte und Grabungen veranstaltete, fand man zuerst im nördlichen Teil des Abhangs zwei archaische Skulpturen, die übereinander lagen und fast denselben Inhalt hatten. Aus den Knochenenden ergab sich ganz deutlich die Tierwelt des Neanderthalters, und auch die Werkzeuge, die dabei lagen, bestätigten diese Deutung. Als man weiter vordrang, ließ man auf einen zwei bis drei Meter hohen Gang, der den Zutritt zu einem kleinen runden Felsengrotte von vier bis fünf Meter Durchmesser eröffnete. Dieser Gang, obwohl wie der Zugang waren mit bekannten Steinen gefüllt. In diesem Zugang wurde nun die Wand entdeckt, die die Reliefs enthält. Die Skulpturen bilden einen langen Fries, an dem man folgende dargelegte Figuren erkennen konnte: einen Tierkopf von einem Reiter oder Hund, ein Pferd von 100 Meter Länge und ein anderes von 140 Meter. Dann ein Pferd von 215 Meter, zwei zweifelhafte Tiergestalten, die Kindern ähnlich sehen, einen kleinen Tierkopf, zwei Pferde von je 230 Meter, ein Pferd in Verklärung gesehen und zwei Fische. Die Figuren sind realistisch und in guten Verhältnissen gezeichnet, sie sind wirklich aus dem Felsen herausgehauen und plastisch dargestellt. Wahrscheinlich waren die Arbeiter bemalt oder haben sich jedenfalls von einem bemalten Hintergrund ab. Man hat noch Öler an ihnen gefunden.

Die Liebe in China. Die revolutionären Ereignisse in China haben dem französischen Schriftsteller Charles Vettli, der längere Zeit im Reich der Mitte gelebt hat, Veranlassung gegeben, sich mit den besagten Söhnen des Himmels zu beschäftigen. Der jüngste Artikel handelt von dem Liebesleben in China: „Eine Liebe in dem Sinne, wie wir das Wort verstehen“, schreibt Vettli, kennen die Chinesen überhaupt nicht. Sie wissen nichts von jener unübersichtlichen Leidenschaft, die den, der von ihr ergriffen wird, zu den größten Heldentaten oder zu den größten Verbrechen zu werden imstande ist. In China gibt es weder schrankenlose Hingebung noch Ananias aus Liebe; der Ehedruck der Frau ist eine höchst seltene Erscheinung. Die Chinesen machen sich über uns lustig, wenn sie von unseren Liebesaffären erzählen hören. Für sie gibt nur die Kindesliebe als Triebfeder. Ihre ganze Literatur über dieses Thema durch. Die Gelehrten kommen einzeln und allein durch den Willen der Eltern zustande. Liebesgeschichten werden schon dadurch, daß die Verlobten sich vor der Hochzeit niemals gesehen haben dürfen, nahezu unmöglich. Die verheirateten Frauen haben fast gar keine Gelegenheit, ihre Männer zu betrügen. Sie denken nur an die Kindesliebe, die sie den Eltern ihres Mannes schuldig sind, und haben nur einen Wunsch: Söhne zu haben, damit sie gleichfalls geachtet und noch nach dem Tode verehrt werden. Ob

se ihre Männer lieben? Wir möchten das sehr bezweifeln; aber sie berechnen sie als Mütter ihrer Söhne und zwar derart, daß sie, um den Mann nicht überleben zu müssen, gelegentlich Selbstmord begehen. In solchem Falle errichtet man ihnen zum Lobne kleine Triumphbögen am Grabe.

Die Chinesin ist aber, obwohl sie ein so edelgestiftetes Leben führt, sehr toll. Besonders hoch ist sie auf ihre winzigen Füße, die entsetzlichen Fußstummel, die die chinesischen Dichter „g-sene Seerosen“ nennen, bilden den Abschluß von Reimen, wie sie sie schon früher nicht denken kann. Die Boden sind gleichmäßig verknüpelt oder sind vielmehr gar nicht vorhanden. Dafür sind die Schenkel mißgestaltet und aufgeschwollen. Amüsant ist die Tatsache, daß die Chinesinnen ihre ganze Scham sozusagen in diese kleinen Füße legen. Aber nicht für schlecht erproben gelten will, darf von den Füßen überhaupt nicht sprechen, und als eine Unaufrichtigkeit sondergleichen gilt es, wenn man die Füße nackt und ungeschmückt sehen läßt.

Neben den legitimen chinesischen Frauen gibt es aber noch eine große Kategorie anderer Frauen: Sängerrinnen, Küsterinnen, Zinedinnen und Sklavinnen. Alle diese haben nur einen Lebenszweck: dem Manne vergnügte Stunden zu bereiten. Gesetz und Brauch ermahnen ihn, sich, wenn er die Mittel dazu besitzt, zu der legitimen Frau noch ein paar Nebenweiber zu nehmen, und er macht von dieser Erlaubnis reichlichen Gebrauch. Die legitime Frau ist aber darum nicht eifersüchtig; sie ist gewissermaßen stolz auf den Reichthum ihres Mannes. In puncto Autorität aber verachtet sie keinen Spaß; sie allein bleibt die Herrin des Hauses. Die im Hause lebenden Konkubinen bilden jedoch keineswegs die einzige Abwechslung im Eheleben des reichen Chinesen; er unterhält außerdem noch sogenannte Sängerrinnen, die irgendwo in der Stadt wohnen und einen großen Luxus betreiben. Während der Chinesen nun sein legitime Frau vor aller Welt verdeckt hält, macht er mit seinen Sängerrinnen gern Staat und zeigt sie sogar den Fremden. Die Nebenweiber und die Sängerrinnen erpäugen sich gewöhnlich aus dem Stande der armen Mädchen, die von ihren Familien veräußert worden sind.

Notizen.

— Johannes Wahlen, der älteste der hiesigen Philologen und wohl der letzte von der alten Garde dieser ausstehenden Gattung, die ganz in der antiken Welt wurzelt, ist in Berlin im 81. Lebensjahre gestorben. Er lebte seit 1874 an der Berliner Universität und war seit 1878 in der Akademie als Sekretär tätig.

Ein Riesenturbin. In der Nähe von Los Angeles in Kalifornien hat ein Entdecker, wie das „Strand Magazine“ berichtet, einen Riesen gefunden von fabelhafter Größe. Die Frucht war nahezu 1 Meter hoch und hatte „in der Taille“ einen Umfang von 230 Metern; er wog nicht weniger als 200 Pfund. Das neugierige Publikum hat sich nicht auf diesen einen Riesenturbin beschränkt; dieselbe Staube lieferte außerdem noch zwölf weitere Riesen, die sich für sich ganz ungewöhnliche Dimensionen auszeichneten. Eine genaue Feststellung durch die Waage ergab, daß diese zwölf weiteren Früchte durchschnittlich 180 Pfund wogen, jedoch die eines Riesen bei der Ernte aus einmal nicht weniger als 2500 Pfund Riesen lieferte. (100 amerikanische Pfunde sind gleich 45,36 Kilo.)

zu den Arbeitern haben, daß sie den rechten Weg finden, den sie zum Teil bereits gefunden haben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Herr Behrens hat mit seinen Äußerungen über den Terrorismus der Sozialdemokratie bewiesen, daß er entweder die Tatsachen nicht kennt oder nicht in der Lage ist, die Tragweite dessen, was er gesagt hat, zu übersehen. Die Tatsachen sind folgende. Schwindelfassungen, deren Leiter schließlich zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurden geleitet von Leuten, die sich in der Öffentlichkeit als die energiegeladesten terroristischen Gegner der Sozialdemokratie ausgaben und die sich in der Propaganda für ihre Klassen auf die beherrschende Genehmigung beriefen. Die sozialdemokratische Presse ist es gewesen, die dringendst vor solchen Schwindlern gewarnt hat. Der Redakteur unseres hannoverschen Parteiblatts wurde sogar verurteilt, weil er die Schwindler Schwindler nannte. Die Verdächtigung des Herrn Behrens ist äußerst tiefstehend. Nur wer völlig unter dem Tier steht, kann so etwas behaupten.

Die ewige Wiederholung der Behauptung vom Terrorismus der Sozialdemokratie entspricht ganz der Methode aller Weiber. Sie rufen, die Sozialdemokraten terrorisieren. Wir verlangen Beweise, und da wiederholen Sie, die Sozialdemokraten terrorisieren. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Wir verlangen, beweisen Sie es, und dann rufen Ihre Freunde: Sehr richtig, und diese ewige Wiederholung gilt Ihnen als Beweis, ganz wie den alten Weibern. (Zuruf rechts: Der Terrorismus der Sozialdemokratie ist ja gerichtslundig!) Herr Behrens zeigt, wie tief und wie falsch er das Wort „gerichtslundig“ auffaßt. Die Regierung war empört, als ich sagte, es könne einmal ein Richter sagen: Derartige sei gerichtslundig; ich traue unserten Richtern auch das zu und ich danke Herrn Behrens, daß er mir bestätigt, daß Richter einem politischen Gegner gegenüber keinen Terrorismus für gerichtslundig annehmen.

Vizepräsident Spahn: Wir sind jetzt beim Hilfsklassengesetz. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Stadthagen:

Durch den Zivilsenat bin ich zu den Ausführungen gekommen. Nur das, was sich tatsächlich ereignet hat und zuverlässig zur Kenntnis des Gerichts gekommen ist, kann Grundlage des „Gerichtslundigen“ sein, nicht aber das, was alle Weiber und

bezahlte Sitzer

erzählen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bin Herrn Behrens dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, zu zeigen, wie berechtigt das allergrößte Mißtrauen gegen Richter und Verwaltungsbeamte ist.

Für unsere Auffassung der Hilfsklassen spricht auch die historische Entwicklung; das System, das Sie jetzt vorschlagen, bestand in Preußen bis 1870. Damals haben gerade Fortschrittler und Zentrumsleute ausgeführt, daß als Folge des Konjunkturrecesses Schwindelfassungen emporblühten. Darum wurde das Hilfsklassengesetz geschaffen, durch das nicht eine einzige Schwindelfassungen zum Scheitern gebracht wurde. Aber trotz des Hilfsklassengesetzes bestehen Schwindelfassungen und deshalb wollen wir, daß das Hilfsklassengesetz umgearbeitet wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Warum soll dem notwendigsten jede Staatsaufsicht mit Drangsalierung und Schikanierung verbunden sein? Das kann nur ein Sozialdemokrat tun. — In meiner Rede vor ersten Lesung habe ich mich dagegen gewandt, daß die Aufsicht nur durch die Kritik der Presse geübt werde; mir ist die Staatsaufsicht lieber. — Daß die Sozialdemokratie keinen Terrorismus ausübt, kann man nur weisenden Leuten erzählen; die sozialdemokratische Presse billigt sogar ausdrücklich den Terrorismus. (Abg. Stadthagen (Soz.): Das ist erlogen!)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Op.): Das diskretionäre Ermessen der Verwaltungsbehörden ist so eingeschränkt in dem Entwurf, daß es unbedenklich ist.

Damit schließt die Debatte. § 1 und 2 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Eine Reihe weiterer Paragraphen werden debattelos angenommen.

Die Abgg. **Ulbricht** und **Genoffen (Soz.)** beantragen Einschaltung eines § 3h, wonach der Presse bei Tadelnden Urteilen über Verwaltungsverordnungen der Staat des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt werden muß.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Was wir hier vorschlagen, ist ein bewährtes Mittel, um den Schwindlern an den Aragen gehen zu können. Wir wünschen nicht, daß nicht gegen den vorgegangenen wird, der ein Unrecht aufdeckt, sondern gegen den, der es tut. In sehr vielen Fällen sind sozialdemokratische Redakteure bestraft worden, weil sie Schwindelfassungen niedriger gebäugt haben. Nur in einem einzigen Falle ist einem solchen Redakteur der Staat des § 193 zugebilligt worden. Nach der Jurisprudenz des Reichsgerichts hat die Presse minderes Recht wie jeder andere Staatsbürger, und deshalb muß hier klar zum Ausdruck kommen, daß tadelnde Urteile über Verwaltungsverordnungen unter den § 193 fallen. Wie notwendig es ist, daß die Kritik der Presse frei und ungehemmt ist, dafür will ich von den zahlreichen Beispielen nur ein einziges, sehr lehrreiches Beispiel anführen. Man könnte ja meinen, daß die Kritik der Presse überflüssig ist, weil eine Schadenersatzpflicht der Beamten besteht, denn ein Beamter wird schadenersatzpflichtig, wenn er vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt hat, und da jetzt die Wahrnehmung der Interessen der Verwaltungen den Aufsichtsbeförden übertragen wird, kann man eine Schadenersatzpflicht deduzieren, wenn eine Schwindelfassungen konstatiert ist. Es ist mir aber sehr zweifelhaft, ob es in der Praxis so kommen wird, und deswegen brauchen wir die öffentliche Kritik, die unbedingt frei sein muß, wofür wir ein Beispiel anführen will. 1904 legte der „Volkswille“ in Hannover dar, daß die „Thalia“ ein Schwindelunternehmen sei, die das Publikum damit zu fangen suchte, daß sie sich als Gegnerin der Sozialdemokratie hinstellte. Weil der Redakteur vor den Schwindlern gewarnt hatte, wurde er wegen Verleumdung angeklagt. Von dem Schöffengericht wurde er freigesprochen. Die Schwindler gingen in die zweite Instanz, wo nur gelehrte Richter saßen, und obwohl diesen ganz dasselbe Material vorlag, auf Grund dessen später der Staatsanwalt einwirkte, erklärten sie doch, ihr Vertrauen in die Solidität der „Thalia“ sei nicht erschüttert, und übrigens sei der Redakteur ja nicht Mitglied der Klasse und habe deshalb nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, selbst wenn bei der Klasse nicht alles in Ordnung wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folge des Urteils war, daß alle bürgerlichen Blätter erklärten, der sozialdemokratische Redakteur sei verurteilt wegen Ausübung von Terrorismus. Natürlich ging das auch in die Presse über, die beständig gegen die Sozialdemokratie hetzt und bei der Schwindelfassungen gingen die Weiber noch mehr ein wie früher. Das dauerte dann so lange, bis auf die wiederholten Angriffe des „Volkswille“ die Staatsanwaltschaft gegen die Schwindelfassungen einschritt.

Die ganzen Schwindelfassungen würden nicht vorgekommen sein, wenn die Presse das Recht hätte, Urteile über solche Unternehmen abzugeben. Nach meiner Auffassung hat sie das Recht heute schon. Aber das Reichsgericht hat in seinem Urteil der Willen gegen die Aufgaben der Presse die gegenteilige Ansicht ausgesprochen, und die ist maßgebend. Dem können Sie durch Zustimmung zu unserem Antrag ein Ende machen, und damit zugleich einer ganzen Reihe von Schwindelfassungen, die unter beherrschender Oberaufsicht bestehen und, natürlich nicht mit Wissen der Behörden, aber unter beherrschender Oberaufsicht stattfinden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Z.): Hier ist nicht der Ort, um diese Frage so allgemein zu regeln. Auch besteht § 193 nicht nur auf künst-

liche, wissenschaftliche und gewerbliche, sondern auch auf ähnliche Unternehmungen. Daher stimmen wir gegen den Antrag.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt. Nach § 70 unterliegt der Beschluß einer eingeschriebenen Hilfsklasse über die Auflösung oder die Vereinigung mit einem anderen Unternehmen der Genehmigung der Behörde.

Abg. Becker (Z.): Es besteht vielfach das Bestreben, die freien Hilfsklassen zu vereinigen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften, so daß dann die alten Mitglieder einer solchen Klasse vor die Alternative gestellt werden, Mitglieder der betreffenden sozialdemokratischen Gewerkschaft zu werden oder ihre alten Rechte zu verlieren. So ist eine solche Absicht ausgesprochen in einem Rundschreiben des Krankenunterstützungsbundes der Schneider in Braunschweig und nach der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ ist auch im Karlsruher „Volkswille“ den Hilfsklassen ein solcher Rat erteilt worden, sowie in der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 10. August 1911. Aus diesen Gründen ist der § 70 sehr notwendig und deshalb soll er nach § 8 sofort in Kraft treten. Diese Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Klassen ist notwendig im Hinblick auf den Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit sozialpolitischen Einrichtungen zu Parteizwecken treibt. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Herr Becker schien zu meinen, ich würde mich über diesen Paragraphen besonders aufregen. Nachdem Sie aber die Hilfsklassen ganz unter die Willkür der Behörden „gesteckt“ haben, ist dieser Paragraph, der zudem gar nichts Neues bringt, ziemlich nebensächlich. Den Beschluß einer Klasse: einem Verbandsbeitretenden und dadurch Mitglieder der Klasse, die Mitglieder anderer Verbände sind, zu zwingen, diesen Verbände beizutreten, könnte ich keineswegs billigen. Ursprünglich hat Herr Becker aber in der Kommission einen viel weitergehenden Antrag gestellt, der den Zusammenschluß von Hilfsklassen überhaupt verbieten sollte und hat ihn erst fallen lassen, als ihm nachgewiesen wurde, daß er in seinem Eifer gegen den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus gar keine Rücksicht auf die wichtigsten Interessen der kleinen Leute genommen habe. Herr Becker berief sich dann auf einen Artikel aus dem Karlsruher „Volkswille“, den er nach der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ zitierte. Er sollte mit solchen Zitaten vorsichtiger sein. Erst vor kurzem hat er auf Grund einer Zentrumspressenotiz behauptet, daß Mitglieder des Guttenbergbundes in der Reichsdrucker unter dem Zwang des Terrorismus der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu diesem übergetreten seien, und er hat es dann erleben müssen, daß in einer Versammlung der Buchdrucker der Reichsdrucker vom 20. November das alles als

vollständig erlogen

nachgewiesen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die beiden Guttenbergbündler haben ausdrücklich erklärt, daß sie vollständig freiwillig zum Verbandsbeitretenden seien und es wurde auch festgestellt, daß heute noch etwa 20 nicht organisierte Buchdrucker in der Reichsdrucker beschäftigt sind. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Herr Becker seine auf falscher Information beruhenden Ausführungen an derselben Stelle zurücknehmen werde, wo er sie ausgesprochen hat. Nach dieser Erfahrung hätte Herr Becker etwas vorsichtiger werden sollen. Wie unvorsichtig er vorgeht, dafür ist besonders bezeichnend der Fall mit dem Kranken-Unterstützungsbund der Schneider in Braunschweig. Ich habe mir von der Klasse selbst das Material beschafft und stelle danach fest, daß in dem Zirkular nicht etwa die Absicht der Verschmelzung mit dem Schneiderverbande ausgesprochen wird, sondern lediglich ersucht wird, Material dafür zu schaffen, ob die Klasse als Ersatzklasse bestehen bleiben soll oder ob sie in eine Hilfsklasse umgewandelt werden soll, oder ob sie sich schließlich, verschiedenen Generalversammlungsbeschlüssen entsprechend, dem Verbandsbeitretenden anschließen soll. Es wird ausdrücklich gesagt, wie viel Mitglieder selbständig sind und wie viele anderen Gewerkschaften angehören. Und an den Vorstand des Verbandes hat man geschrieben, daß selbstverständlich nur für den Anschluß in Betracht kämen die Mitglieder, die frei organisiert sind, und es wurde weiter vom Verbandsbeitretenden verlangt, daß er für die Meister eine besondere Klasse einrichten solle. Die Gewerkschaft hat darauf erwidert, daß sie sich darauf nicht einlassen könne und dann ist ein weiteres Rundschreiben der Klasse ergangen wonach der Vorstand sich dahin geäußert habe, daß die Klasse den Mitgliedern erhalten werden könne. Das alles hätte Herr Becker auch erfahren können, wenn er so viel Vorsicht gehabt hätte, sich vorher zu erkundigen. Gerade als Arbeiter sollte er es sich doppelt überlegen, ehe er der arbeitserleidlichen Presse Material gegen Arbeiter liefert und sollte nicht, ohne sich zu orientieren, diejenigen, die er vertreten will, mit Schmutz bewerfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Op.) erklärt, daß seine Freunde für den § 70 stimmen würden.

Abg. Becker (Z.): Herr Hoch hat mir daraus einen Vorwurf gemacht, daß ich in der Kommission einen Antrag habe fallen lassen. Das haben aber auch die Sozialdemokraten schon oft getan. Von dem Rundschreiben der Schneiderklasse habe ich nichts anderes gesagt, als was Herr Hoch auch wiedergegeben hat, daß dadurch Material gesammelt werden solle zur Prüfung der Frage, ob eine Verschmelzung mit dem Verbandsbeitretenden vorgenommen werden solle. Die Hauptsache ist, daß in den von mir zitierten Blättern das Bestreben propagiert worden ist, die freien Hilfsklassen mit sozialdemokratischen Verbänden zu verschmelzen. Wie wollen Sie denn den alten Leuten, die nicht dem Verbandsbeitretenden beitreten wollen, die Möglichkeit verschaffen, Mitglieder einer anderen Hilfsklasse zu werden? Die Abfindung, die ich in meinem früheren Antrag vorschlug, hat Herr Hoch damals aufs schärfste bekämpft. Dann soll ich die Buchdrucker der Reichsdrucker fälschlich des Terrorismus beschuldigt haben. Mir ist die Resolution von der von Herrn Hoch erwähnten Versammlung auch zugegangen mit der Erklärung der Guttenbergbündler. Es ist ja sehr interessant, daß diese Guttenbergbündler gerade dann freiwillig zum sozialdemokratischen Verband übertraten, als sie in die Reichsdrucker eintraten. Wie solche „freiwilligen“ Übertritte zustande kommen, dafür ist ein Brief charakteristisch, der mir vorliegt, worin ein Buchdrucker schreibt: „Ich gehöre seit fünf Jahren dem Verbandsbeitretenden an, bin aber nur des lieben Friedens wegen beigetreten. Vorher mußte ich manche Nonnheiten vertragen, weil ich die fortwährenden Belästigungen seitens der Verbandsmitglieder nicht aushalten konnte. (Hört! hört! rechts.)“ Ich wurde nicht gesuchter Verachtung behandelt und mir die Arbeit auf alle mögliche Weise erschwert. So kommen dann die berühmten Entlassungen wegen Unfähigkeit zustande. Nirgends ist der sozialdemokratische Terrorismus ärger, als im Buchdruckerverbande. In die Presse kommt das deshalb wenig, weil in den meisten Druckereiverbänden sind, die dann Vorstellungen erheben, und um des Friedens im eigenen Hause willen verzichten dann Redaktion und Verlag auf die Veröffentlichung. (Hört! hört! rechts.) — Gelächter bei den Sozialdemokraten. Ich bitte um volle Diskretion (Stürmisches Lachen bei den Sozialdemokraten), weil sonst ein Gabelreden gegen mich losginge.“ (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Zurufe: Die Sache ist offenbar Schwind!) Sie lehnen ja auch bei Beschwerden an die Regierung oft ab, den Namen des „Beschwerdeleiters“ zu nennen, weil Sie nicht glauben, daß die Regierung damit nicht Mißbrauch treibt. Wir glauben Ihnen in diesem Falle auch nicht, daß Sie den Mann nicht maltrahieren würden. Ist es doch so weit gekommen, daß der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Kreisverbandes, in der letzten Zeit hat warnen müssen, die Mitglieder sollten die dringlich organisierten Kreise doch etwas besser behandeln, und noch charakteristischer ist, daß der „Zimmerer“ sich darüber mokiert, daß der „Grundstein“ zur Wähligung moht. So weit ist es mit dem sozialdemokratischen Terrorismus schon gekommen. (Stürmischer Beifall rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.):

Auf diese Worte kommt es nicht an, die Tatsachen liegen klar vor jedermanns Augen. Herr Becker hat in der Kommission behauptet, daß man in der Schneiderklassenliste daran gehe, sie der Gewerkschaft anzuschließen. Hätte er sich bei der Klasse erkundigt, so hätte er erfahren, daß man schon 3 Monate vorher eine solche Maßnahme abgelehnt habe, weil dadurch die Mitglieder gefährdet würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr Becker bewirkt die Arbeiter ohne jeden Grund mit Schmutz. (Zuruf im Zentrum.) Das ist

gelogen.

(Große Unruhe und Glucke des Präsidenten. Vizepräsident Schulz ruft den Abg. Hoch zur Ordnung.) Am ersten Juli bereits ist sämtlichen Mitgliedern der Schneiderklasse mitgeteilt worden, daß man von der Verschmelzung abstehe, und im Oktober behauptet Herr Becker, daß sie geschieht; das war also eine unbegründete Anschuldigung.

Weiter behauptet Herr Becker, in der sozialdemokratischen Presse sei geschrieben worden, wir wollen die Hilfsklassen in die freien Gewerkschaften überführen, um uns an den Zentrumsarbeitern zu rächen, die bei der Reichsversicherungsordnung geholfen haben, die Arbeiter zu entrichten. Auch das ist unrichtig, denn es handelte sich nicht um Stärkung der freien Gewerkschaften, sondern um den Ausbau der Hilfsklassen. Mit all Ihren Terrorismandgeschichten und allen den Schwindeleien außerhalb des Hauses gegen die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, die auch in das Haus hineingetragen werden, werden Sie schließlich nur sich selbst schaden, und Sie werden uns auch erlauben müssen, darüber schadenlos zu sein.

Obwohl 500 Buchdrucker der Reichsdrucker in aller Öffentlichkeit in einer Versammlung erklärt haben, an den von Becker erzählten Terrorismandgeschichten in der Reichsdrucker ist kein wahres Wort,

genügt ihm die Zuschrift eines Mannes, der hinten herum seine Kollegen anschwärzt, um alle seine Behauptungen aufrecht zu erhalten. Die Wirkung seiner Worte war die einer

Denunziation,

die auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Daß er diese Wirkung nicht erkannt haben sollte, für so dumm halte ich ihn nicht (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), er wird wohl auch wissen, daß vom Staatssekretär Kracze eine Untersuchung eingeleitet ist, die ergeben hat, daß an der Geschichte nichts wahr ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Becker sprach immer vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband. Mir tut das nicht weh; aber die Herren im Buchdruckerverband denken anders darüber, denn leider stehen die Buchdrucker in ihrer politischen Anschauung noch nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie, und sie haben auch noch das Vertrauen zu Herrn Becker, daß er seine Anschuldigung zurücknehmen wird, nachdem er von 500 Buchdruckern gehört hat, sie ist nicht wahr. Ich freue mich, daß auch die Buchdrucker sehen,

wie ein Zentrumsarbeitervertreter aussieht

Auf einen solchen Agenten des christlichen Verbandes können Sie stolz sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Arnberg: Die Zentrale des Guttenbergbundes hat mir zweimal versichert, daß die Leute bei ihm gewesen sind, da kann ich also nichts zurücknehmen. In bezug auf die Schneiderklasse kommt es nicht darauf an, daß die Anregung zur Verschmelzung nicht durchgeführt ist, sondern daß sie überhaupt gegeben wurde; in dem betreffenden Rundschreiben wurde ausdrücklich auf Generalversammlungsbeschlüsse hingewiesen, die Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Schneiderverband war also in mehreren Generalversammlungen beschlossen.

Abg. Hoch (Soz.): Auch diese Angabe ist unrichtig, es handelte sich bei der ganzen Sache nur um die Erörterung, um die Untersuchung, und es ist einfach die Pflicht der Klasse gewesen, wenn neue Gesetze kommen, sich die Frage vorzulegen, wie sie sich im Interesse der Mitglieder am besten damit abfindet, und wenn die Klasse dann zu dem Resultat kommt, den Besch, über den Herr Becker sich so entrüstet hat, können wir nicht beschreiten, so ist das doch wirklich kein Grund, sich zu entrüsten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. § 7c wird angenommen und debattelos der Rest des Gesetzes.

Es folgt die zweite Lesung des

Privatbeamtenversicherungsgesetzes.

§ 1 bezeichnet die der Versicherung unterstellten Kategorien. Auf Anfrage der Abgg. **Rinz (Op.)** und **Raab (Wirtsch. Vg.)** erklärt

Ministerialdirektor Dr. Caspar, daß die Rindigungsfrist keinen Einfluß auf die Zugehörigkeit zur Versicherung habe.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Nach den endgültigen Kommissionsbeschlüssen lautet Ziffer 2 des den Personenteils der Versicherten feststellenden § 1: „Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, Bureauangestellte, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.“ Wir beantragen nun, statt „mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen“ zu setzen: „mit schriftlichen Arbeiten“. Wir stellen unsern Antrag in der Uebersetzung, daß die von uns vorgeschlagene Fassung jedenfalls den Vorzug höherer Klarheit hat und einer etwaigen Verengerung des Kreises der in die Versicherung einbezogenen Personen entgegenwirkt. Wie leicht hier Unklarheiten Platz greifen können, zeigen ja auch die Anfragen der Vordredner.

Ministerialdirektor Caspar (sehr schwer verständlich) scheint zu erklären, daß wohl a. B. Registratoren, nicht aber Abschreiber unter das Gesetz fallen, und für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags einzutreten.

Abg. Dr. Voithhoff (Op.) beantragt, die Worte „soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden“ einfach zu streichen, ohne dafür andere Worte einzusetzen; erklärt sich aber auch bereit, den sozialdemokratischen Antrag zu akzeptieren. Die Hauptsache sei eben, daß sämtliche Bureauangestellte der Postämter des Gesetzes teilhaftig werden.

Abg. Irl (Z.) richtet verächtliche Anfragen an die Regierung, u. a. wie die Versicherung kaufmännischer Angestellten in Handwerksbetrieben gehandhabt werden soll.

Ministerialdirektor Caspar entgegnet, daß das Gesetz nicht alle Fälle regeln könne und daß in der Praxis eben vielfach von Fall zu Fall entschieden werden müsse. — Redner wendet sich gegen den Antrag, sämtliche Bureauangestellten einzubeziehen und stellt eine ministerielle Anweisung, die die Begriffe „Werkmeister“ usw. erläutert, in Aussicht.

Abg. Guno (Op.): Ich möchte vor allzu großem Optimismus warnen. Es ist schon besser, man faßt ein Gesetz so ab, daß solche Erklärungen nicht nötig sind, als daß man der Klarheit die Definition überläßt.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Unser Antrag verdient darum vor dem fortschrittlichen Antrag den Vorzug, weil er die Handlungsbefugnisse der Verwaltungen schärft, die ihnen leicht aus der Annahme des Antrages abfließen erwachsen können. Wenn es einfach heißt „Bureauangestellte“, so liegt der Anreiz nahe, die Handlungsbefugnisse als Bureauangestellte zu bezeichnen und sie der Vorzüge zu berauben, die ihnen die einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches bieten. Das wollen wir verhindern und darum beantragen wir ausdrücklich in das Gesetz die Worte „mit schriftlichen Arbeiten“ hineinzuschreiben. Man sollte alle Unklarheiten, wie z. B. den völlig ungenauen, gar nicht zu fixierenden Ausdruck „niedere Arbeit“ aus dem Gesetz herauslassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Werner (Anst.) fragt an, inwiefern die Gärtnereigebühren unter das Gesetz fallen.

Ministerialdirektor Caspar erwidert, daß es auf die Tätigkeit des Gehilfen im einzelnen Falle ankomme.

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung aller Anträge wird § 1 in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei § 2 fragt Hg. Trl. (3.) an, ob die Weihnachtsgroßifikationen als Entgelt im Sinne des Gesetzes wie der Lohn angesehen werden.

Gehheimrat Caspar verneint die Frage.

§ 3 wird angenommen, ebenso die §§ 4-8. § 9 bestimmt, daß Versicherungsstellen sein sollen die im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder in der Arbeiterversicherung Beschäftigten, wenn ihnen Anwartschaft auf ein bestimmtes Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten zusteht.

Das gleiche gilt für Geistliche anerkannter Religionsgesellschaften und für Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten.

Ob eine solche Anwartschaft als gewähleitet anzusehen ist, entscheidet der Reichsanwalt resp. die oberste Verwaltungsbehörde des betreffenden Bundesstaates.

Hg. Gans (Sp.) fragt an, ob künftbar angestellte Gemeindebeamte auch versicherungsfrei seien und wie es mit den Volksschullehrerinnen in dieser Beziehung sei.

Gehheimrat Caspar erwidert, daß es vor allem darauf ankomme, ob der Beamte Anwartschaft auf Pension und Hinterbliebenengeld habe, Lehrerinnen, die keine Anwartschaft auf Hinterbliebenengeld hätten, seien nicht versicherungsfrei.

Hg. Wommers (Sp.) betont, daß definitiv angestellte Beamte überhaupt nicht unter das Gesetz für Privatangestellte fallen könnten.

Gehheimrat Caspar erklärt, daß auch Beamte unter das Gesetz fallen könnten, wenn sie keine Anwartschaft auf Pension hätten.

Hg. Gans (Sp.): Danach sollen also alle städtischen Lehrerinnen unter das Gesetz, wenn nicht die Stadt mit ihnen einen Vertrag abschließt, daß sie Pension erhalten für den Fall, daß sie Kinder kriegen. (Weiterkeit.)

§ 9 wird hierauf angenommen. Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. (Vortag: Kleine Aktien, Schiffsahrtabgaben.)

Der Krieg.

Eine neue Friedensvermittlungsfaktion?

Konstantinopel, 30. November. Die „Adam“ berichtet, Bericht der gestrige Ministerrat über die Eröffnungen einiger Mächte bezüglich der Kolonialfrage, eine Grundlage für die Lösung der Tripolisfrage zu finden. Er habe beschloffen, durch den türkischen Vorkämpfer in London die englische Regierung über ihre Absichten zu sondieren.

Die Kriegslage in Tripolis.

Konstantinopel, 30. November. Die Nachricht, wonach die Italiener 1-2 Kilometer nach der Dose hin gewonnen haben, wird bestätigt und hinzugefügt, daß Oberst Reshad sich wahrscheinlich noch weiter zurückziehen werde, um seine Truppen aus dem Bereich der italienischen Schiffsgefahr zu bringen.

Tripolis, 30. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die Arbeiten zur Verstärkung der neuen italienischen Stellungen werden fortgesetzt, während der Feind immer wieder versucht, sich einzuzugreifen. Wegen zu starken Windes konnten die Aeroplans und Drachendebalons nicht aufsteigen. — Tagiara ist beschossen worden. — Rundschaffter bestätigen, daß der Feind am 26. d. M. bedeutende Verluste hatte. — Auf dem Rückzuge befindliche Türken wurden von einer Gruppe von Arabern, die sie für Italiener hielten, erschossen. — Aus Benghasi wird gemeldet, daß feindliche Gruppen gegen die vorgeschobenen italienischen Stellungen vorgingen, aber durch Geschützfeuer zurückgetrieben wurden, ohne daß die Italiener Verluste erlitten. — In dem letzten Gefechte bei Benghasi hatten die Italiener 22 Tote und 44 Verwundete, der Feind hatte 150 Tote, darunter zwei türkische Offiziere, und ebenso viel Verwundete. — Ein italienisches Wachtschiff hat in der Nähe von Kap Adrian den griechischen Segler „San Nicola“, der Kontorbande führte, aufgebracht und nach Benghasi geschleppt. — Aus Doms, Derna und Tobruk wird nichts Neues gemeldet.

Wieder ein Bombardement im Roten Meere.

Perim, 30. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein italienisches Kriegsschiff hat mit dem Bombardement des Forts Schah Said, das annähernd zwei Meilen östlich von Perim liegt, begonnen.

Die Revolution in China.

Juanischai und die Militärliga.

Peking, 30. November. Der „Agence d'Extreme Orient“ wird aus Peking gemeldet: Infolge von Differenzen zwischen Juanischai und dem Führer der Militärliga General Liangschai hat letzterer seine Entlassung genommen. Er wurde durch General Vane, einen ergebenen Freund Juanischais, ersetzt. Die Folge davon ist, daß der Einfluß Juanischais, noch bedeutend gewachsen ist und die in der Militärliga vereinigten aristokratischen und Mandarinenkreise bekräftigen haben, die Politik Juanischais in jeder Weise zu unterstützen. Juanischai beherrscht die Militärliga, deren Einfluß übrigens im Schwinden begriffen ist, so sehr, daß er es wagen könnte, auch gegen sie aufzutreten.

Amerikanische Truppen für China.

London, 30. November. Die „Times“ melden aus Washington: Der amerikanische Gesandte in Peking hat gestern das diplomatische Korps benachrichtigt, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, nötigenfalls 2500 bis 5000 Mann Truppen, die in Manila stehen, nach China zu entsenden, um die Bahn Peking-Tientsin zu bewachen. Die Truppen können innerhalb zehn Tagen in China sein.

Die Kämpfe um Kanking.

Shanghai, 30. November. Der Korrespondent des „New York Herald“ telegraphiert, daß entgegen den in Europa verbreiteten Nachrichten, die Stadt Kanking sich bis mittag nicht übergeben hatte, daß aber die Uebergabe der Stadt jeden Augenblick erwartet wird. Die kaiserlichen Truppen in Kanking widerstanden sich der von allen Seiten auf die Stadt gemachten Angriffe von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens mit außerordentlich geschickter Verteidigung.

Ein Erfolg der kaiserlichen Truppen.

Peking, 30. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach konsularischen Berichten aus Szechuan vom 29. d. M. haben die kaiserlichen Truppen am 27. November bei Ring-Yuen in einer regelrechten Schlacht besiegt. Die Missionare sind unversehrt geblieben und nicht bedroht.

Aus der Partei.

Zu den Gemeinderatswahlen in Stuttgart.

Durch die bürgerliche Presse läuft die Nachricht, daß in Stuttgart zu den Gemeinderatswahlen zwei sozialdemokratische Listen einander gegenüberstehen.

Die Parteileitung teilt mit, daß die Partei mit der zweiten Liste, die die Namen einiger offiziell aufgestellten Parteigenossen nicht enthält, absolut nichts zu tun hat, und auch die Parteigenossen, zu deren Gunsten die zweite Liste angeblich herausgegeben wurde, erklären, daß sie dem Versuch, Uneinigkeit in die Reihen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft zu tragen, vollkommen fernstehen.

Kommunalwahlfrage.

Die Wahlen zur Bremischen Bürgererschaft sind beendet. Die Sozialdemokratie hat nicht nur sämtliche Mandate behauptet, sondern kommt auch noch in zwei Stichtwahlen, wovon eine nicht aussichtslos ist. Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten für die 4. und 8. Klasse um 821 zurückgegangen ist, hat sich unsere Stimmzahl um 468 vermehrt. Sie liegt von 5700 im Jahre 1908 auf 6258. Die Stimmzahl der liberalen Gegner sank von 8923 auf 8788, also um 785 Stimmen. Die Gegner hatten mit einem Siege über die Sozialdemokratie gerechnet, aber dieses Resultat dürfte für sie ein Renetzel für die kommenden Reichstagswahlen bedeuten.

In Regierungsbezirk Magdeburg haben die nunmehr beendeten Stadtverordnetenwahlen der Sozialdemokratie eine Reihe erfreulicher Erfolge gebracht. So errangen wir in Stendal drei Siege mit 292 Stimmen gegen 95 bürgerliche Stimmen, in Schönebeck ebenfalls drei Siege mit 701 gegen 472 Stimmen. In Barby wurden zwei Genossen mit 207 gegen 192 Stimmen gewählt. In Bernigerode eroberten wir zwei neue Mandate, so daß dort jetzt sieben Sozialdemokraten im Stadtparlament sitzen. Auch die Wahlen in Osterwieck brachten uns zwei neue Siege. In Halberstadt wurde mit 1748 gegen 1890 Stimmen der fünfte Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Auch in Oschersleben erwarben wir zwei neue Mandate, so daß im Regierungsbezirk Magdeburg insgesamt 15 neue Mandate erobert wurden.

In Tangermünde behaupteten wir die dort erledigten zwei Mandate. In Magdeburg war in diesem Jahre nur ein einziges Mandat der dritten Abteilung abgelaufen, das wiederum der Sozialdemokratie zuziel. In Schönebeck wird möglicherweise die Wahl von den Bürgerlichen angefochten, da die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes in der Stadtverordnetenversammlung nicht durch formellen Beschluß, sondern nur durch Kenntnisnahme genehmigt wurde.

Bei der Gemeindevahl in Egelsbach (Hessen) siegte der sozialdemokratische Kandidat mit 269 Stimmen. Die bürgerlichen Gegner brachten es trotz ihrer skrupellosen Agitation nur auf 219 Stimmen. In zwei Jahren hoffen unsere Genossen auch in diesem Dorfe absolute Majorität zu haben.

In Mühlberg a. d. Elbe gelang es unseren Genossen bei erstmaliger Beteiligung an der Wahl, trotz heftiger Gegenagitation des Reichverbandes das zur Wohl stehende Mandat der dritten Abteilung zu erobern.

In Kelbra (Provinz Sachsen) wurde der erste Sozialdemokrat mit großer Mehrheit gegen den Vorherrscher des reichstreuern Arbeitervereins in die Stadtvertretung gewählt.

Bei der am Dienstag in Kriegshaber bei Augsburg stattgefundenen Gemeindevahl eroberte die Sozialdemokratie vier Siege und neun Ersatzmänner. Bisher hatten die Sozialdemokraten keine Vertretung in der Gemeindeverwaltung.

In Dahme (Mark) wurden drei Genossen mit großer Mehrheit zu Stadtverordneten gewählt.

Die Erfolge der bulgarischen Sozialdemokratie.

Aus Sofia wird uns von der Zeitung der „engherzigen“ Sozialisten geschrieben: Dieser Tage feierte das bulgarische Klassenbewußte Proletariat ein Ereignis von großer Tragweite für die Kämpfe, die es gegen den Kapitalismus zu führen hat. Am 25. November wurde das bereits in seinem 16. Jahrgang stehende Zentralorgan der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der mit dieser eng verbundenen sozialdemokratischen Gewerkschaften, der „Rabotnitscheski Wjesnik“ — die „Arbeiter-Zeitung“ —, in ein Tagesblatt verwandelt. Heiß ersehnt war von unseren kämpfenden Genossen in Bulgarien das täglich erscheinende Parteiblatt, das beweist am besten die überaus begeisterte Aufnahme, die ihm das bulgarische Proletariat bereitet. Die erste Nummer, deren Erscheinen im ganzen Lande in öffentlichen Versammlungen und Straßenkundgebungen gefeiert wurde, ist in 18 000 Exemplaren abgesetzt worden gegenüber einer Auflage von 6000 Exemplaren, die der „Rabotnitscheski Wjesnik“ bis dahin bei einer dreimal wöchentlichen Herausgabe erreichen konnte.

Die Entwicklung des „Rabotnitscheski Wjesnik“ ist innig verknüpft mit der Entwicklung der bulgarischen Sozialdemokratie selbst. Sein Erscheinen vor 15 Jahren fiel mit dem Aufwachen des Massenbewußtseins der Arbeiter in Bulgarien zusammen und war ein Ausdruck der Aufklärung der proletarischen Elemente gegen die feindsüchtige Intelligenz, die damals die bulgarische Partei vollkommen beherrschte. Als treuer Vorkämpfer des vorklassischen Sozialismus führte der „Rabotnitscheski Wjesnik“ immer tiefer Wurzel unter der wachsenden bulgarischen Arbeiterschaft.

Die Begeisterung, mit der das bulgarische Proletariat sein eigenes Tagesblatt begrüßt, gilt aber auch den bedeutenden Fortschritten, die seine Partei und seine Gewerkschaften während der letzten paar Jahre auf allen Gebieten erzielten. Die Partei konnte bei den letzten vor drei Monaten stattgefundenen Stimmwahlen bereits über 13 000 Stimmen erobern und behauptete in allen Industriezentren den ersten Platz nach der Regierungspartei; sie gewann bei den Gemeindevahlen in sieben Städten 26 Siege und übertrug den Gemeinderat in der Stadt Somow; die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählen bereits über 7000 Mitglieder; die Partei besitzt eine eigene moderne eingerichtete Druckerei und eine sehr reichhaltige Buchhandlung, die im vergangenen Jahre zusammen einen Umsatz von ungefähr einer halben Million Frank erzielten.

Auf einer soliden theoretischen und materiellen Grundlage stehend, macht die politische sowie die gewerkschaftliche Organisation des bulgarischen Proletariats immer größere Fortschritte zu ihrem weiteren Ausbau. Zugleich tritt die bulgarische Sozialdemokratie in eine Periode ausgedehnter politischer Kämpfe gegen die Bourgeoisie hinein, wobei ihr das Parteitagblatt einen erheblichen Dienst leisten wird.

Aus Industrie und Handel.

Segen der Schnapsblockpolitik.

Der kürzlich erschienene Bericht der Handelskammer Wesel für das letzte Jahr gibt eine ganz nette Schilderung von dem Segen der Wirtschaftspolitik des Schnapsblockes. Man liest dort:

Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, insbesondere des gewerblichen Arbeiterstandes, auf dessen Konsum die Textilindustrie unseres Vaterlandes hauptsächlich angewiesen ist, ist durch Lohnanstieg, höhere Mieten, Steigerung aller Lebensbedürfnisse, insbesondere infolge der Preissteigerung, durch erhöhte direkte und indirekte Steuern, von denen die ersteren auf Grund des § 23 des Einkommensteuergesetzes stärker veranlagt werden, wie bei den Angehörigen anderer Städte von gleicher steuerlicher Leistungsfähigkeit, stark geschwächt worden. Erfahrungsgemäß führt aber die Beschränkung der Kaufkraft des Arbeiters in allererster Linie zu einer Verminderung der Ausgaben für die Kleidung, und der Anlaß hierzu war um so stärker, als auch die hohen Baumwollwarenpreise an sich schon die Kaufkraft erschweren.

Der Berichterstatter hätte nur noch hinzufügen müssen, daß der Bevölkerung die gekennzeichnete Wirtschaftspolitik mit Hilfe des dort dominierenden Zentrums gemacht worden ist, von dieser „Volks-

partei“ auch noch weiter beleidigt wird und gar noch beschlachtet werden soll. Das Zentrum schwindelt den Leuten bellend vor, seine Politik und Reichsfinanzreform sei ein Segen für und alle.

Eine Post ohne Ende.

New York, 4. November. (Fig. Per.) Mit unverminderter Eifer wird im Kongresshaus der Vereinigten Staaten der Postkongress der Truff-Vereinigung weiter gemimt. Während das arglose Publikum sich in Weisheitsreden heiser schreit, reiben sich die „Heldenshelden der Justiz“ mit einem Augenblickseln vergnügt die Hände und freudigen die seltenen Profite ein, welche sie an einer durch das Vorgehen des Bundesjustizministeriums begünstigten, geschicklichen Inzertierten Waise-Spekulation verdienen.

Können einerseits die Truffmagnaten mit den Folgen ihrer „Verfolgung“ zufrieden sein, so hofft andererseits auch die republikanische Bundesregierung auf ihre Parteifolken zu kommen. Kurz vor dem am Dienstag nächster Woche in den meisten Einzelstaaten stattfindenden Wahlen sah sich, um nur zwei Beispiele anzuführen, der Bundesjustizminister Widerrham dem Proteste der unabhängigen Zigarren- und Tabakhändler und -fabrikanten gegen den Reorganisationsplan der American Tobacco Co. (Tabaktruff) an, nachdem beim Bundesgericht zu Trenton, New-Jersey, von der dortigen Distriktsanwaltschaft am 2. Oktober eine die Auflösung der United States Steel Corporation beantragende Klageschrift eingereicht worden war.

Schon jetzt wird bekannt gegeben, daß die erste öffentliche Verhandlung gegen die United States Steel Corporation erst im Herbst nächsten Jahres, also kurz vor den Nationalwahlen und der Erklärung der Präsidentschaftswahlwahlen (Wahlmänner) stattfindet.

Die verbliebene Popularität der republikanischen Partei aufzufrischen, dünkt den Raathabern im Weissen Hause (Präsidentenpalais) zu Washington ein „Kesseltreiben“ auf die Truffe, und namentlich gegen den beschalteten derselben, die United States Steel Corporation, das erfolgreichste Mittel.

Die Stahltruff-Komodie, deren letzter Akt nach Jahren vor dem Oberbundesgericht in Washington gegeben wird, nahm, wie gesagt, am Donnerstag letzter Woche in Trenton, der Hauptstadt des Staates New Jersey, seinen Anfang. Vor dem dortigen Bundesgericht (United States Circuit Court) reichte der Hilfs-Generalanwalt und Spezialdistriktsanwalt John A. Freeland gegen die United States Steel Corporation und die diese beherrschenden Persönlichkeiten eine Klageschrift ein. In derselben wird die Auflösung nicht nur der United States Steel Corporation, sondern auch ihrer aus der Verschmelzung anderer Firmen hervorgegangenen Tochtergesellschaften beantragt, die sich in Widerspruch mit dem nach Sherman benannten Anti-Truffgesetz zusammenschließen, um in der Stahlbranche eine Monopolstellung zu erringen oder dieselbe aufrechtzuerhalten. Als Beklagte werden aufgeführt 38 Korporationen und deren leitende Persönlichkeiten, darunter J. P. Morgan, John D. Rockefeller und dessen gleichnamiger Sohn, Andrew Carnegie, George W. Perkins, E. H. Gary, Henry W. Ford, Edmund C. Converse, R. A. Widener usw., sowie die Mitglieder des Aufsichtsrats der Great Northern Ore Co., deren reiche auf eilfzig Hundert Millionen Dollar bewertete Erzlager zur Ausbeutung an den Stahltruff verpachtet sind.

In einem wesentlichen Punkte unterscheidet sich das Vorgehen der Justizbehörde gegen den Stahltruff von dem Verfahren gegen andere Truffe, wie den Fleischtruff, das Walzdrahttruff usw. Während gegen die Fleischtruffe noch ein Strafverfahren anhängig ist, während die Gebieter des Walzdrahttruffs, darunter auch Morgans Schwiegersohn Herbert D. Watterle, auf Grund der strafrechtlichen Bestimmungen des Sherman-Gesetzes zu allerdings nichtlagenden Geldstrafen verurteilt wurden, ist gegen den Stahltruff nur eine Zivilklage eingeleitet; dagegen ist von einer strafrechtlichen Verfolgung gar keine Rede.

Ja, am Tage der Einreichung der Klage zu Trenton wurde im hiesigen Bureau des Stahltruffs mit zünftiger Offenheit erklärt, die United States Steel Corporation sei schon längst von der Absicht, eine Auflösungsklage anhängig zu machen, zuverlässig unterrichtet gewesen. Dementsprechend hätten die Justiziere der beklagten Corporation schon den ganzen Sommer hindurch an der Beantwortung der damals noch gar nicht eingereichten Klageschrift gearbeitet.

Wenn man bedenkt, daß am 27. Oktober, also am Tage nach der Eröffnung des Verfahrens zu Trenton, an der hiesigen Börse gleich zu Beginn derselben von einem einzigen Käufer 28 000 Stahltruffaktien angeboten und dadurch deren Kurse zum Weichen gebracht wurden, kann man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß Justizministerium und Stahltruff ein abgekartetes Spiel trieben. Diese 28 000 Aktien rührten sicherlich nicht von kleinen Leuten, sondern von Truffmagnaten her, welche eine Deroute erzeugten, um keine Kapitalisten zum Löschlagen ihrer Stahlaktien zu veranlassen. Es folgte denn auch ein starkes Angebot. Nachdem die auf den Markt geworfenen Aktien in „feste Hände“ gelangt waren, erholten sich die Kurse gar rasch wieder.

Eine der Wehrzähl nach aus Demokraten bestehende, mit der Unterstützung des Stahltruffs betraute, nach ihrem Vorherrscher Stanley benannte Kongresskommission sucht dem Wahlmänner der Republikaner zu begegnen, indem sie ihre Tätigkeit wieder aufnimmt und sich insbesondere mit solchen Entwicklungsphasen des Stahltruffs befaßt, welche ein Kriminalverfahren nicht nur rechtfertigen sondern sogar direkt fordern. Neues wird die Stanleykommission ja kaum zutage fördern. Doch von den mehr als 1000 Millionen Dollar Aktienkapital des Stahltruffs nur 200 Millionen einbezahlt und die Dummheit um den Rest „gemacht“ wurden, daß der Kapitalisten und Lutterbelskäufer Morgan, daß der Humanitäts-, Friedens- und Biblischepostel Carnegie bei den Gründungsaktionen Hunderte von Millionen verdienten, daß der Stahltruff in seinen Betrieben den Arbeitermord aus länder Pflaster beinahe systematisch betreibt und unerhörte Hungerlöhne bezahlt: das alles ist schon längst einwandfrei nachgewiesen.

Eine praktische Bedeutung kommt dem Prozeß gegen den Stahltruff nicht zu. Das beweist schon die jüngste Geschichte der Auflösung der American Tobacco Co. (Tabaktruff).

Das Oberbundesgericht, welches Mitte Mai die bedingungslose Auflösung der Standard Oil Co. (Petroleumtruff) befugte hatte, ordnete 14 Tage später die Auflösung des Tabaktruffs an, gab aber gleichzeitig der Vorinstanz, die Rekonstruktion der American Tobacco Co. zu überwachen. Der Rekonstruktionsplan der Gesellschaft liegt nunmehr dem hiesigen Bundesgericht zur Begutachtung vor. Nach demselben wird das Geschäft des Tabaktruffs unter 14 Gesellschaften verteilt; über der Löwenanteil fällt an 4 Gesellschaften, nämlich die American Co., an Vaggett u. Myers, an die Lorillard Co. und die Reynolds Co. Mit Recht machen die außerhalb des Truffs stehenden Tabak- und Zigarrenfabrikanten und -händler geltend, daß eine geringe Anzahl von Personen, welche den Tabaktruff beherrschen, künftig auch auf die Einzelgesellschaften den bestimmenden Einfluß ausüben und jede Konkurrenz zwischen denselben wirksam verhindern werden. Die Gegner des Rekonstruktionsplanes können sich dabei auf den Bundeskorporationskommissar Herbert Knox Smith berufen, welcher in einer dem Präsidenten Takt am 25. September zugegangenen Denkschrift schreibt, daß 10 Personen, der sogenannte innerer Ring, 60 Prozent aller Stammaktien besitzen. Der Bundesjustizminister Widerrham trat am letzten Montag vor Gericht für die Forderungen der Konkurrenten des Tabaktruffs ein, welche darauf bestehen, daß die American Tobacco Co. in eine größere Anzahl von Gesellschaften zerlegt und jede dieser Gesellschaften auf das Geschäft in einer Branche, Kau-, Rauchs-, Schnapsstoff-, Zigarren oder Zigaretten, beschränkt wird. Wieweit soll denn die Aufteilung gehen? Ist die Bahn, welche zur Vernichtung der Truffbetriebe führt, erst einmal betreten, dann gibt es auch kein Halten mehr; dann muß man schließlich zu den unrationellen Zwergbetrieben zurückkehren. Doch daran denkt die Bundesregierung ja im Grunde auch nicht, sie treibt nur Wühlmache. Sie will die Truffe konfiszieren und zwar in ihrem jetzigen Charakter. Die Truffbetriebe auf Rechnung und zum Besten des verklärten Volkes zu übernehmen ist sie selbstverständlich nicht gewillt. Diese Idee kann nur durch die Arbeiterschaft selbst verwirklicht werden.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STRASSE 132-37

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN STRASSE



Soweit vorhanden:

In der Lebensmittel-Abteilung

Obst, Gemüse, Fische, Räucherw., können nicht zugesandt werden

Fleischwaren

- Gänsebrust ca. 1 1/2 b. 1 1/4 Pfund 1.45, 2.00
- Pariser Lachsschinken ca. 1 1/2 b. 1 1/4 Pfund 1.60
- Rollschinken ca. 6 bis 10 Pfund 1.25
- Mausschinken ca. 2 1/2 b. 3 Pfund 1.15
- Schinkenspeck in Fettdarm von 1 1/2 bis 4 Pfund 95 Pf.
- Zerelatwurst in Rinddarm . . . Pfund 1.10
- Salamiwurst in Rinddarm . . . Pfund 1.10
- Zerelatwurst in Fettdarm . . . Pfund 1.25
- Schinkenwurst Pfund 1.25
- Teewurst Pfund 1.10
- Bauernmettwurst mit Knoblauch . . . Pfund 1.00
- Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
- Landleberwurst Pfund 85 Pf.
- Jagdwurst Pfund 85 Pf.
- Rotwurst Pfund 45, 70 Pf.

Frisches Fleisch

- Schmorfleisch Pfund 90 Pf.
- Rinder-Filet im Ganzen 1.00, am Stück 1.60, 1.80
- Roastbeef Pfund 90 Pf., ohne Knochen 1.30
- Brust-Fehlrippe Pfund 70, 5 Pfund 65 Pf.
- Kamm-Querrippere 65, 5 Pfund 60 Pf.
- Goulasch Pfund 70, Gehacktes Pfund 60 Pf.
- Nierentalg . . . Pfund 50, ausgelesen Pfund 55 Pf.
- Frischer Schinken im Ganzen, Pfund 65 Pf.
- Kamm u. Schuft Pfund 65, geteilt 70 Pf.

- Schweinefilet Pfund 1.05
- Schweine-Kotelettes 75, im Ganzen 70 Pf.
- Rückenfett Pfund 60, Linsen Pfund 65 Pf.
- Pökelkamm 70, Eisbein Pfund 65 Pf.
- Kalbb Brust Pfund 80, -Spitze Pfund 95 Pf.
- Kamm u. Bug . . . Pfund 75, geteilt 80 Pf.
- Hammelkeule im Ganzen . . . Pfund 80 Pf.
- Dicke Rippe 65, Dünnung Pfund 55 Pf.
- Kasseler Rippespeer Pfund 65 bis 80 Pf.

Geflügel

- Wartebrücker Fettgänse . . . Pfund 70, 75 Pf.
- Suppenhühner Stück 70 Pf. bis 2.00
- Junge Hähne Stück 85 Pf. bis 2.00
- Puten Pfund 63, 75 Pf.
- Gänsepöckelfleisch . . . Pfund 60, 65 Pf.
- Tilsiter Mastenten Pfund 68 Pf.
- Gänsebrust Pfund 90 Pf.
- Gänsekeulen Stück 60 Pf.
- Haselhühner Stück 1.35

Butter u. Käse

- Koch- und Backbutter . . . Pfund 1.30
 - Tischbutter Pfund 1.40, Tafelbutter Pfund 1.50
 - Neues Pflaumenmus . . . Pfund 28 Pf.
 - Bratenschmalz Pfund 58 Pf.
 - Limburger Käse Pfund 55, Camembert Stück 22 Pf.
 - Vollfetter Brie Pfund 80, Romantour Stück 26 Pf.
 - Allgäuer Rahmkäse . . . Pfund 60 Pf.
 - Emmentaler Pfund 1.15, Schweizer Käse 85 Pf.
 - Tilsiter Pfund 60, Kuhlkäse 2 Stück 35 Pf.
- Neu aufgenommen:
Roquefort, Gorgonzola, Englischer
Stilton-Käse in Töpfen . . . Topf 42 Pf.

Fische

- Heilbutten Pfund 30 Pf.
- Schellfisch 2-4 Pfund . . . Pfund 10, 18 Pf.
- Grüne Heringe Mdl. 23 Pf.
- Seelachs in ganzen Fischen . . . Pfund 20 Pf.
- Goldbarsche Pfund 15 Pf.
- Tafellachs in ganzen Fischen . . . Pfund 35 Pf.
- Tafelzander Pfund 38 Pf.
- Kabeljau mit Kopf 10, ohne Kopf, Pfund 15 Pf.

- Grosse Schollen Pfund 28 Pf.
- Leb. Hechte Pfund 78, 6 Pfund 65 Pf.
- Lebende Karpfen Pfund 65 Pf.
- Leb. Spiegelkarpfen . . . Pfund 75 Pf.
- Lebende Aländer Pfund 48 Pf.
- Lebende Plötzen Pfund 32 Pf.
- Lebende Schleie Pfund 88 Pf.
- Lebende Schleie Portionsfisch Pfund 1.10

Räucherwaren

- Bücklinge Kiste 35 Pf.
- Sprottbücklinge Pfund 20 Pf.
- Stralsund. Bücklinge . . . 3 Stück 10 Pf.
- Schleibücklinge 2 Stück 10 Pf.
- Dorache Stück 12, Sprotten Pfund 70 Pf.
- Aale Pfund 1.15, Bund 40 Pf.
- Kieler Fludern Pfund 60 Pf.
- Ahlbecker Fludern . . . Pfund 30 Pf.
- Sardellen Pfund 85 Pf.
- Bratheringe Dose 4 Liter 85 Pf.
- Matjes-Heringe 3 Stück 25 Pf.

Obst und Gemüse

- Krachmandeln Pfund 65 Pf.
- Neue Traubenrosinen . . . Pfund 68 Pf.
- Zitronen Duz. 28 Pf.
- Wallnüsse Pfund 28 Pf.
- Ess-Aepfel 5 Pfund 50 Pf.
- Tafel-Aepfel 3 Pfund 60 Pf. Kisten 1 Pfund 1.75

- Feigen Klotzen 28 Pf.
- Blumenkohl Kopf 10, 20 Pf.
- Maronen Pfund 8 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 18 Pf.
- Rosenkohl Pfund 13 Pf.
- Grünkohl Pfund 6, Petersiliengläse Stück 17 Pf.

Hülsenfrüchte

- Viktoria-Erbsen Pfund 21 Pf.
- Kleine Erbsen Pfund 16 Pf.
- Polierte Schälervbsen . . . Pfund 22 Pf.
- Polierte Spalterbsen . . . Pfund 20 Pf.
- Grüne Erbsen Pfund 22 Pf.
- Lang-Bohnen Pfund 22 Pf.

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabritz, Kugelsitz 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis: W. G. Schmidt, Rindbühlstr. 14, Oshpactere.
 3. Wahlkreis: W. G. Schmidt, Rindbühlstr. 14, Oshpactere.
 4. Wahlkreis: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 5. Wahlkreis: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 6. Wahlkreis: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Wedding: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Gesundbrunnen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Schönhauser Vorstadt: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Adlershof: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Alt-Lichtenberg: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Bismarckstr.: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Bernau, Röntgenstr.: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Birkbeck: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Bismarckstr. und Falkenberg: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Charlottenburg: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Eichwalde: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Erkner: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Friedrichsdorf-Petershagen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Friedmann-Steinitz-Südende-Größ-Lichterfelde-Lankwitz: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Friedrichshagen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Grunow: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Johannisthal: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Karlshagen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Königs-Wusterhausen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Köpenick: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Mahlsdorf, Kaulsdorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Mariendorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Nauen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Nauen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Nieder-Schöneweide: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Nowawest: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Ober-Schöneweide: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Pankow-Niederschönhausen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Reichendorf-Groß-Wilmersruh und Schönholz: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Rickdorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Rummelsburg, Boxhagen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Schöneberg: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Spandau, Neundamm, Straßen, Seefeld und Falkenhagen: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Tegel, Eberswalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Teltow: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Tempelhof: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Treptow: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Weißensee: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Wilhelmsdorf-Bahlsen-Schmargendorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Zehlendorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.
 Zehlendorf: Dr. H. Engel, Dr. Franzstr. 120.

Möbel Otto Piehl Brunnen-Str. 120

Schöne Ausstellung praktischer **W** eihnachts-Geschenke

Verkauft Möbel nach Teilzahlung ohne Preisaufschlag

Komplette Zimmer ca. 50 Musterzimmer ausgestellt in den Preislagen von 100,- 240,-, 325,-, 385,- 450,- bis 1050 M.

Garnituren von 110 bis 350 M. Umbau-Sofas von 62 bis 78 M.

Schreibtische von 48 bis 225 M. Schreibstühle von 11.50 bis 25 M. Klavier-Sessel von 10.50 bis 35 M.

Für den ersten Schnee!

empfehle diese leicht getragenen, warmen und wasser- und windabweisenden, für jede Person (auch für den nächsten Herrn) passende und warme, die in den kalten Wintermonaten (auch auf Gebirgen) gebraucht werden können. Preis: 8.00, 12.00, 16.00, 18.00 M. Herren-Anzüge 12.- 16.- 20.- 22.- M. Herren-Häute 10.- 12.- 16.- 20.- M. Herren-Hosen 2.- 3.- bis 6.-

J. Wand
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, Dresden. II. Geschäft: Chausseestr. 83, III. Geschäft: Friedrichstr. 127, Berlin. IV. Geschäft: Jägerstr. 11, Berlin.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von **Kohnen & Jöring**, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Handelsplatz: Alexanderstr. 28, Berlin. Rosenfelder Str. 53, Berlin. Wilhelmstr. 118, Berlin. Friedrichstr. 118, Berlin. Jägerstr. 66, Berlin.

Von den unübertroffenen großen Lagerverrätern gelangen Ihnen u. ca.

1000 Teppiche

in allen Größen und Qualitäten, bestehend aus einzelnen Musterstücken, b. zur Hälfte des sonstigen regulären Listenpreises abzugeben, in einem besonderen Lagerraum der Teppichfabrikators

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1. Treppe, nachmittags 2-7 Uhr zum Verkauf. In den Sonntagen vor Weihnachten geöffnet.

Wissen Sie schon? Nach beendeter **Engros-Saison** **Ulster** **Flauschmäntel** kolossal preiswert

Zimmerstr. 49, I. Et., nahe Dönhofsplatz. Spezialität: Backstückerkonfektion. Sonntags geöffnet!

Nathan Wand 129 Stalder Str. 129. Die Herren Herren-Winter-Paletots u. Ulster und Anzüge in allen Größen, auf Seide gearbeitete, Kavaliere getragen, für jede Figur passend, für jeden Geschmack und in jeder Hinsicht zu haben. Billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand 129 Stalder Str. 129. Spezialität: Backstückerkonfektion. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Zigarren-W. Herbst Fabrikanten. Tel. IV. 3873. BREITEN SW., Hiltnerstr. 83. Erhöhter Ware. Zigarrenhandlung bestens empfohlen. Tarifarbeit.

Die Bewegung in der Berliner Metallindustrie.

Die Formner lehnten die vorgeschlagene Vereinbarung ab. — Die Aussperrung ist vollzogen!

Frühzeitig und fast vollzählig hatten sich die streikenden Formner und Gießereiarbeiter am Donnerstagmorgen, über 2500 an der Zahl, in Körmers großem Saal in der Koppenstraße eingefunden. Eine allgemeine Erregung und Spannung herrschte in der Versammlung; es galt, die Entscheidung zu treffen in der wichtigen Frage, ob die Vereinbarung, die die Kommission nach heftigen Ringen mit den Unternehmern den streikenden Arbeitern schon am Mittwochnachmittag gedruckt vorgelegt hatte, die Zustimmung der Arbeiter finden sollte, womit zugleich die Aussperrung in weitem Maße beendigt werden konnte. Die Wogen der Erregung gingen oftmals hoch, aber Sellrich und Cohen behielten die Führung der Geschäfte mit Ruhe in der Hand und es gelang trotz vieler Stürme, die Versammlung ordnungsgemäß zu Ende zu führen. Ueber sechs Stunden dauerte die Versammlung. Ohne Speise und Trank harrten die Massen der in geheimer Abstimmung vorgenommenen Entscheidung. Viele der Versammlungsteilnehmer mußten stehend diese lange Zeit ausharren, da der Saal nicht für alle Sitzplätze bot.

Der Branchenleiter der Formner, Sellrich, besprach, von Zwischenrufen oft unterbrochen, die einzelnen Bestimmungen der Gesetze vom „Vorwärts“ im Wortlaut abgedruckten Vereinbarung. Er bemerkte, daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit präzisier gefaßt seien gegenüber den alten Bestimmungen. Im § 8 der Vereinbarung sei den Affordarbeitern ein gewisser Lohn garantiert. Warten auf Arbeit werde jetzt bezahlt, wenn es länger als 1/2 Stunden dauere; die Unternehmer müssten nur dann Entschädigung zahlen, wenn es über eine Stunde dauere, die Arbeiter wollten schon bei halbtägigem Warten Bezahlung haben. Neu sei die Bestimmung, daß dem Arbeiter erst der Affordzettel eingehändigt werden müsse, bevor das Stück Arbeit von seinem Platz genommen werde. Auch müsse der Affordlohn vorher vereinbart werden, andernfalls sei der Arbeiter berechtigt, die Arbeit im Lohn herzustellen und dafür seinen bisher verdienten Durchschnittslohn zu verlangen. (Der § 8 enthält sonst die Bestimmung, daß Affordarbeiter, wenn sie Lohnarbeit verrichten, den im letzten Jahre verdienten Durchschnittslohn, abzüglich 15 Proz., erhalten.) Komme eine Einigung über den Lohn nicht erzielt werden, so hat der Arbeiter jetzt das Recht, durch die Kommission den Lohn festsetzen zu lassen, während ihn bisher der Meister allein bestimmen konnte. Eine Verbesserung sei auch in den neuen Bestimmungen über den Ausschuhgutz enthalten. Nach den alten Bestimmungen erhielt der Formner nur den Ausschuhgutz bezahlt, an dem ihn nachweisbar kein Verschulden traf. Viele Klagen wurden deshalb beim Gewerbeamt anhängig gemacht (in einem halben Jahre 22 Klagen), die meist für den Arbeiter ungünstig verliefen, weil der Formner den Nachweis nicht erbringen konnte, daß ihn kein Verschulden treffe. Jetzt soll in B w e i f e l s f ä l l e n dem Arbeiter der halbe Affordpreis gezahlt werden. Schlechte Affordpreise müssen jetzt so aufgebessert werden, daß der Arbeiter den Durchschnittsverdienst erreicht, während bisher zum Ausgleich den schlechten Affordstücken gute beigegeben wurden. Eine solche Verschönerung könne jetzt nicht mehr gemacht werden, die schlechten Affordarbeiten müßten auf angemessene Löhne gebracht werden. Zu Protokoll hätten die Unternehmer erklärt, daß sie 40 Pf. Stundenlohn für Hilfsarbeiter für angemessen erachteten. Einfach würde noch darunter gezahlt. Die Lohnaufbesserungen für die Hilfsarbeiter sollten betriebsweise vorgenommen werden. Die von den Unternehmern ebenfalls zu Protokoll gegebene Erklärung, daß die Wiedereinstellung der Streikenden zu dem alten Lohnsatz erfolgen soll, begegnet bei Erwähnung durch den Redner in der Versammlung lebhaftem Protest. Vom Redner wird diese Bestimmung dahin präzisiert, daß damit wesentlich gesagt sein solle, die Unternehmer dürften bei der Wiedereinstellung der Streikenden diese nicht als Neueinstellende betrachten und ihnen etwa die niedrigen Einstellungsgehälter zahlen. Sellrich schließt mit der Aufforderung an die Versammlung, sich die Abstimmung reichlich zu überlegen, da davon sehr viel abhängt. Die Arbeitervertreter hätten sich reichlich bemüht, so viel wie möglich für die Arbeiter herauszuholen; die vorliegenden Zugeständnisse der Unternehmer seien das Äußerste, was diesen abzurufen war.

In der nun folgenden Diskussion

wird die Vorlage von den Rednern in ihren einzelnen Punkten kritisiert und für unannehmbar erklärt. Nach achtwöchentlichem Streit sei dieses Resultat ein sehr mageres. Besonders heftige Opposition fanden die ersten sechs Punkte der Vorlage sowie die beiden letzten und damit war die ganze Vorlage getroffen, denn die übrigen Punkte waren nebensächlicher Natur. Die „Erklärungen zum Protokoll“ wurden gesondert

beraten. Hierbei spielte die Frage der Lohn- und Hilfsarbeiter eine große Rolle, weil diese Kategorie sich sehr benachteiligt fühlte.

Von den Verbandsvertretern, besonders vom ersten Bevollmächtigten Cohen, der wiederholt in die Debatte eingreift, wird darauf verwiesen, daß nach der von den Vertrauensleuten aufgenommenen Statistik in vielen Betrieben die Hilfsarbeiterlöhne noch unter 40 Pf. betragen; diese auf die angegebene Höhe zu bringen, sei zunächst einmal die dringendste Aufgabe; außerdem ermüßige das betriebsweise Vorgehen bei den Löhnen der Hilfsarbeiter auch ein Heraufrücken der Löhne über 40 Pf. Dazu komme, daß gerade die schlechtestlohnenden Hilfsarbeiter beim jetzigen Streit in großer Anzahl festgehaltenen seien (nach den Zahlenangaben sind in einzelnen Betrieben nur etwa 20 Proz. herangegangen), weshalb schon für sie nicht mehr erreicht werden konnte.

Schließlich kommt die Versammlung zu dem Beschluß, über acht Paragraphen der Vereinbarung, die in der Hauptsache die Arbeitszeit, den Lohn für Affordarbeiter, wenn diese im Stundenlohn beschäftigt werden, und den Ausschuhgutz betreffen, durch Stimmzettel paragraphenweise abzustimmen.

Das Resultat der Abstimmung war das folgende:

1	wurde abgelehnt mit 1783 gegen 704 Stimmen
2	„ „ „ 1742 „ 484 „
3	„ „ „ 1952 „ 524 „
4	„ „ „ 1926 „ 568 „
5	„ „ „ 1938 „ 628 „
6	„ „ „ 1928 „ 542 „
13	„ „ „ 1890 „ 1082 „
14	„ „ „ 1840 „ 684 „

Die übrigen sechs Paragraphen werden, weil die Versammelten Monitas gegen diese nicht erheben, als angenommen betrachtet.

In Bezug auf die „Erklärungen zur Aufnahme in das Protokoll“ waren die Versammelten mit dem ersten Satz einverstanden, der, wie wir bereits gestern berichtet, lautet:

Im Laufe der Verhandlungen wird festgestellt, daß bei Differenzen eine Kommission seitens des Verbandes Berliner Metallindustrieller zusammengetreten ist, die die Streitigkeiten im Gemeinlich mit Vertretern der Arbeiterorganisation schlichtete. Diese Vermittlung, die sich durchaus bewährt hat, soll auch in Zukunft, speziell bei Differenzen, die sich etwa aus dem heute getroffenen Abkommen ergeben, eintreten, und zwar sobald wie möglich, längstens innerhalb zehn Tagen.

Sehr stark setzte dagegen die Opposition bei der Beratung des zweiten Satzes ein; dieser lautet:

Die Löhne der Lohn- und Hilfsarbeiter sollen residiert und in denjenigen Fällen erhöht werden, in denen bisher eine besonders niedrige Bezahlung stattfand. Als Norm hierfür wird ein Anfangslohn für Hilfsarbeiter von 40 Pf. pro Stunde bei den jetzigen Preisen als angemessen bezeichnet.

Der Vorschlag von Sellrich und Cohen, die Löhne der Hilfsarbeiter betriebsweise zu regeln und nicht zur Gesamttatung zu machen, was gegenwärtig den größten Schwierigkeiten begegnen würde, wurde in geheimer Abstimmung mit 1626 gegen 801 Stimmen abgelehnt. In Bezug auf die restlichen Bestimmungen gab sich großes Mißtrauen in Bezug auf die Fragen der Wiedereinstellung der Arbeiter kund und man wünschte einige redaktionelle Änderungen.

Die Aussperrung

ist nun inzwischen ebenfalls vor sich gegangen. Die Maßnahmen dazu waren von den Unternehmern schon vorher derart getroffen, daß noch vor Ablauf der Formnerversammlung, welche die Entscheidung über die vorgelegten Vereinbarungen zu treffen hatte, automatisch Schicht auf Schicht entlassen wurde. Welchen Umfang die Aussperrung angenommen hat, darüber läßt sich zurzeit so wenig sagen wie über die tatsächlichen Gegenzüge der Arbeiter gegen das Vorgehen der Unternehmer. Eine große Zahl von überfüllten und erregten Metallarbeiterversammlungen, die gestern abend stattfanden, konnte weder Klarheit über die Ziffer der Ausgesperrten schaffen, noch bindende Beschlüsse über die einzuschlagende Taktik fassen. Um über die Zahl der Ausgesperrten genaue Angaben zu erhalten, hat die Zentralkommission der Bewegung in Groß-Berlin 56 Meldestellen geschaffen, in denen sich die Ausgesperrten heute zu melden und Anweisungen über ihr ferneres Verhalten entgegenzunehmen haben.

Die Kommission der Formner wird nun zunächst den Unternehmern formell Mitteilung von dem Verlauf der gestrigen Versammlung und dem Resultat der Abstimmung über die vorgeschlagenen Vereinbarungen machen. Von der Aufnahme dieser Mitteilung wird im wesentlichen abhängen, wie die Situation sich weiter gestaltet.

aber auch dann noch niedriger sein, als die Anleihen der letzten Jahre. — Abg. Erzberger weist darauf hin, daß auch mit Bewilligung der neuen Bahnanlage die Zinsenlos im Jahre 1915 um 5 1/2 Millionen sich steigern werde. — Nach längerem Auseinandersehen wurde die Bahnvorlage gegen wenige Stimmen von der Kommission angenommen.

Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 30. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Der Ausschuh für Vorbereitung des Antrages Arons (Soz.) wegen Ausgabe amtlicher Wahlkarten zu den Reichstagswahlen ist gewählt; die sozialdemokratische Fraktion ist darin durch Fischer, Pjanulch und Schneider vertreten.

Stadtv. Fried (N. L.) berichtet über die Ausschuhberatung des Antrages Arons betr. Erwägung von Maßnahmen, um den Mißständen abzuhelfen, die sich bei der bisher üblichen Ferienfestschuhung

bemerken machen. Der Ausschuh hat mit großer Mehrheit die von dem Antragsteller gemachten Reformvorschlüge abgelehnt und empfiehlt, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen. Ohne Debatte beschließt die Versammlung in gleichem Sinne. Die Zuführung einer städtischen Subvention von 60 000 M. für das Etatsjahr 1912 an das

Philharmonische Orchester

hat der im März d. J. eingesetzte Ausschuh gekündigt, nachdem durch Verhandlungen mit der Orchesterleitung über die Gegenleistungen des Orchesters Klarheit geschaffen worden ist. Das aus 70 Mitgliedern bestehende Orchester ist danach verpflichtet, in der Zeit von Juni bis Ende September jede Woche 2, im Winter im ganzen 5, zusammen 40 öffentliche Konzerte zum ermäßigten Eintrittspreise von 30 Pf. und 6 Nachmittagskonzerte für Schüler mit freiem Eintritt zu veranstalten; außerdem hat es bei städtischen Feiern nach näherer Bestimmung des Magistrats ohne besondere Entschädigung mitzuwirken.

Der Referent Stadtv. Moller (N. L.) gibt unter Würdigung der Bedeutung und der künstlerischen Leistungen des Orchesters eine Darstellung der finanziellen Beweggründe, die zu dem Antrag auf städtische Subvention geführt haben. Die für ein Drittel der Plätze in Aussicht genommene Höhe des Eintrittspreises von 50 Pf. hat der Ausschuh in Bezug auf zu bringen vorgeschlagen.

Stadtv. Gassel (N. L.): Die Vorlage steht bei meinen Freunden auf gewisse Bedenken. Es ist nicht unbedingt, sich von Stadt wegen in die freie Betätigung des künstlerischen Betriebes einzumischen. Es ist verwunderlich, daß das Berliner Regententum sich noch nicht so weit entwickelt hat, seinerseits das Philharmonische Orchester in seiner finanziellen Existenz sicherzustellen.

Ohne weitere Debatte gelangt der Ausschuhentwurf zur Annahme.

Mit der Vergabe eines städtischen Grundstücks an der Wobilerstraße an den

Verein „Berliner Jugendhaus“

zur Errichtung eines Obdachlozes für jugendliche männliche Obdachlose hat sich der niedergesetzte Ausschuh nach langen Beratungen einverstanden erklärt. Ein Antrag auf schleunige Errichtung eines städtischen Obdachlozes für jugendliche Obdachlose beiderlei Geschlechts ist vom Ausschuh mit 5 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden.

Dieser Antrag wird heute im Plenum wiederholt. Außerdem ist Jurisdiktion an den Ausschuh beantragt.

Der Referat erstattet Stadtv. Sachs (N. L.). Er hebt hervor, daß der Verein sich mit der vom Ausschuh gestellten Bedingung einverstanden erklärt hat, daß die Stadt von dem Ueberlassungsvertrage zurücktritt, wenn nicht der Bau binnen zwei Jahren beendet ist.

Stadtv. Just (Soz.): Der Ausschuh hat den von meinen Freunden gestellten Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die meisten Ausschuhmitglieder waren mit uns der Meinung, es sei am besten, wenn solche Institutionen von der Stadt errichtet werden, zumal in vielen derartigen Fällen früher oder später doch die Stadt materiell eingreifen muß. Es handelt sich bei dem Projekt des Vereins um ein Institut, das wirklich glücklich ganze vierzig Plätze enthalten wird. Damit ist doch der Rat nicht abgeholfen, daß es nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Im heutigen Tage waren nicht weniger als

370 Jugendliche im städtischen Obdachloz

vor einigen Tagen sogar 420. Was sollen da diese 40 Plätze? Da soll die Stadt das Jugendhaus bauen und nicht für 40, sondern für 400 Plätze; dann wird etwas wirklich Nützliches und Durchgreifendes geschaffen. Wir sind im Ausschuh nicht duragebrungen. Da sich jeder Jugendliche nur durchschnittlich eine Woche dort aufhalten können, so würden, wie uns der Magistratsvertreter vorrednete, jährlich über 2000 dort aufgenommen werden können; in Wirklichkeit wird sich das Bild ganz anders und viel weniger günstig stellen. Eine Garantie, daß der versprochene Erfolg auch von dem Verein geleistet werden kann, ist durch das Statut auch gar nicht gegeben. Die jetzige erfolgreiche Tätigkeit des Kassiers Crüsemann in der Fürsorge für die Jugendlichen im städtischen Obdachloz gibt uns die Gewähr, daß ein solches Jugendobdachloz von Stadt wegen sehr segensreich wirken könnte. Mag die Stadt also auf dem Grundstück an der Wobilerstraße eine solche Anstalt errichten!

Die Petition, die von Hauseigentümern aus der Gegend an uns gekommen ist, charakterisiert sich geradezu als eine Unverschämtheit, mit der man unsere Zeit in Anspruch nimmt; es wird da von Taugenichtsen und Nichtstueren gesprochen, denen die Fürsorge der Stadt zuteil werden solle. Das ist die Grundbesitzervereinsankündigung von einer solchen sozialen Maßnahme, wie sie hier beabsichtigt ist. Mit so etwas sollte man die Stadtverordnetenversammlung verschonen! Die Petenten sind ja sogar beim Oberbürgermeister gewesen; hoffentlich wird dieser ihnen gründlich die Tür gewiesen haben. Ich bitte Sie nochmals, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Ramlow: Wenn her Leute von Ruf und Geschick uns die Last beschreiben wollen, so wäre es doch sonderbar, ihnen in den Arm zu fallen und die Sache selber zu machen. Vorläufig wird mit der geplanten Anzahl auskommen sein. Die betreffenden jungen Leute sollen durchschnittlich je eine Woche dort behalten werden, im Jahre können also weit über 2000 aufgenommen werden. Wenn uns die Frequenz von 300—400 angeführt wird, so wissen wir ja gar nicht, ob nicht an einer Reihe von Tagen das immer dieselben sind. Bezüglich der Petition siehe ich ganz auf dem Standpunkt des Vorredners; entweder haben die Petenten die Sache nicht verstanden, oder sie haben in unverantwortlicher Weise übertrieben. Das Bessere ist immer der Feind des Guten; wer praktisch arbeiten will, muß die Vorlage annehmen! (Beifall.)

Stadtv. Max Schulz (N. L.) hat mit einigen Freunden erhebliche Bedenken gegen die Vorlage und bemängelt namentlich, daß über die zukünftige Ausgestaltung des „Jugendhauses“ und über das Wie der Erreichung des gestellten Zieles der städtischen Hebung keine genügende Auskunft zu erlangen gewesen ist. In der Gegend werde ein Haus erbaut, eine solche Gegend züchte geradezu jugendliche Obdachlose; nach kurzer Zeit werde das Haus sich als viel zu klein erweisen, und die Stadt müsse schließlich doch mit eigenen Mitteln ganze Arbeit machen. Werde es aber von Stadt wegen dort ausgebaut, so könne es direkt zu einer Gefahr für diese so entwicklungsfähige Gegend werden. Man sehe doch, wie in der Danziger Straße mit den Asylen und in der Frankfurter Straße mit ihren Hospitälern gewerblich alles tot sei. Man könne daher, auch ohne Hausagratie zu sein, die Klagen der Grundbesitzer verwerfen.

Stadtv. Schulte (N. L.): Herr Schulz hat uns nicht gesagt, wohin denn das Institut kommen soll. Die Petenten möchten es in die Gegend des städtischen Obdachlozes verlegen; das wäre gerade falsch, denn die 300—400, die da täglich vorsprechen, sind größtenteils nicht mehr zu retten. Hier handelt es sich um solche, die noch zu retten sind.

Stadtv. Labewis (N. L.) spricht sich gegen seinen Fraktionsgenossen Max Schulz und für sofortige Annahme der Vorlage aus. Dem Antrage der Sozialdemokraten zu entsprechen, sei die Zeit noch nicht gekommen.

Stadtv. Dr. Nathan (Fr. Fr.) polemisiert ebenfalls gegen den Stadtv. Max Schulz.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Vorlage genügt sozialen Anforderungen in irgendwie erheblichem Maße nicht, das muß Ihnen schon der Umstand beweisen, daß wir uns so energisch dagegen ins Zeug legen. Denn wenn sozialpolitische Fortschritte in der Kommune Verfall erzielt worden sind, so ist das doch der Sozialdemokraten zu verdanken. (Nachen bei der Mehrheit.) Mit Worten schaffen Sie diese Tatsache nicht aus der Welt. Schon vor 12 Jahren haben meine Freunde Anregungen gegeben, auf die diese Vorlage eine ganz kleine Abhilgung sein soll; sie bringt aber unsere Forderungen in Form

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages

schlechte am Donnerstag die Beratung der ostafrikanischen Bahnvorlage fort. Gouverneur Dr. Solff gab gegenüber der lebhaften Kritik an dem Projekt aus der Kommission heraus folgende Erklärung ab: Wie die Herren wissen, bin ich städtisch während meines Urlaubs in das Kolonialamt als stellvertretender Staatssekretär beurlaubt worden. Ob aus dem Provisorium ein Definitivum wird, weiß ich nicht, ich kann also während der vielleicht nur sehr kurzen Amtszeit prinzipielle Vendenungen in der Kolonialverwaltung nicht vornehmen. Die ostafrikanische Mittelbahn ist ein Lieblingsprojekt des früheren Staatssekretärs Lindequist, das im Kolonialamt mit großer Sorgfalt ausgearbeitet worden ist. Daß ich Ihnen die mir mühsam von zuständigen Referenten eingebaute Weisheit vortragen soll, hat keinen Sinn. Was zu sagen ist, wissen die Referenten besser zu sagen als ich.

Ministerialdirektor Herz schilderte, wie günstig der nächste Reichsetat sein werde. Summen für neuerwerbende Anlagen kommen nicht mehr in den Etat, die noch vorhandenen werden entsprechend vermindert werden.

Abg. Erzberger wirft der freisinnigen Presse schamlose Verlogenheit vor, weil sie behauptet hat, daß neue große Anleihen kommen werden. — Ministerialdirektor Herz erklärte, im nächsten Etat werden, wenn überhaupt, nur solche Anleihen erscheinen, wie sie den Bestimmungen der Finanzreform entsprechen. Sie werden

zum Ausdruck, die den ursprünglichen Gedanken nur noch weiter weiterzuentwickeln lassen. In der Vorlage ist heraldisch wenig dran. Wenn die Jugendlichen im Durchschnitt eine Woche lang sich in der Anstalt aufhalten sollen — wollen die Herren an der Spitze wirklich in einer Woche aus einem vollkommenen Mädchen einen brauchbaren machen? (Weiterkeit.) Wenn das aber nicht erreicht wird, was bietet dann die Vorlage überhaupt? Ganze 40 Jugendliche sollen dort Aufnahme finden; das hat ein der bürgerlichen Kommissionsmitglieder eine Spielerei genannt. Das Exempel des Stadtrats nimmt in keiner Weise. Wenn im April 300 Jugendliche sind und sie dürfen im April 6 Tage bleiben, so kommen wir doch auf die jährliche Zahl von 18700, nicht von 2000; daraus ersieht man sofort die

geringe Bedeutung der Vorlage.

Man denkt man freilich an eine Auslese; wie lange soll es denn dauern, bis die Auslese getroffen ist, da doch der Aufenthalt durchschnittlich bloß eine Woche währen soll? Dieses „Jugendhaus“ versagt also schon zahlenmäßig, und von einer stützlichen Vereinbarung kann doch gar nicht die Rede sein. Die Vorlage ist nur geeignet, das soziale Bewusstsein einzuschärfen; einen größeren Erfolg zu erzielen, ist ja die Anstalt und der Verein gar nicht in der Lage. Der Verein verfügt über ganz 3000 M., und die Einrichtung soll ihm geschenkt werden; das ist alles. Einem solchen Verein will man überlassen, einen Kostplatz zu besetzen, den Sie alle doch mehr oder weniger anerkannt haben? Aus diesen Gesichtspunkten kommen wir zu der in unserem Antrage niedergelegten Anschauung, daß nur die Stadt ein solches Institut errichten kann. Der Ausschuss hat auch zugegeben, daß die Stadt die Sache schließlich doch in die Hand nehmen muß; warum dann also nicht sofort?

Eine spätere Erweiterung des geplanten Vereinsinstituts ist ja auch gar nicht recht möglich oder doch nur mit sehr erheblichen Kosten. Daß wir dem Verein entgegenkommen sollen, weil die betreffenden Herren „Geschick“ haben, kann doch für uns und auch für den Magistrat kein Grund sein. Der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss ist ja lediglich eine Frucht der Agitation der Hausagrarier, die im Ausschusse noch recht schüchtern auftraten, aber in der Petition aus ihrem Herzen keine Mordgrube mehr gemacht haben. Ueber diese den sozialen Anforderungen verständnislos gegenüberstehende Eingabe haben wir einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtrat Ramslau weist die Angriffe des Vorredners auf den Magistrat zurück.

Stadtv. Kessel: Schon wieder haben wir heute hören müssen, daß aller sozialpolitischer Fortschritt der Kommune Berlin den Sozialdemokraten zu verdanken ist. Diese Behauptung erledigt sich einfach durch die Tatsache, daß die Herren nicht die Mehrheit in der Versammlung haben. Die Vorlage scheitern zu lassen, wäre ein großes Unrecht. Das Haus wird aussehen wie jedes andere und es wird ein Schild tragen mit der Aufschrift „Jugendhaus“; wie in aller Welt soll das für die Nachbarschaft eine Schandfrage oder Gefahr sein? Die Privatinitiative auf diesem Wohlfahrtsgebiet soll man nicht unterbinden; zur Verstaatlichung ist nachher immer noch Zeit. Auch die Sozialdemokraten haben schließlich der Vorlage zugestimmt.

Vorlicher Richter hält den Opponenten der Vorlage vor, daß sie die Begründung nicht genau gelesen haben. Es handelte sich gerade um solche jungen Leute, die noch keinen Fehler begangen haben, außer daß sie sich aus dem Elternhause oder aus der Lehre entfernt haben, nach Berlin kommen und hier aufgegriffen werden. Diese sollen dem Jugendhause zugeführt und gerade vor dem April bewahrt werden.

Stadtv. Jucht: Diese Ausführungen entsprechen ganz unserem Standpunkte, nur daß wir sofort den ganzen Weg, nicht bloß die erste Etappe gehen wollen. Die Ausschussmitglieder waren prinzipiell durchaus unserer Meinung; zum Teil war aber für einige ausschlaggebend, daß die Stadt so langsam baut, daß es sich also empfehlen würde, dem Verein den Bau zu überlassen.

Oberbürgermeister Kirschner: Der praktische Arbeit leisten will, muß die Vorlage annehmen. Der verlorene Singer war stolz auf seine Tätigkeit als Leiter des Vereins-Archivs für Obdachlose, und diese Tätigkeit hat er ausgedehnt als Privatmann, er hat sie ausgebaut, auch nachdem das städtische Obdach erledigt war. Weisen Sie die private Initiative nicht zurück, zumal auf diesem Gebiet, wo erst noch praktische Erfahrungen gemacht werden müssen. Die Besorgnisse der dortigen Hausbesitzer sind unbegründet. Wir würden ja, wenn sie zuträfen, unseren dortigen sehr großen Grundbesitz selbst entwerfen.

Der Antrag auf Zurückverweisung und der Antrag der Sozialdemokraten werden abgelehnt; die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Die Vorlage wegen Umbau und Erweiterung der Pumpstation des Abflusssystems VIII

Der Kanalisation wird nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen.

Der Magistrat hat in Ausübung seines Vorschlagsrechts für den Ausschubstrat der Großen Berliner Straßenbahn die Stadträte Marggraf, Kasse und Alberti vorgeschlagen. Zur Wahl des Stadtrats Alberti ist die Zustimmung der Versammlung erforderlich.

Stadtv. Jacobi (L. 2.) bemängelt, daß kein Mitglied der Versammlung vom Magistrat in Vorschlag gebracht ist.

Die Versammlung stimmt den Magistratsvorschlägen zu.

Die Vorlage wegen

Ankauf des „Neuen Bierhauses“

in Treptow wird angenommen, diejenige wegen Erwerbs des Grundstücks Nordstr. 10/11 einem Ausschuss überwiesen.

Schluß nach 10 Uhr.

Kartoffelpreise, amtliche Statistik und Herr Calwer.

Um die eigentlichen Ursachen der Lebensmittelteuerung zu erschleiern und dem Unwissen des Volkes über unsere agrarische Wirtschaftspolitik ein anderes Ziel zu geben, suchen Regierung und reaktionäre Parteien vereint die ganze Schuld der starken Preissteigerungen auf den Zwischen- und Kleinhandel abzuschieben. Der Regierung fehlte es dabei natürlich nicht an angeblichen statistischen Material, um ihre Anlagen gegen die Kleinhändler zu „beweisen“. Allerdings mußte sie sich sofort darauf starke Zurückweisungen gefallen lassen, da ihr allerlei Irrtümer und grobe Fälschungen bei der Gewinnung und Bewertung der Zahlenangaben nachgewiesen werden konnten, und das offiziöse Organ, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, hatte Mühe und Not, die Regierung gegen die Anlagen offensichtlicher Fälschung zu verteidigen. Was aber bei der Regierung und den agrarischen Parteien durch deren prekäre Lage noch verständlich bleibt, wird schier unbegreiflich bei dem „Wirtschaftspolitiker“ Herrn Richard Calwer. In einer Notiz seiner „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ über Kartoffelpreise im Groß- und Kleinhandel glaubt Calwer den Beweis geführt zu haben, daß der Kleinhandel die wesentliche Schuld an der Verteuerung der Proletariernahrung, der Kartoffel, habe. Calwers Behauptung stützt sich auf die „Amtliche Preisberichte zur Statistischen Korrespondenz“ (Nr. 63). Danach stellen sich die Kartoffelpreise im Wochendurchschnitt des Monats Oktober 1911 an den nachstehend genannten Orten wie folgt:

	Großhandelspreis pro 1000 kg in Mark	Kleinhandelspreis pro 1 kg in Pfennigen	Ausschlag pro 1000 kg in Mark
Memel	62	7	8
Berlin	75	9	15
Posen	68	12	52
Bromberg	70	15	80
Vienzig	75	11	35
Dalle a. S.	83	13	87
Kassel	84	14	56
Magdeburg	65	14	75

Woraus Calwer ohne weiteres folgert: „Am stärksten war die Verteuerung durch den Zwischenhandel in Bromberg und Magdeburg. In Berlin war der Ausschlag geringer als im Durchschnitt. Auffallend gering war die Steigerung in Memel.“

Nun scheint Calwer diesen vom Preussischen Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen besonderen Wert beizulegen; denn er bezeichnet seinen Auszug stolz als Beobachtung „auf Grund der amtlichen Statistik“. Herr Calwer mühte aber wissen, daß dieser amtlichen Statistik gar keine Zuverlässigkeit zukommt, wie ihm selbst erst kürzlich von verschiedenen Seiten nachgewiesen worden ist. Die Preisfälle scheinen ihn aber nicht belehrt zu haben. Weiz Herr Calwer noch immer nicht, wie diese amtliche Statistik zustande kommt? Die Feststellung der Warenpreise geschieht an jedem der einzelnen so berücksichtigten preussischen Orte durch untergeordnete Polizeibehörden. Die bestehende „Ministerialanweisung zur Ermittlung und Feststellung der Preise wichtiger Lebensmittel“ vom 30. November 1908 bietet nicht die geringste Gewähr, daß in den verschiedenen Orten die Feststellung der Preise gleichmäßig geschieht. Bleibt doch nach Abschnitt 2 der „Anweisung“ die Art und Weise der Preisermittlung und -aufzeichnung dem pflichtmäßigen Ermessen der Erhebungsbehörden (Ortsbehörden) überlassen. Zulässig ist jede geeignete mündliche oder schriftliche Erkundigung über den Stand der Preise, sei es durch Umfrage bei Veräußern oder Käufern auf Märkten, in Markthallen, Läden oder sonstigen Verkaufsstätten, durch Anfrage bei Getreidebörsen, Maklern und zuverlässigen Haushaltungsvorständen usw.“ Während die Preise für den Großhandel relativ leicht und richtig festzustellen sind, obgleich auch da die uneinheitliche Art der Erhebung Schwankungen hervorruft, sind die Zahlen über Kleinhandelspreise vollkommen unbrauchbar. Auch die allgemeine Vorschrift, Verkaufsstellen und Warenarten zu berücksichtigen, die für den gewöhnlichen Bedarf vorzugsweise bürgerlicher Haushaltungen in Frage kommen, hindert nicht die Willkür in der Handhabung der Preisfeststellung. Rein ernsthafter Statistiker wird sich daher ohne besondere Vorsicht auf die amtlichen Preisnotierungen berufen. Anders Herr Calwer. Eine sorgfältige Durchsicht der „Statist. Korrespondenz“ hätte ihn sofort von der Sinnlosigkeit der dort angeführten Zahlen überzeugen müssen. Bromberg soll mit einem Kleinhandelspreis von 0,15 M. für 1 Kilo selbst die teuersten Städte des Westens übertreffen! Bromberg, für das sich die Zufuhrtransportkosten infolge seines agrarischen Hinterlandes und seiner günstigen Lage an Wasserwegen gering stellen, soll für das Kilo Kartoffeln 8 Pf. mehr zahlen als das von Herrn Calwer als die „teuerste Stadt“ Deutschlands bezeichnete Erfeld, 5 Pf. mehr als Wiesbaden, 3 Pf. mehr als Frankfurt a. M.! Herr Calwer übernimmt es unbeschämte — die amtliche Statistik sagt's ja! —, daß in Bromberg die höchsten Kleinhandelspreise für Kartoffeln in ganz Preußen bezahlt werden. Da für Bromberg wie für die meisten andern Städte keine anderen Preisnotierungen bestehen, ist nur eine indirekte Nachprüfung der offenbar unsinnigen Zahlen möglich. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß im Osten Deutschlands Kartoffeln nur nach Hohlmah verkauft werden; ein Verkauf nach Gewicht ist dort völlig fremd. Und erst in diesen Tagen erfahren wir auf schriftliche Anfrage, daß selbst in den Gemüshandlungen Brombergs (von den offenen Wochenmärkten ganz zu schweigen) Kartoffeln die Maße (= 3,45 Liter) zu 16 Pf. gehandelt werden. Da einer Maße Kartoffeln etwas über 3½ Pfund entsprechen, betrug der Preis im Kleinhandel 8½ Pfennig pro Kilo. Die Spannung zwischen Groß- und Kleinhandel stellte sich dann pro 1000 Kilo anstatt auf 80 M. nur auf etwa 15 M.!

Wir wissen natürlich nicht genau, ob die Preisnotierungsbeamten wirklich diese grobe Verwechselung begangen haben; möglich ist sie durchaus. Jedenfalls stellt sich der Kartoffelpreis in Bromberg auf 8½ Pf. pro Kilo, wovon sich Herr Calwer ebenfalls durch direkte Anfrage wird überzeugen können.

Da die Preisfeststellung für den Kleinhandel besonderen Schwierigkeiten unterliegt, die durch die Berechnung eines Durchschnitts- oder eines häufigsten Wertes bei der geringsten Zahl von möglichen Beobachtungen gegenüber der großen Anzahl ganz verschiedener tatsächlicher Preise noch erhöht werden, gibt jede vernünftige Statistik nebeneinander höchste und niedrigste Preise oder die Preise der einzelnen Marktsorten an. Und dies ist gerade bei Kartoffeln um so wichtiger, da es sich hier um ganz verschiedene Qualitäten handelt, die natürlich ganz verschiedene Preise bedingen. Die Preiszusammenstellungen der Statistischen Amtes der Stadt Berlin geben z. B. als Kleinhandelspreise in den südlichen Markthallen pro Kilo als Durchschnitt aus den Wochenpreisen für den September d. J. als niedrigste Notierung (für 50 Kilo). Die Spannung zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen würde danach für die schlechteste Kartoffelsorte etwa 12 M. für die beste etwa 33 M. betragen. Da in Berlin und Groß-Berlin meist für das Kilo Kartoffeln 10 Pf. gezahlt werden, kommt die Spannung der in Bromberg durchaus gleich. Eine Nachprüfung für Magdeburg, für welche Stadt Calwer die Phantasie-Spannung von 75 M. angibt, haben wir uns gespart. (Das Statistische Amt dieser Stadt gibt überhaupt keine Preisnotierungen heraus; wahrscheinlich aus Gewissenhaftigkeit.) Die Erklärung der von Calwer für Memel mit nur 8 M. pro 1000 Kilo angegebenen Spannung liegt auf der Hand. In Memel wie auch in Albst, Adlin u. a. Städten sind die Zufuhrtransportkosten außerst gering, zum Teil bestehen sie überhaupt nicht, da gleich hinter den letzten Häusern dieser kleinen Städte die Kartoffelfelder beginnen, die zum Teil den Kleinhandlern selbst gehören. Mit der wachsenden Entfernung zwischen Produktions- und Konsumtionsort, mit dem sich daraus notwendig ergebenden Zwischenglied der Händler steigt natürlich der Verkaufspreis. Daß schließlich die Kleinhandler durch einen Ausschlag infolge von Ladenmiete, eigenem Profit usw. die Lebensmittel weiter verteuern, ist erklärlich. Daß ihre Entschädigung aber nicht in so gänzlich unbegründeter Weise in verschiedenen Städten wechelt, wie es scheinbar aus der amtlichen unbrauchbaren Statistik hervorgeht, die Herr Calwer unbeschämte nachhelet, müßte auch dem nur einigermaßen unterrichteten Nationalökonomem bekannt sein. Die wesentlichen Ursachen der Lebensmittelteuerung sind in der Preispolitik der Produzenten und in der den Agrariern zu Liebe geschaffenen Zoll- und Steuerergeschgebung zu suchen. Bei der Verteuerung der Kartoffeln spielt die Branntweinliebhaberei eine Rolle, die die Veranbarung der Kartoffeln in das Schnapsgetränk so außerordentlich fördert und daher das Angebot auf dem Lebensmittelmarkt verringert. Dies macht sich in diesem Jahre besonders scharf geltend. Die Kartoffelpreise für 1000 Kilo

Reifen im Oktober 1911 (mit 77,8 M.) um volle 20 Mark höher als die vom Oktober 1909 (55,2 M.). Wohl wollen wir die durch den Kleinhandel verursachten relativ geringen Preissteigerungen dadurch eindämmen, daß wir energisch für Konsumvereine und für den Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinden eintreten. Unser Hauptkampf richtet sich aber gegen die eigentlichen Urheber und Preissteigerer, die reaktionäre Agrarierliste.

Aus aller Welt.

Unter falschem Namen im Gefängnis.

Durch seine Handschrift wurde ein Hypotheken- und Darlehensschuldner entlarvt, der vor einiger Zeit in Hamburg verhaftet und zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Diese Schwimbleien schrieb man einem 43 Jahre alten aus Köln gebürtigen Kaufmann Christian Feuser zu, der vor drei Jahren in Kachen zu drei Jahren Justhaus verurteilt, später aber aus der Frennau-Kell-Gelthaus entwichen war. Es ergab sich jedoch, daß Feuser der Schuldner nicht sein konnte, weil er in der kritischen Zeit in Köln in Untersuchungshaft saß. Erst jetzt ist es gelungen, festzustellen, daß sich hinter dem „Oberinspektor Ladewig“ der 45 Jahre alte zu Groß-Odenide im Kreis Ostvorpommern geborene Hauptmann a. D. und Landwirt Heinrich Berger-Landefeldt verbarg.

Sechsfacher Mord und Selbstmord.

Eine schreckliche Familientragödie, die mit einem sechsfachen Mord endete, hat sich im Itzlinger-Biertel von New York abgepielt. Ein in dürftigen Verhältnissen lebender Arbeiter Ignaz Ploscia, der mit seiner ganzen Familie nur ein Zimmer bewohnte, konnte den Lebensunterhalt seiner Familie nicht bestreiten, zumal er auch einen sehr großen Teil seines Verdienstes für sich selbst verbrauchte. Seine Frau, die zum Unterhalt der Familie beitragen mußte und obendrein von ihrem Manne noch häufig mißhandelt wurde, wollte ihn deshalb verlassen. Ploscia geriet darüber in eine solche Wut, daß er sie mit einem Revolver erschoss. Darauf tötete er auch seine beiden Kinder, seine Schwiegermutter und zwei Cousinen, die die Wohnung mit teilten. Dann erhängte er sich.

Kleine Notizen.

Bootsunglück im Suezkanal. Der britische Kreuzer „Vektor“ hatte gestern bei einer Fahrt durch den Suezkanal einen leichten Zusammenstoß mit einem kleinen Boote, das in seine Schraube geriet und sofort zum Sinken gebracht wurde. Drei Personen, die sich in dem Boote befanden, wurden schwer verletzt und sind im Wasser ertrunken. Zwei Leichname konnten noch nicht entdekt werden. Der Bootsmann, welcher am Steuer saß, konnte sich an einem Seil festhalten und ist gerettet worden.

Eine Prostituierte ermordet. In Augsburg wurde gestern die geschiedene Prostituierte Marie Fischer mit eingeschlagenem Schädel in ihrer Wohnung aufgefunden. Es liegt Mord vor.

Ueberschwemmungen in Frankreich. Aus verschiedenen Teilen Frankreichs werden weitere Ueberschwemmungen gemeldet. So hat besonders die Rhone großen Schaden angerichtet. Dieser Strom zeigt bei Cadrouse immerhin 24 Stunden eine Steigerung um 1,20 Meter und bei Vignay sogar um zwei Meter, so daß man den kommenden Tagen mit großer Besorgnis entgegenzusehen. Im Departement Gard ist der Gardon aus den Ufern getreten. Die Einwohner von Comps mußten in die oberen Stockwerke der Häuser flüchten.

Ein neuer Erdbeben. Gestern Abend gegen 10 Uhr ist in Besout (Frankreich) und Umgebung ein Erdbeben von vier Sekunden Dauer verspürt worden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine heftige Panik, sie floh aus ihren Wohnungen und verbrachte die Nacht im Freien. Dieses Beben steht augenscheinlich im Zusammenhang mit den in verschiedenen anderen Teilen Europas, besonders Süddeutschland und Portugal, verspürten Erdbeben.

Selbstmord eines Leutnants. In Semlin hat sich der Leutnant vom 68. Infanterieregiment Robert Löwenheim in einer Apotheke erschossen. Angeblich soll unglückliche Liebe die Ursache zu der Tat gewesen sein.

Todessturz zweier Kinder. Gestern mittag stürzten in der Liebenauer Straße zu Halle die vierjährige Käthe Arnold und der dreijährige Kurt Dufelisch beim Spielen von der Fensterbrüstung drei Stock tief auf das Pflaster herunter. Das Mädchen war sofort tot, der Knabe liegt hoffnungslos daneben. Durch eine Explosion auf einem Dampfschiff „Voltaire“ im Hafen von Toulon wurden ein Mann der Besatzung getötet und mehrere Leute schwer verletzt.

Verein d. Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Generalversammlung des Vereins beschloß am 23. November, so lange der Ausstand der Tabakarbeiter dauert, den Vereinsbeitrag auf wöchentlich 2 Mark festzusetzen. Wir ersuchen daher die Druckereifachleute, in die Beitragslisten statt 1,80 2 Mark zu vermerken. Die erste Erhebung des erhöhten Beitrages beginnt mit Abschluß dieser Woche.

Zu der am Sonntag, den 10. Dezember, in der „Neuen Welt“ stattfindenden Maschinenmeister-Versammlung erwartet der Gauvorstand das Erscheinen sämtlicher Druckerkollegen, die dem Verband angehören.

Der Gauvorstand.

Dr. Simmel **Seal**
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
für Haut- und Harnleiden. Nicht am Platz
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Gertraudenstr. 20-21, Petrifabrik.

Klassiker-Ausgaben des „Vorwärts“.
HEINES WERKE :: SCHILLERS WERKE
Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring.
Preis für jedes Werk nur 4 M.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Todes-Anzeigen

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau und gute Mutter

Minna Schulz
geb. Wingeleit

am Mittwoch, den 29. d. Mts., nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Dies zeigt sie beirät an Fritz Schulz und Sohn, Gustav Wingeleit und Frau.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Am Dienstag, den 28., entschlief sanft nach kurzem Leiden mein herzenguter, unvergeßlicher Mann, unser treuer, liebevoller Vater, Schwiegervater und Großvater, der Reichsanwalt

Martin Wunderlich
im fast vollendetem 67. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Emilie Wunderlich geb. Burko.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigsdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigsdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Straßauer Viertel, (Wahl 553a II).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Minna Schulz
(Vorhagenstr. 25)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Germer
Kassenanwärter (Cris-Kranken-
kasse der Schneider)

am 27. November an Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Am 28. November verstarb der Kollege

Friedrich Lehmann
Versicherungsbüroangestellter (Victoria)

an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung beider Kollegen findet heute, Freitag, auf dem neuen Pauls-Friedhofe in Köpenick statt, und zwar Germer nachmittags 3 Uhr und Lehmann nachmittags 5 1/2 Uhr.

55/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Wilhelm Braatz

am 28. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 30. November auf dem Friedrichshagen Friedhofe statt.

55/18

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kraftfahrzeugführer

Wilhelm Heinzmann

am 24. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung fand am 27. November auf dem Friedhofe der Prieden-Gemeinde, Nordend, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und unseres Bruders

Hermann Jabs

lagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Die trauernde Mutter u. Geschwister.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen der Firma Lugins & Co., den Parteigenossen des 4. Kreises, ferner noch dem Quartett von Nord-City-Orchestra unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Paeduhn nebst Kindern.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Vortrag des Redakteurs Emil Dittmer über: 6/16* Rückblicke auf die Dresdener Hygieneausstellung

Eintritt 20 Pfennig. Nachdem: Garderobe frei.

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Maschinisten, Heizer, Abfahrmänner und Kohlenarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 3. Dezember er., mittags 1 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung
in den „Arminshäusern“, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die bevorstehenden Reichstagswahlen (Referent Genosse R. Wiffel). Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. (145/10) H. Schwittau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Hof III. Amt Roden, Nr. 1239. Charitestraße 3. Amt Roden, Nr. 1987.

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenischweißer

Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung
der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenischweißer

im Lokale von A. Hoffmann, Dragonerstraße 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Robert Bahn: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“.

2. Diskussion 3. Branchenanangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen-Arbeiter und Arbeiterinnen

Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen-Arbeiter und Arbeiterinnen

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Faas über: „Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Parteibewegung“.

2. Diskussion 3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.

In dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Bohrer, Fräser, Eisler, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schweißarbeiter, an Blechpressen und Stanzmaschinen Beschäftigten, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlich eingeladen und erwartet regen Besuch.

Die Bezirksbibliothek Charlottenburg ist verlegt von Mehldorf nach dem Lokal von Dörre, Dankelmannstr. 18.

Bücherausgabe: Montag und Sonnabend von 8-10 Uhr abends. 152/6 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal II):

Versammlung d. Dachdeckerhilfsarbeiter

Tagesordnung:

1. Neuwahl eines Mitgliedes ins Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Berufsgenossen erwartet.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Vereinssport
am Sonntag, den 3. Dezember.

1. bis 11. Ubr.: 1 1/2 Uhr: Tischlerverein, E. H. 89. Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:

Tischlerverein, E. H. 89.

Sonnabend, 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:

Versammlung.
Unterstützungsgeld, Vereinsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder. 109/11 Der Vorstand.

Dienstag und Freitag abends 6 Uhr ab: Frische Blutwurst 80 Pf.

Leberwurst 10 Pf. in bekannter Güte sowie täglich vorzüglich gewürzte Rot- u. Leberwurst à 0.50-1.20 u. ff. Fleischwaren.

Kasseler 80 Pf.

ohne Knochen auch bei einzelnen Pfunden.

F. Nielsch, Friedrichstr. 245, Wilhelmstr. 109/110.

Fette Gänse 0,65

8-16 Pfund schwer. 177/6 Nur allererste Qualität Gänserümpfe, halbe Gänse. Fette Suppenhähner, 1/2 Brathühner. F. Wogner, 50. Mariannenstr. 34.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules
tragen.

= Unerreichte = Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.



Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte u. stark. Ganzschwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flücken umsonst.

Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
Spezial-Haus größtes Maßstabes Chausseest. 29-30 - Brückerstr. 27 Gr. Frankfurterstr. 22 Schöneberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis und franko

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!
Lehrlingen u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitsloftsaal im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sonstige Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsstücke zur Verfügung. Um 5 Uhr: Vortrag.

Die Werkstättenverwandten werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Sie sparen Geld! Möbel

direkt Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35, kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 - Permanente Musterzimmer-Ausstellung. - 35

Zigarrenhändler!

Beachten! Beachten!

Herrn: Fritz Koslowski Herrn: Timt III, 8607 Prinzessallee 36. Timt III, 8607

Etwa 2 Millionen verkaufte Zigarren trotz billiger Preise in seinem Brand und Qualitäten vorzüg.

Daher doppelter Umsatz sicher. Seit langen Jahren anerkannt bester Zigarrenhändler für jeden Interessenten.

Groß Tariflöhnen rühmlichst bekannte Schlager!

Bei entsprechendem Kauf grüne Verbandsplakate. Für Neubestellungen große Vorteile! Postposten enorm billig.

Leiser's

Gummischuhe

Goronic für jedes Paar.

Echte Harburger.

Damen:	• • •	2,10
	mit Lasche:	3,50
Herrn:	• • •	4,25
	mit Lasche:	5,00
Kinder:	Gr. 29-35	2,05
	205 6r-24-28	2,15

Extra Angebot:
Marken "Nordpol"

Herrn 3,50 Damen 2,25

Taxentienstr. 20
Leipzigerstr. 66
Königsplatz 34
Oranienstr. 42a

Müllerstr. 28
Rixdorf, Bergstr. 8
Zentrale Versand
Oranienstr. 34

HERMANN TIETZ

Freitag bis
Sonnabend

In unserem Hause
Alexanderplatz

Sowelt
Vorrat

Damen-Konfektion

Wollblusen ganz gefüttert ... } 2⁹⁰
Tüllblusen zum Teil auf Seide gefüttert ... }
Seiden-, Samt- u. Hemden-Blusen in Wolle ... 3⁹⁰
Barchent-Blusen moderne Bordürenstoffe ... 1⁵⁵
Unterröcke waschbar ... 95 Pf.

Garn, Damenkleider } 18⁵⁰
Weiße Tüllkleider }

Kleiderstoffe

Kleiderstoffe mellert, 90 cm breit ... Meter 65 Pf.
Wollene Popeline ca. 108 cm breit, grosses Farbensortiment ... Meter 1⁴⁵
Wollene Cheviots marine u. schwarz, ca. 108 cm breit ... Meter 95 Pf.
Lindener Köpervelvet bedruckt ... Meter 1⁵⁵

Ein Posten Sportmützen weiss u. farbig ... 58 Pf.
Ein Posten Leibhöschen Woll gemischt, 10 bis 100 cm ... 85 Pf.

Kinder-Konfektion

Schwarze Samtmäntel ca. 50-65 cm lang ... 13²⁵
Mädchen-Mäntel aus marine oder rotem Eldervelours, für 2-9 Jahre ... 4⁷⁵
Knaben-Anzüge aus gemusterten Buckkinstoffen, für 2-8 Jahre ... 1⁹⁵

Ein Post. Muffion-Stolen 6⁹⁰

Perlmutterknöpfe 16 bis 24 linig ... Dtz 20 Pf.

Ein Post. Papier-Tischläufer ca. 3 m lang 8 Pf.

Ein Post. Abreisskalender 1912 m hübscher Rückwand 9 Pf.

Ein Post. Briefpapier-Kassetten 25/25 10 Pf.



ca. 3000 Romane-Erzählung, antiquarisch Werke, Band 10 Pf.

ca. 1500 Bücher Restauflagen, elegant gebunden ... Band 35 Pf.

Ein Posten Kupferwaren Früchschalen, Vasen, Kannen etc. ... Stück 95 Pf.

Landschaften 40x64 schwarzer Rahmen ... 1⁴⁵

Tischtücher, Handtücher

Jacquard-Tischtücher Halbleinen 130/160cm ... 2⁶⁵
Jacquard-Servietten Halbleinen gesäumt ... Dutzend 4²⁵
Küchen-Handtücher Gerstenkorn ... Dutzend 3⁵⁰
Stuben-Handtücher Reinleinen Jacquard ... Dutzend 5⁹⁰

Blusen-Coupons 85 Pf.
moderne Streifen ... 2 1/2 Meter

Damenwäsche

Damenhemden mit Achselschluss und handgestickter Madras-Passe ... 1⁴⁵
Fassonhemden mit reicher Stickereigarnierung ... } 1⁶⁵
Nachtjacken mit Stickerei oder Langette ... }
Beinkleider mit hübscher Stickerei ... }

Ein Posten Weiße Stickerei-Schürzen 1²⁵

Chinesische Ziegenfelle grau, mit Futter ... ca. 70x170 cm 5⁹⁵

Chinesische Ziegenfelle gefärbt, mit Futter ... ca. 70x170 cm 6⁹⁵

Etamine- und Kongress-Vitrage-Stoffe Coupon 2 1/2 Meter 95 Pf.

Tüllstoffe, kunstseidene elfenbein und schwarz ... Meter 95 Pf.

Die Lebensmittel-Hallen
unseres Erweiterungsbaues sind eröffnet

Gulliver bei den Zwergen
Spielwaren-Ausstellung III. Etage

Die solide und billigste Bezugsquelle für
Glas-Christbaumschmuck
ist untrüglich die
Glashäuser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes.
Viele glänzende — unverlangte — Anerkennungs- u. Dankschreiben,
Steigerung unseres Umsatzes im vorigen Jahre um wiederum 50 Prozent.
Von der reichhaltigen Auswahl unserer nur von organisierten
Genossen hergestellten Artikel empfehlen wir als besonders preiswert
ein Sortiment der schönsten Neuheiten, enthaltend
225 Stück prachtvollste Brillant-Glaseschen
sowie 6 Dutzend Konfekthalter, 6 Stück Vichthalter aus Glas, ein
Paar Engelohr usw. für nur 5 Mark franko gegen Nachnahme.
Doppelfristen für 9,10 W. Bei Vorkaufleistung des Betrages 25 bezg.
85 Pf. billiger.
10 Sortimentslisten in Bahnverbindung per Postkarte inkl. Bahnliste 46 W.
Händler wollen für größere Bezüge unsere Preisliste mit
zirka 130 Nummern verlangen.
Bestellungen bitten wir zu richten an die
Glashäuser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes
o. G. m. b. H. in Lauscha, S.-M. (früher Steinach, S.-M.).
Die Berliner Arbeiter werden besonders darauf aufmerksam gemacht,
dass ab 10. Dezember im Gewerkschaftshaus (Zentralgebäude) und
Königsstr. 4 (Helt Schmalowitz) großer Verkauf von Glas-Christ-
baumschmuck obiger Genossenschaft zu Vertiefungspreisen erfolgt.
Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Genossen H. Barth,
SO., Waldstr. 20 III.



Caviar-Hucke.
Vorzüglichen Astrachaner Caviar
pro Pfund 7.—, 9.—, 11.— bis 24.— W.
Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprotten billigst!
V. & A. Hucke, Kaiser-Wilhelm-Straße 21,
Caviar und Räucherfische engros und Verlanb.

Größte Puppen-
Spezial-Fabrik Berlins
P. R. ZIEROW
Berlin N., Schönhauser Allee 179.
Größtes Lager von
Kugelgelenkpuppen, Charakterbabys, Bällen,
Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln.
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros. 95 Einzelverkauf.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
Meiner geehrten Kundschaft und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß die
Differenzen mit dem Verkaufermann der Bäder und Konditoren zur
Aufrechterhaltung beider Bäder ...
Bäckermeister Karl Haupt, Altdorf, Elbstr. 13.
Der Verkaufermann der Bäder und Konditoren.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

Partei-Angelegenheiten.

Alt-Blende. Am Sonnabend, den 2. Dezember, veranstaltet der hiesige sozialdemokratische Wahlverein im „Terroristen-Restaurant“...

Frederick-Petershagen. Am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet in Frederick, da uns jetzt das Lokal der Bw. H. Hörnle zur Verfügung steht, nach Jahren wieder eine öffentliche Versammlung statt.

Zegel. Am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 8 Uhr: Flug-Blattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Heute findet in den Zahlabendlokalen ein Extra-Zahlabend statt. Die Bezirksleitung.

Staaken. Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 8 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Öffentliche Versammlung. Genosse Piel spricht über „Die Sünden des schwarz-blauen Vlodz“.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Um ein Stück Jugendfürsorge wurde gestern lange und heftig gestritten. Für die Jugendlichen des Obdachs soll ein besonderes Jugendhaus geschaffen werden...

Genosse Rosenfeld nannte das von dem Verein geplante Unternehmen, dessen Unzulänglichkeit auch er beleuchtete, einen bloßen Versuch der Einschläferung des sozialen Gewissens...

Die Große Berliner.

Dieses Verkehrsweisen ist vom Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs zur Belustigung der Ausländer gegründet. Einheimische benutzen das Institut zu Lustfahrten und längeren Erholungsreisen.

Auf der Direktion ist man mit 3/4 Majorität der Ansicht, daß mit Hilfe eines großen Wagenparks — so sagt man ja wohl — und einer Menge (schlechtbezahlter) Beamter der Verkehr gefördert, vermittelt und überhaupt aufrechterhalten werde.

Wir haben nämlich den Behauptungstakt. Derselbe ist auf das Freudigste zu begrüßen, um so mehr, als er noch nicht ganz durchbrochen ist. Es soll Strecken geben, auf denen man länger als eine halbe Stunde für 10 Pf. hupieren fahren darf.

elektrischen Straßenbahnwagen. Ich fuhr und fuhr, eine dreiviertel Stunde, wir hatten mindestens 6 Straßenwagen bewältigt, ich stieg aus und siehe! — an der Ecke stand der alte Invalide. „Nanu!“ löschte er stolz, „da haben wir bei Sedan ganz andere Märsche gemacht!“ — So fahren diese Wagen.

Die Bahn ist immer voll. Die Direktion — Gott verzeih mir die Indiskretion! — hat nämlich einen Mathematikprofessor engagiert, der ausgerechnet hat, wohin die meisten Leute fahren wollen. Auf diesen Strecken ist dann gewöhnlich ein Wagen tätig, und der Direktion laßt das Herz im Leibe, wenn sie die Fülle sieht. Auch tut das den Straßenbahnaktien sehr wohl.

Aber was wäre unsere stolze Residenz (Residenz... das ist eine Stadt, in der jemand residiert... ja!) was wäre Berlin ohne die grünen Wagen, ich meine, die Straßenbahnwagen! —

Wie lieb, wenn sich so ein Ungetüm langsam vorwärts schiebt, hinter einem Seiwagen her, und dann kommt eine Haltestelle, der Kondukteur bespricht freundlich mit zwei alten Frauen die Topographie der Umgegend... oder abends in der Leipzigerstraße! — wie da die Wagen unserer Straßenbahn hübsch in der Mitte vom Damme stehen bleiben, damit die anderen Fahrzeuge auch immer rechts fahren...

Manche Leute wollen morgens mit diesen Schlafwagen ins Geschäft fahren. Aber die Schaffner sind angewiesen, die Betörten zurückzuweisen.

Jeder Engländer, jeder Amerikaner schüttelt den Kopf über uns. Diese Geschäftsleute verstehen nicht, wie sich hunderttausende so behandeln lassen können.

Wenn wir einem Ausländer das erklären wollen, dann müssen wir ihm erst klarmachen, was das ist: deutsche Schöpfung. Und dann müssen wir ihn in unsere öffentlichen Häuser, das Rathaus und das Stadthaus führen, und ihm klarmachen, was das ist: Kommunalfreiwirtschaft.

Denn dieser Kommunalliberalismus steckt mit der Gesellschaft unter einer Decke.

Lohnender Erwerb.

Ein Geschäft, das noch was einbringt, ist immer wieder die Unterweisung erwachsener Personen, die in irgendeiner Industrie sich ihr Brot verdienen möchten. Nach wie vor floriert zum Beispiel der Unterricht in der Strawattennäheri, von der so manche zu erwerbender Witwe genützte Arbeiterfrau, so manche Frau eines schlecht bezahlten Mannes, auch so manche Hauswirtschafterin einer sich für „das Vesper“ haltenden Familie sich goldene Wege verspricht.

Drei Ehefrauen, die mit Zigarettenmachelei sich durch Heimarbeit etwas verdienen wollten, um das Einkommen ihrer Familien aufzubessern, teilen uns mit, welche Erfahrungen sie gemacht haben. In der zweiten Hälfte des November ließen sie durch eine Annonce in der „Morgenpost“ sich bewegen, in die Lehre zu gehen bei einer Frau Heers (Blumenstraße 71), die ihnen das Zigarettenmachen beibringen wollte.

Die drei Quittungen, die von Frau Heers den drei lernbegierigen Schülerinnen ausgestellt wurden, sind aufbewahrt und uns vorgelegt worden. Sie tragen übereinstimmend den Vermerk: „Die Lehrzeit ist acht Tage. Während der Unterrichtsstunden gebe ich das Material zu. Verrichtungen der Unterrichtsstunden bleiben mir vorbehalten.“

Polizei sei in der Großen Frankfurter Straße und das Gericht in der Grunerstraße, fügte er hinzu.

Das Unterrichtsgeschäft der Fomale Heers interessiert uns. Wer kann uns weiteres darüber mitteilen?

Berlin in Finsternis. Ein undurchdringlicher Nebel lagerte gestern vormittag über Berlin. Infolgedessen herrschte eine so große Finsternis, daß man glauben mochte, es sei Nacht. Auf den Straßen machte sich der Nebel in recht unliebsamer Weise bemerkbar.

Wohlfahrts-Einrichtungen bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin.

Wie bekannt, ist die A. E. G. eine Weltfirma, von deren Riesenumfang sich der Fernlesende erst einen Begriff machen kann, wenn er erfährt, daß dort täglich weit über tausend Briefe eingehen und etwa ebensoviel ausgehen. Die Briefe werden mit Maschinen geöffnet, mit Maschinen frankiert, mit Maschinen sortiert und gefaltet, und man ist eifrig bemüht, dahin zu gelangen, die Briefe auch mit Maschinen in die Umschläge zu stecken und zu schließen.

Allmonatlich erscheint eine durch vortreffliche Abbildungen unterstützte Reklamezeitschrift, die „A. E. G.-Zeitung“, in der die Riesenleistungen, die Arbeiten der Firma für die ganze Welt, beschrieben werden. Die November-Nummer dieser Zeitung bringt aus dem Jahresbericht einiges über Wohlfahrts-Einrichtungen der Gesellschaft:

Wir berichten zur leichteren Uebersicht in runden Zahlen: 1. Unterstützungsfonds: Vermögen am 1. Juli 1910: 6.200.000 M., Zuneignungen der Generalversammlung und Verzinzung durch die A. E. G. mit 7 Proz.: 1.200.000 M., in Summa 7.400.000 M., davon abgezinst Beiträge zur Ruhegehaltseinrichtung: 770.000 M., bleiben 6.630.000 M., Unterstützung in 1111 Fällen ab: 130.000 M.; Stand am 30. Juni 1911: 6.500.000 M.

An den 1111 Unterstützungsfällen in den 1111 Fällen gezahlt wurden, geht aus dem Jahresbericht nicht hervor. Man bekommt aber einen Restab, wie erdärmlich geringfügig diese Gesamunterstützung ist, wenn man aus dem Jahresbericht erfährt, daß die Gesellschaft etwa 60.000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die Unterstützungen werden vermutlich, soweit es wirkliche Unterstützung sind, nur an Angestellte gegeben worden sein. Die Lohnarbeiter wird man nicht unterstützen, sonst wäre gewiß großartig davon etwas gefogelt.

2. Ruhegehaltseinrichtung: Vermögen am 1. Juli 1910: 911.700 M., Beiträge zur Ruhegehaltseinrichtung rund 773.500 M., Zugang aus Zinsen: 63.600 M., in Summa 1.748.800 M., Aufwendungen 1910/11 ab: 8400 M.; Stand am 30. Juni 1911 rund 1.740.400 M., Ruhegehaltsempfänger im ganzen 32 Personen, davon 15 Pensionäre und 17 Wittwen und Waisen, bei einem Gesamtpersonal von über 60.000 Beschäftigten! — Wohlgemerkt: Die 32 Personen empfangen nicht etwa ausschließlich von der Millionengesellschaft etwas, sondern es wird nur eine Einrichtung unterhalten, zu der die Angestellten 773.000 M. Beiträge geleistet haben, welche die A. E. G. gütigst verzinst. Man weiß eigentlich nicht, ob man lachen oder sich wundern soll, daß solche Firma sich nicht schämt, derartige Wohlfahrts-Einrichtungen überhaupt zu veröffentlichen, eine Firma, die nach Abzug von Verlusten, Steuern usw. im Jahre 1911 22 Millionen Gewinn zur Verfügung stehen, die 14 Proz. Dividende für 100 Millionen Mark alte Aktien und 7 Proz. für 30 Millionen neue Aktien zahlt.

3. R.-Stiftung: 1.600.000 M. Daraus wurden gewährt: ärztlicher Beistand an Angehörige, Hauspflege und Unterstützungen in bar und Stützungsmitteln 71.000 M., Entsendung von 240 Kinder in Ferienkolonien: 14.000 M.

Aus einer G.-Stiftung von 476.000 M. wurden aufwendend 24.000 M. ohne Angabe wofür. Außerdem wurden Stipendien im Geschäftsjahr 1910/11 bewilligt an 91 Angestellte und Kinder von Angestellten rund 20.000 M. Hier ist nicht gesagt, aus welchen Fonds. Das Auffallende bei dieser schon verzeichneten Aufstellung ist zunächst, daß die beiden Stiftungen, die zusammen 1.600.000 + 476.000 M., also etwas über 2 Millionen betragen, einschließlich der Stipendien 85.000 + 24.000 + 30.000 = 139.000 M. herausgaben, während der Unterstützungsfonds von über sechs Millionen an „Unterstützungen“ nur 139.000 M. aufwendet.

Die Aufstellung gestattet keinen Einblick, wozu die Unterstützungen gelossen sind, aber fest steht, daß erst die Arbeiter alle die großen Summen haben verdienen müssen, von denen eine kleine Zahl, die länger im Betriebe ist, gelegentlich einen kleinen Teil erhalten.

Die Tantieme an den Aufsichtsrat, einschließlich Steuerzweckung, betrug 575.000 M., das ist für jedes der 30 Mitglieder beinahe 20.000 M. Für die Arbeiter gibt es keine Tantieme. Aus den Millionen der Wohlfahrts-Einrichtungen fließen nur verschleierte Summen in die Hände von ganzen 32 Ruhegehaltsempfängern, zum größten Teil aus eigenen Beiträgen.

Für eine Beschränkung der Pressefreiheit machen jetzt auch psychiatrische Heiljournale, hinter denen offenbar führende Jrenärzte stehen, mobil. Die so leichtfertig wie noch nie zuvor eingesezte Jrenrechts-Bewegung hat die in ihre Nachbarnschwestern schon allzu sehr vertäumlten Jrenhäuser aus dem Schlaf geweckt, und ein Mißerfolg in einem bestimmten Spezialfall stärkte ihnen den Mut, nachdem sie mit dem Gedanken der Gründung eines psychiatrischen Rechtsjrenbüros, das alle Jrenhäuserberichte verfolgen, „aufklären“ und zur Not mit Strafanträgen anden soll, in den eigenen Reihen wenig Gegenliebe gefunden haben, wird jetzt in psychiatrischen Fachzeitschriften für die Bildung einer Kommission agitiert, an die sich die Tagespresse wenden soll, sobald er über eine Jrenhausfall berichten will. Es soll dann jede falsche Nachricht „richtiggestellt“ und in geeigneten Fällen vom Deutschen Verein für Psychiatrie Klageantrag gestellt werden. Zunächst ist letzteres blanker Unsinn, denn ein Klagerrecht für Standesvereine, das ja unsere Reaktionsäre so gern durchsetzen möchten, wenn sie nicht das zweischneidige Schwert fürchten, existiert im Deutschen Reich erstens gar nicht und wird auch hoffentlich niemals Gesetzeskraft erlangen. Wollte aber die Presse sich wirklich so weit degradieren, daß sie die Verhinderung von Jrenhausangelegenheiten von der Meinung einer Jrenkommission abhängig macht, so würde man zweifellos das Schamspiel erleben, daß die Jrenärzte jede Nachricht als falsch hinstellen und damit die gesamte Verleumdung über Jrenhausdinge unterbinden. Das ist natürlich auch nur des Pudels Kern. Die Herren schneiden sich doch wohl gewaltig, wenn sie in ihrer Nachgiebigkeit glauben, einen derartigen Einfluß auf die deutsche Presse gewinnen zu können. Es vergessen dabei, daß in dieser Frage nicht Parteinteressen mißzuwägen, vielmehr alle Parteirichtungen bis ins konservative Lager hinauf die Existenz von Jrenhausmissständen einmütig anerkennen.

Die Nachfrage nach „städtischen“ Coeffischen hat bereits ganz erheblich nachgelassen. In allen zehn dafür bestimmten Marktstellen ist der Anpruch des Publikums, der anfangs so bedeutend war, auf die Hälfte des bisherigen Umfangs herabgegangen, obwohl die Verkaufsfähigkeit der Ware noch wie vor tabellarisch genannt werden muß. Man führt das darauf zurück, daß zunächst eine gewisse Ueberfüllung in Coeffischen eingetreten ist. An der Einrichtung selbst soll aber vorläufig nichts geändert werden, denn zweifellos wird der Verbrauch an billigen, guten Coeffischen...

wieder leben. Neben mit Einleit. höherer Winkelsperat. auf die Not in der unteren Bevölkerung.

Die Alt-Katholiken Berlin und die Kirchensteuer. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der katholischen Kirchengemeinden...

Die vereinigten Buchdruckereibesitzer Berlin verlangen an ihre Kunden ein Preiserhö. in dem sie unter Hinweis auf den neuen Buchdrucktarif...

Unfall beim Bau der Untergrundbahn. Beim Bau der Untergrundbahn am Alexanderplatz ereignete sich gestern mittig ein Unfall...

Ein skandalöse Anheftung machen vorgestern nachmittags einige Arbeiter in der Wuhlbade. Auf dem russischen Kalkbaderplatz...

Durch einen Dampfer in den Grund geholt. Im Wernsdorfer See hat vorgestern ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Raddampfer...

Depotuntersuchungen. Der Kontur des wohlbekanntesten alt-eingeleiteten Berliner Bankgeschäfts Hermann Voss, dessen Inhaber vor kurzem starb...

Pankow. In der außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse H. a. über: „Den Weg zur Befreiung...“

kaufe auf einer Erbschaftsmasse 184 000 M. in Wertpapieren gegeben worden, doch konnten diese glücklicherweise noch gerettet werden...

Feuer in einem Anstalt. Ein gefährlicher Brand, der die Feuerwehre volle vier Stunden lang beschäftigte, kam gestern früh kurz nach 9 Uhr in der Prinzessinnenstraße 26 am Northplatz zum Ausbruch...

Gefunden worden ist bei dem am Sonntag, den 28. November, veranstalteten Konzert der Männerchor „Nord“ in Böhmens Brunner, Prenzlauer Allee 247, eine Leidschmerz...

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Unter die Räder des eigenen Wagens geriet am Mittwochnachend der Professorenlager Paul Puhmann, Berliner Str. 29 wohnhaft...

Oris-Budow. Zur gegenwärtigen Feuerung wird nun auch Oris Stellung nehmen, nachdem bereits eine Anzahl Orte unseres Kreises Maßregeln gegen dieselbe ergriffen haben...

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag in der Chausseestraße, unweit des Rathauses. Dort verlor ein etwa 30-jähriger Herr...

Petershagen bei Friedersdorf. Die letzte Gemeindevertreterversammlung gab zunächst ihre Zustimmung zur Uebernahme der Straßenparzellen in der Reichsstraße...

Trebbin (Kreis Teltow). Vom Bildungsausschuss. Gefreudlicherweise ist mitzuteilen, daß die Beteiligung an den alljährlichen Vorträgen immer reger wird...

Zbandau. Nicht gerade auf prompte Geschäftsführung in der Steuerverwaltung läßt folgende an ein fünfjähriges Mädchen Dora G. gerichtete Vorladung schließen...

Pankow. In der außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse H. a. über: „Den Weg zur Befreiung...“

welche sich zur Mittelfe bei den Wahlarbeiten bereitgestellt haben, ihre Adresse der Bezirksleitung sofort bekannt geben...

Birkenwerder. Für ungültig erklärt hat der Kreisaußschuß die 8. April dieses Jahres erfolgte Gemeindevertreterwahl auf den Einbruch unserer Genossen...

Nowawes. Der Bauverein erzielte in seinem 10. Geschäftsjahre, das die Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911 umfaßt, einen Umsatz von 358 908,42 M...

Arbeiter-Vanderberer Berlin. Wanderfahrt am Sonntag, den 3. Dezember, nach Genshagen, Kilmittler, Uehdahl, Panke, Laburg, Bernau...

Eingegangene Druckschriften. Von der „Neuen Welt“. In diesen das 2. Heft des 80. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervorgehoben: Freie Hand...

Wissenschaft und Bildung. Bd. 4. Politik. Von Prof. Dr. A. Ehrlich. 2. Bd. 33. Naturgeschichte Russlands. Von Prof. Dr. Th. Witt...

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Wetter. It shows weather data for various stations like Zandau, Hamburg, Berlin, etc.

Wetterprognose für Freitag, den 1. Dezember 1911. Mild und teilweise anhaltend, vorwiegend heftig aber möglich bei mäßigen stürmischen Winden...

Wetterhandb. Nachrichten vom Berliner Wetterbureau. Der Landesanstalt für Gewitterkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau...

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Wetter. It shows weather data for various stations like Zandau, Hamburg, Berlin, etc.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Besprechung findet Dienstag 8 Uhr, wenn über Treppen - 7 Uhr abends - nachmittags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabend von 10 bis 11 Uhr abends statt...



Weihnachts-Schuhwaren

in eleganten Präsentkartons

zu überraschend billigen Preisen

130 Verkaufsstellen

davon in Berlin und Umgegend:

- C. Spillmarkt 15. Teilh.
- C. Rosenhauer Straße 14
- W. Potsdamer Str. nur 30
- W. Schillstraße 16
- NW. Bismarckstraße 25
- NW. Turmstraße 41
- Böke Oldenburger Str.
- NW. Hannecker Str. 22
- SW. Friedrichstr. 240-241
- am Hälleschen Tor
- N. Brunnenstraße nur 37
- N. Friedrichstr. 127
- schräg gegenüber der Oranienburger Str. 88
- N. Danziger Straße 1
- N. Möllersstraße 3
- N. Reinkendorfer Str. 23
- gegenüber Planlagen-
straße
- O. Andressstraße nur 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstr. 32
- zwischen Oranienplatz
und A. Alberstr. 20
- SO. Oranienstr. 28
- unmittelbar an d. Hoch-
bahnhst. Oranienstr.
- SO. Wrangelstr. 48.

Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Str. 122-123,
Rudolf: Bergstraße 30-31,
Potsdam: Brandenburger Straße 84



Kamelhaarschuhe (mit Stoffmischung) Fils- und Ledersohle, mollig warm	Damen		Herren		Kinder	
	1.70	1.30	2.25	2.75	1.15	1.00 85 pt.
Kamelhaar-Schnallenstiefel beliebt. Geschenk, mollig warm	2.35		2.75		1.80	1.50 1.30
Schnallenstiefel f. Chromleder, warm Futter, genähte Ledersohle und Absatz. Für Haus und Strasse					Damen 6.00	Herren 7.50
Leder-Hausschuhe Sealskinfutter, genähte Ledersohle und Absatz, schwarz und farbig			3.50		mit Woll- futter 3.50	
Eis-Sportstiefel la Boxcall, Doppelsehle, rationell-elegante Modelle, für Herren und Damen, besonders preiswert					12.50	
Schnürstiefel für Herren und Damen mit und ohne Lackkappen, in Qualität, Form und Ausführung unerreicht					7.50	
Schnallenstiefel für empfindliche Herren, Sealskinfutter-Zwischensehle, das Wärmte für die Strasse					10.90	
Schnürstiefel für ältere Damen, Fils und Lederbesatz			6.00		4.85	3.85
Schnürstiefel für Herren und Damen, f. Chevreux und Boxcall, in modernsten Formen, gediegene Qualitäten					12.50 10.50	
Kinderstiefel Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel Für Knaben					in Boxhose	
unser berühmtes Fabrikat, solid und bequem, zum Schnüren und Knöpfen ::	Boxleder, moderne Form		Größen 25-27 27-29 29-31 31-33 33-35		35-37 38-40 40	
	M. 4.30		4.60 4.90 5.30 5.70		6.30 6.60 6.90	
	f. Chromleder, Derbyschnitt, Grösse 25-27 27-29 29-31 31-33 33-35		M. 4.25 4.75 5.25 5.75 6.25 7.25		Lackkappe, gestuppte Randsohle	

Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik

bel Burg Magdeburg

19. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. November 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

8 43 10000 300 [500] 821 800 [3000] 82 730 835
1130 218 69 879 910 87 951 2100 [500] 84 83 323
83 006 580 873 95 785 905 901 8230 35 88 570 [500]
44 404 923 91 4049 126 619 81 749 919 39 5940 211
444 883 [500] 82 718 901 8047 111 37 47 207 389
733 [500] 64 905 7094 [500] 412 522 [500] 29 87 046
84 60 [1000] 827 85 126 8233 892 [1000] 641 63 846
499 9246 [1000] 119 338 82 483 549 708 930 [1000]
10286 444 [3000] 99 534 97 614 11154 453 718
63 12636 806 958 13024 167 200 377 426 87 614
[1000] 624 785 804 30 14028 453 86 644 [500] 67
1723 88 [500] 826 87 89 832 79 15089 168 82 89
297 804 787 985 16075 138 [3000] 883 428 508 31
642 43 760 68 642 17116 22 275 360 802 [1000] 937
16112 89 63 [1000] 89 [3000] 235 378 497 663 704
39 880 930 19350 407 35 36 70 673 687 708 97 876 80
22064 323 467 759 21989 221 66 383 617 782
670 72 22037 80 123 359 329 744 24 23083 123 96
215 39 646 837 89 88 928 24066 23 225 [500] 83
[500] 91 382 425 647 61 908 56 25034 120 22 [1000]
43 282 334 44 483 881 697 735 90 682 953 20714
[1000] 52 132 74 475 570 65 657 718 27235 103 68
[1000] 76 83 258 389 614 75 607 24 35 960 22990
833 49 [1000] 76 342 [10000] 425 95 296 728 90 889
22177 382 438 78 [1000] 611 15 43 639 69 741
[3000] 65 657 91 970

30004 213 81 [1000] 303 466 635 97 741 67 84
676 830 84 31591 435 806 33 999 [1000] 32360 [500]
478 [500] 611 [1000] 824 65 764 93 994 33015 16
239 463 525 628 34027 173 359 965 780 963 70
53693 99 178 823 209 14 40 11 96 [3000] 308 401
73 [500] 98 870 906 57 38001 100 64 289 301 655
88 642 52 73 824 88 37013 [500] 69 449 61 651 658
823 98 47333 493 42 662 733 827 63 71 959 48002
68 78 [500] 487 88 96 708 823 49025 218 62 94 339
67 400 533 801 917 80

50320 [500] 446 98 99 533 62 704 22 24 76 805
696 51360 504 46 [500] 687 71 73 [500] 824 901 915
52093 195 214 413 82 617 707 33 532 53395 429
27 607 43 621 710 [500] 72 911 54081 86 [500] 257
[500] 468 716 904 56032 114 69 33 90 241 404 84
684 708 26 73 964 56000 365 415 35 874 [1000] 791
610 38 57617 61 48 170 96 [500] 383 367 610 21 87
729 67 [1000] 828 907 58026 115 306 32 620 33 687
[500] 756 817 982 59150 418 [1000] 621 753 684

60101 287 461 673 74 [500] 934 70 99 61269
616 62024 181 759 500 85 998 769 63164 932 82
64152 238 339 418 608 74 732 850 93 247 65120 344
[3000] 364 458 [3000] 617 43 71 609 726 95 81 842
68067 205 [500] 33 69 398 61 407 610 68 758 28 90
845 78 67072 85 164 201 541 528 364 719 871 989
68013 457 585 952 68046 123 79 278 306 43 618
89 823 80

78063 458 909 71047 122 306 6 30 31 82 88
460 [500] 588 650 [1000] 735 848 934 72078 275 305
421 78 529 83 608 13 817 923 73300 431 65 629 930
41 74097 63 112 90 240 810 47 600 735 75220 585
488 54 87 671 868 944 [500] 94 92 93 78041 64
312 13 322 74 62 611 [1000] 183 84 77108 37 4
67 203 47 308 620 82 690 [3000] 878 96 73056 119
69 253 623 61 608 745 635 78043 111 41 615 48
698 [500]

80331 72 122 86 430 45 728 888 968 71 69
81227 300 440 278 698 941 49 82143 210 53 371
413 [1000] 56 651 998 82063 245 80 329 436 812
611 67 74 [500] 769 97 854 68 28 930 84178 93 363
419 674 683 967 85333 324 406 73 767 980 86049
120 252 [3000] 412 99 894 600 91 709 61 [500] 65
85 696 37021 43 104 357 47 68 426 62 563 651
[3000] 763 88 808 88171 88 215 33 394 [500] 616 99
67 698 809 23 88070 117 237 [1000] 40 88 318 [500]
626 83 764 852 99 951 65

90111 298 358 911 49 91112 276 88 310 95 443
694 676 906 92180 297 308 89 413 677 96 796 93260
80 64 409 504 65 190 82 885 94001 46 280 387 199
86 805 913 95192 561 449 61 60 [500] 129 98063
98 262 472 804 11 47 65 88 [1000] 97 833 29 67312

19. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. November 1911, abends.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

111 219 311 64 66 484 502 [500] 723 44 847 [500]
853 79 1104 6 84 92 374 96 424 87 80 870 639 80 728
77 672 94 2457 73 807 690 842 86 92 903 3071 270
267 87 410 911 15 [500] 25 4059 [500] 223 399 [3000]
610 30 44 898 5019 155 65 [3000] 73 249 314 625
788 876 79 964 8017 84 289 351 603 738 [1000] 880
659 80 96 7963 413 607 845 64 910 27 3063 308 701
886 8094 100 14 65 235 81 [1000] 314 463 564 604
12 [500] 22 733 971

10099 414 603 83 825 60 [500] 902 [3000] 11147
203 338 [1000] 849 822 [1000] 12051 62 [1000] 412
605 36 44 86 638 [3000] 978 13010 16 32 [3000] 103
208 79 898 430 59 611 618 805 14300 408 010 45 62
892 927 16999 182 246 493 [500] 613 727 869 903
16500 64 967 17671 184 209 427 [500] 637 692
778 68 90 943 [500] 31 86 443 74 [500] 806 [500] 719
19256 304 5 [500] 34 60 430 64 [500] 21003
20030 226 44 443 [500] 64 650 64 780 60 21003
83 113 240 387 [500] 530 [500] 67 95 [1000] 762 97
22104 252 300 18 90 543 63 873 [1000] 23174 203
[500] 89 418 66 446 [500] 67 683 702 71 862 24027
[1000] 142 210 357 444 52 79 87 688 710 808 [500]
88 211 74 25533 65 [1000] 104 339 54 600 61 908
26055 [500] 190 886 27012 [500] 126 47 217 491
691 738 28247 [3000] 68 62 75 733 40 20118 84
212 322 473 544 97 622 82 88 [500] 723 947 63

30263 418 38 510 742 93 97 31097 103 6 37
205 75 475 503 62 62 691 748 970 32010 26 160 [500]
208 506 [3000] 61 630 747 845 61 33219 163 90 812
27 58 858 762 [500] 90 852 937 66 34283 92 [500]
347 93 97 697 862 93 963 35029 263 87 350 93 747
630 45 983 86398 493 601 609 65 853 37084 101
217 341 428 693 97 728 48 [500] 64 [1000] 33185 336
[500] 38 82 652 98 787 675 965 39039 104 216 610
90 913

46038 106 370 63 95 602 842 912 32 41104 89
75 230 442 53 [500] 612 606 8 761 42273 98 [500]
314 61 69 400 11 46 890 626 822 950 43005 20 322
20 82 72 866 [3000] 632 [3000] 44195 295 344 47 99
62 67 676 85 45151 [500] 337 540 72 638 96 734 837
46027 240 37 [500] 454 606 16 738 801 27 900 15
26 47026 61 60 75 133 80 81 253 360 730 [1000]
48095 250 384 [1000] 411 89 502 820 827 970 99
48039 118 32 58 327 [1000] 815 86 699 895

50020 [500] 179 655 827 45 900 [3000] 51025
640 689 76 733 922 95 52160 75 63 200 90 322 [500]
85 439 81 95 657 [1000] 729 995 53107 293 65 447
63 618 65 [1000] 837 976 54078 140 61 76 [1000]
495 665 85 771 817 [500] 35 55217 62 317 505 626
97 [500] 636 71 56082 141 311 23 438 617 29 97 821
63 57221 321 600 735 874 946 58170 328 388 496 822
653 760 59103 [7] [1000] 241 71 505 839 210 17 952
60068 136 371 65 451 71 513 751 91 89 821 956
89 61180 373 590 641 745 991 62299 419 21 48
670 770 [3000] 802 16 908 63399 743 348 499 616
856 98 920 [500] 66 [3000] 63000 166 63 347 401
655 670 707 97 895 65041 79 124 54 275 622 477 97
641 774 838 913 66151 449 500 [500] 693 637 67176
272 301 91 444 628 826 82 64 65 70 701 605 60008
160 303 65 416 89 638 966 69070 195 205 [1000] 38
604 [500] 627 801 50 934

70189 473 85 601 767 603 60 71008 243 94 [1000]
620 85 73 735 868 72003 20 227 372 523 68 693 73271
265 620 749 806 72 [3000] 74107 13 296 309 49 60
[500] 629 698 160 897 93 890 51 75005 11 74 103 [500]
274 346 499 608 791 965 79 76389 451 56 1800 [500]
70 639 74 765 888 949 77002 [3000] 15 367 69 219
400 608 [500] 95 619 37 75 743 870 919 29 [500] 71 80
71 78485 125 72 232 384 431 612 631 67 617 83 942
70382 671 640 43 708 828 69 83

80067 223 46 85 403 93 79 81310 442 49 527 860
[500] 763 619 82070 82 187 96 354 495 608 20 70 788
613 [500] 40 [1000] 83016 42 99 225 42 338 317 633
963 84166 91 869 832 94 824 83271 89 23 517 635
890 829 947 86080 82 177 237 66 375 419 24 601 780
823 87110 202 87 483 670 733 68 978 318 34 88070
175 371 452 [500] 501 652 75 861 64 [3000] 99 908
64 89133 220 381 449 87 561 [1000] 603 4 773 [500]
616 68 90

90113 70 371 76 409 69 712 837 64 75 91017

19. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. November 1911, abends.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

111 219 311 64 66 484 502 [500] 723 44 847 [500]
853 79 1104 6 84 92 374 96 424 87 80 870 639 80 728
77 672 94 2457 73 807 690 842 86 92 903 3071 270
267 87 410 911 15 [500] 25 4059 [500] 223 399 [3000]
610 30 44 898 5019 155 65 [3000] 73 249 314 625
788 876 79 964 8017 84 289 351 603 738 [1000] 880
659 80 96 7963 413 607 845 64 910 27 3063 308 701
886 8094 100 14 65 235 81 [1000] 314 463 564 604
12 [500] 22 733 971

10099 414 603 83 825 60 [500] 902 [3000] 11147
203 338 [1000] 849 822 [1000] 12051 62 [1000] 412
605 36 44 86 638 [3000] 978 13010 16 32 [3000] 103
208 79 898 430 59 611 618 805 14300 408 010 45 62
892 927 16999 182 246 493 [500] 613 727 869 903
16500 64 967 17671 184 209 427 [500] 637 692
778 68 90 943 [500] 31 86 443 74 [500] 806 [500] 719
19256 304 5 [500] 34 60 430 64 [500] 21003
20030 226 44 443 [500] 64 650 64 780 60 21003
83 113 240 387 [500] 530 [500] 67 95 [1000] 762 97
22104 252 300 18 90 543 63 873 [1000] 23174 203
[500] 89 418 66 446 [500] 67 683 702 71 862 24027
[1000] 142 210 357 444 52 79 87 688 710 808 [500]
88 211 74 25533 65 [1000] 104 339 54 600 61 908
26055 [500] 190 886 27012 [500] 126 47 217 491
691 738 28247 [3000] 68 62 75 733 40 20118 84
212 322 473 544 97 622 82 88 [500] 723 947 63

30263 418 38 510 742 93 97 31097 103 6 37
205 75 475 503 62 62 691 748 970 32010 26 160 [500]
208 506 [3000] 61 630 747 845 61 33219 163 90 812
27 58 858 762 [500] 90 852 937 66 34283 92 [500]
347 93 97 697 862 93 963 35029 263 87 350 93 747
630 45 983 86398 493 601 609 65 853 37084 101
217 341 428 693 97 728 48 [500] 64 [1000] 33185 336
[500] 38 82 652 98 787 675 965 39039 104 216 610
90 913

46038 106 370 63 95 602 842 912 32 41104 89
75 230 442 53 [500] 612 606 8 761 42273 98 [500]
314 61 69 400 11 46 890 626 822 950 43005 20 322
20 82 72 866 [3000] 632 [3000] 44195 295 344 47 99
62 67 676 85 45151 [500] 337 540 72 638 96 734 837
46027 240 37 [500] 454 606 16 738 801 27 900 15
26 47026 61 60 75 133 80 81 253 360 730 [1000]
48095 250 384 [1000] 411 89 502 820 827 970 99
48039 118 32 58 327 [1000] 815 86 699 895

50020 [500] 179 655 827 45 900 [3000] 51025
640 689 76 733 922 95 52160 75 63 200 90 322 [500]
85 439 81 95 657 [1000] 729 995 53107 293 65 447
63 618 65 [1000] 837 976 54078 140 61 76 [1000]
495 665 85 771 817 [500] 35 55217 62 317 505 626
97 [500] 636 71 56082 141 311 23 438 617 29 97 821
63 57221 321 600 735 874 946 58170 328 388 496 822
653 760 59103 [7]

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, gedenkt Eurer Pflicht!

Kurzzeit toben eine ganze Reihe wirtschaftlicher Kämpfe, bei denen die Arbeiterinnen sehr interessiert sind: der Kampf in der Tabakindustrie, der in der Berliner Konfektion und der in der Metallindustrie. In der Tabakindustrie und in der Konfektion stellen die Arbeiterinnen das Hauptkontingent der Kämpfenden. Der Kämpfenden? Nein, derer, für die gekämpft wird. In der Zigarren- und Zigarettenindustrie wie auch in der Seinarbeit der Damenmantelkonfektion überwiegt die weibliche Arbeitskraft. So bekannt wie diese Tatsache ist die andere, daß die weibliche Arbeitskraft jämmerlich schlecht bezahlt wird. Und leider muß noch eine andere unerschwingbare Last auf sie lasten, daß die weiblichen Berufsangehörigen noch immer sehr mangelhaft organisiert sind. Die letztere Tatsache ist in erheblichem Umfange die Ursache der schlechten Entlohnung und des Troges der Unternehmer, Gläubigen die Arbeiterinnen dieses allein gegenüber, sie hätten schon verloren, ehe der Kampf begonnen. Die geschlossene, einheitliche Gewerkschaft, die eigenliche Kämpferin, muß und will die Arbeiterinnen aus ihrem Elend herausheben, ihnen eine menschenwürdige Existenz ertingen. Das gilt nicht nur von den beiden genannten Berufen, es gilt ganz allgemein. Die Aussperrung in der Metallindustrie setzt einige tausend Arbeiterinnen auf die Straße. Ähnliches kann jeden Tag in anderen Berufen geschehen, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind. Berufe, die keine weibliche Arbeitskraft aufweisen, gibt es kaum noch. Deshalb ist bei fast allen Kämpfen das weibliche Geschlecht als Arbeiterin interessiert. Daß die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeiter, Streiks, Aussperrungen, Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit usw. auch die Hausfrau und Mutter in ganz eminenter Weise berühren, ist ebenso bekannt. Einer näheren Darlegung darüber bedarf es nicht. Aber es muß den proletarischen Frauen, Müttern, Bräuten und — Arbeiterinnen nachdrücklich gesagt werden, daß sie in der allergrößten Weise ihre eigenen, die Interessen ihrer Familien und die der Gesamtheit des arbeitenden Volkes schädigen, wenn sie noch weiter wie bisher die gewerkschaftlichen Aktionen erschweren, indem sie selbst den Anschluß verweigern oder dulden, daß Familienangehörige unorganisiert bleiben. Hier ist ein wunder Punkt, hier gibt es einzusehen! Ganz allgemein muß die Forderung erhoben werden: Arbeiterinnen, organisiert Euch! Die Bedingungen der notwendigen gewerkschaftlichen Kämpfe fordern das. Unorganisiert seid Ihr für Eure männlichen Massengenossen ein Ballast, eine Hilfsarmee des Eurer eigenen und Eurer Lieben Existenz bedrohenden profitstückerischen Kapitals.

Organisiert Euch! Das ist die erste Aufforderung, die eindringlich aus allen Einzelheiten der Arbeiterinneneigenschaft klingt. Die Bedingungen dieser Existenz sind ebensoviel überzeugende Beweise dafür, daß die Lebenslage der lohnstrubenden Frauen und Mädchen dringend der Besserung bedarf.

Organisiert Euch! So mahnen bittere Zeiten der Arbeitslosigkeit, in denen entlassene Lohnsklavinnen auf der Suche nach Arbeit und Brot von Fabrik zu Fabrik wandern. So rufen die Tage der Krankheit, in denen viele Arbeiterinnen nicht wissen, woher genügend Mittel nehmen, um die erschwerte Gesundheit wieder zu kräftigen, die bedrohte Lebenskraft zu erhalten. So leidet die schwache Ungemacht, das die wertvollen Frauen und Mädchen überfällt, in dem sie keinen Ausweg wissen, keine Hilfe sehen, weil sie allen Häuten des Daseins gegenüber auf sich selbst gestellt sind.

Organisiert Euch! So predigen aber auch die Wissen und Wille der Arbeitsherren, ihre frohen Feste ohne saure Wochen, ihre Sommerferien und anderen Genüsse, kurz, ihre und der ihrigen luxuriöse Lebenshaltung, wie ihr todschender Reichtum. Der Geiz der Arbeit, den Ihr in ihrem Dienst leistet, muß mächtig genug sein, um alles dies zu ermöglichen, jedenfalls aber groß genug, nicht bloß den Herren, sondern auch Euch eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen. In dem Bewußtsein müßt Ihr nach Mitteln umsehen, die Euch zu Schwäche in Stärke verwandelt. Ein solches Mittel, die Euch zu helfen, ist die gewerkschaftliche Organisation. Sie stellt hinter Eure Schwäche als Einzelne die Kraft der Vielheit Eurer Berufsgenossinnen und Berufsgenossen, und über deren Reich hinweis Almer, die wie Ihr Umgebete sind. Die Kraft dieses Willens vermag aber mit dem gebotenen, gewinnlichstlichen Unternehmer erfolgreich um bessere Arbeitsbedingungen für Euch zu kämpfen. Sie verschafft Euch höhere Entlohnung, längere Arbeitszeit, Rücksichtnahme auf Eure Gesundheit, ärztliche Behandlung und andere Vorteile mehr. Sie tritt Euch vermittelt ihrer Unterstützungseinrichtungen in den Stunden der Bedrängnis als Beraterin, Helferin, Schlichterin zur Seite. Sie erlöst Euch von dem Bann der Sklavendunst und gibt Euch das Gefühl der Selbstachtung, indem sie Euch zum Bewußtsein führt, daß Ihr dem Druck der Ausbeutung vereinigt, nicht wehrlos, sondern widerstandsfähig gegenübersteht.

Darum: Organisiert Euch! Die gewerkschaftliche Organisation ist das beste Mittel, das Euch gegen die skrupellose Gewinnjagd des Unternehmers schützt. Wollt Ihr kluge und tüchtige Kämpferinnen sein, die ihre Stellen strengen, dann tut Eure Pflicht: Organisiert Euch!

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Veranstaltung für Frauen und Mädchen. Montag, den 4. Dezember, 8 Uhr, in Reichers Neuer Volkshaus, Köpenicker-Str. 99/7. Vortrag des Schriftstellers Julius Wab über Gericht. „Bouff“.

Jugendbewegung.

Arbeiterjugend.

Die folgenden erschienenen Nr. 24 und n. a. folgenden Inhalt: Hunderttausend Überlebende. — Märkel vom Reichstag. II. Wie der Reichstag arbeitet. Von W. Schneidermann. — Bei den Stockholmer Jugendparaden. Von Paul Richter. — Die Schwindelkunst. (Mit Illustration.) — Landsturm bei Bouffan am Reder. Zeichnung von Hans Kleeber. — Die Internationale. (Schluß.) Von Wilhelm Schröder. — Vom Reichstagskomplex. — Die Gegner von der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage usw.

Von E. Hoernle. — Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonnen. Von R. Krause. (Mit Illustration.) — Herbstwanderung. Von Jürgen Brand. — Päder für die Jugend. — Die Wölfe. Erzählung. — Überhand Kurzweil.

Soziales.

Weitere Amtshauer von Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten bei den Versicherungsanstalten.

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 2 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat, wie der gestrige „Reichsanzeiger“ mitteilt, bestimmt, daß die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten sowie der gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Vorständen der Versicherungsanstalten bis zum 31. Dezember 1913 dauere.

Das Gewerbegericht gegen Lehrlingsausbeutung.

Der Photographenlehrling Sch. und sein Vater klagten am Mittwoch gegen den Photographen Danko auf Kündigung des Lehrvertrags und Erteilung eines Zeugnisses wegen mangelhafter Ausbildung und Mißhandlung des Lehrlings. Der Beklagte hat Widerklage auf Zahlung der Vertragsstrafe von 100 M. erhoben, weil der Lehrling nach seiner Meinung die Lehre gründlos verlassen habe. Die Beweisaufnahme ergab, daß dem Lehrling weder Verlässlichkeits- noch Aufstiegsauspausen gewährt wurden. Nur minutenlang wurde die regelmäßig täglich eintreffende Arbeitszeit unterbrochen, um etwas Nahrung einzunehmen. Diesen offensichtlichen Verstoß gegen die zwingenden Vorschriften des § 193 der Gewerbeordnung ersuchte das Gewerbegericht mit Recht für hinreichend, um die Kündigung des Lehrvertrags zu verlangen. Das Gericht empfahl dem Beklagten in die Höhe des Vertrags zu willigen und das gewünschte Zeugnis auszustellen sowie die Widerklage zurückzunehmen. Dem wurde vom Beklagten entsprochen.

Weltlosigkeit des Heimarbeitergesetzes.

Das internationale Institut für Arbeitserforschung in Genéve (Paris) protestiert in einer Depesche an uns gegen Annahme des meißeligen Heimarbeitergesetzes im Reichstage. Es hebt hervor, daß die Einrichtung englischer Lohnämter das Heimarbeiterleben in England zum Teil heillos habe und fragt: warum bleibt Deutschland zurück? Im Septemberheft des Organs des Vereins, „Dokumente des Fortschritts“, ist eine Rede von Prof. Dr. A. Brode enthalten: „Jawohl! ist eine eingehende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“ (Gefährdungen Englands, Kanadas und Australiens.) Auch diese Studie bringt den Nachweis für das erfolglose Funktionieren der englischen und australischen Lohnämter zur Heimarbeiterelends durch Minimumlohnbestimmungen. Die Darlegungen des Vereins bewegen sich in derselben Richtung wie der sozialdemokratische Heimarbeiterkongress von 1906 und wie die Arbeiten anderer Parteifreunde im Reichstage. Wenn den deutschen Heimarbeitern Lohnkommissionen mit dem Befugnis zur Festsetzung von Minimumlöhnen erteilt werden, so sind hieran die bürgerlichen Parteien und die Regierung schuld.

Ein Landgericht gegen das Gefinde-Prüfungsrecht.

Obwohl durch das Bürgerliche Gesetzbuch das Gefinde-Prüfungsrecht formell beseitigt ist, wird doch häufig von den Dienstherrn weitergeübt. Die händlichen und häßlichen Herrschaften werden in ihrem Tun durch zahlreiche Gerichtsentscheidungen, die den prüfenden Arbeitsherrn „Nolens“ gegenüber den mißhandelten Dienstherrn zugunsten, Mißhandlung und Prozeßkosten verlaufen. Der Dienstherr prüft einen Dienstherrn dieser Art aus dem Dienst. Der Prüfungsbescheid erstattet bei der Vorübergehenden Strafverfolgung wegen Kontraktbruch. Dinter dem Dienstherrn wird ein Strafgehalt festgesetzt und das Strafgericht beauftragt diesen, nachdem es den Prüfungsbescheidern als Kronzeugen vernommen habe.

Von diesem Gerichtsbescheid hebt sich um so mehr ein Strafammerurteil ab, das den Kontraktbruch eines Dienstherrn, der vom Dienstherrn mißhandelt wurde, für straflos, nicht für berechtigt erklärt.

Der Knecht D., bedienstet bei einem Pfarrpächter bei Gredowen in Mecklenburg, hatte eines Tages laut geschimpft, weil er seinen Nachmittagsbrot mit Brot nicht erhalten hatte. Der Dienstherr stellte ihn in seiner Schlafkammer deshalb zur Rede, wobei es zu einer Ausbruchsdeutung kam. In deren Verlauf schlug der Pächter den Knecht am Hals, schlug ihn mit der Hand mehrmals ins Gesicht, so daß der Knecht am Kopf blutete, und ließ ihn schließlich an die Wand. Der Knecht erkrankte zwei Tage und verlor am dritten Tage die Arbeitskraft. Auf Antrag des Gutsherrn bestrafte das Amt den Knecht mit zehn Mark. Die Strafe wurde vom Schöffengericht Gredowenmühlen selbstständig beseitigt.

In einem anderen Urteil vom dieser Tage die Strafammer des Landgerichts in Sverin. Das Gericht stellte fest, daß eine Mißhandlung vorläge, zu welcher der Dienstherr nicht berechtigt sei, und die somit dem Knecht das Recht gäbe, den Dienst ohne Kündigung zu verlassen. Daß dieser sich nach drei Tagen Gebrauch gemacht, finde seine Begründung in einer Bestimmung der mecklenburgischen Gefindeordnung, wonach ein mißhandelter Dienstherr innerhalb einer vollen Woche noch berechtigt sei, den Dienst ohne Kündigung zu verlassen. Der angeklagte Knecht, dem seine Organisation einen Verteiler zur Seite gestellt hatte, wurde daher freigesprochen und ihm der Erfolg seiner Auslagen aus der Staatskasse zugesprochen.

Durch das freisprechende Urteil ist es dem Knecht nun auch möglich geworden, auf dem Wege des Zivilprozesses mit Erfolg seinen ausständigen Lohn herauszuholen, den sonst im anderen Falle der „Schadenstafel“ für den Kontraktbruch einbehalten hätte.

Gerichts-Zeitung.

Das Ausschreiben erster Rahn.

Betrifft eine bedeutende Entscheidung des Kammergerichts. Sie ist auch deshalb interessant, weil es sich um die Anwendung einer gegen die national-polnische Bewegung gerichteten Regierungs-Vollziehungsordnung handelt. Die Vollziehungsordnung des Regimentspräsidenten zu Stamburg vom 8. Juni 1904 bestimmt u. a.: „Wer ohne Genehmigung flüchten und Rahn in anderen als den ursprünglichen Rahn- oder den bestimmten Reichs- und Landesfarben öffentlich anhängt, ausstellt oder trägt, wird bestraft.“

Die Vorschrift sollte sich in Calmar (Provinz Posen) über-treten haben. Am 30. April folgte die organisierte Arbeiterkassette der Stadt in einem Gartenfest ein kommunistisches Amt. Ein Eingangs war ein Transparent angebracht, das zu jeder Seite von einem roten Rahnchen flankiert wurde. Damit wurde der Angeklagte verantwortlich gemacht. Die Strafammer in Calmar erklärte als Verurteilungsbefugnis den Angeklagten für ein Verbrechen. Das Gericht entschied die Verurteilung für rechtmäßig und führte aus, daß es gleichgültig sei, ob die Rahn von größerem oder geringerem Umfang wären. Auf jeden Fall seien sie nicht so harmlos gewesen,

daß sie nicht von der Straße aus hätten bemerkt werden können. Der Angeklagte legte Klaffen ein und bestritt vor allem die Gültigkeit der Verordnung. Wenn eine solche Verurteilung gültig wäre, dann könnte ja auch das Tragen von Rahnchen in anderen Rahnchen verboten werden. Dabei könnte aber keinerlei volkswirtschaftliche Nachteile entstehen. Die Verurteilung erfolgte, um national-polnischen Demonstrationen entgegenzuwirken. Das Tragen, Anhängen und Ausstellen von Rahnchen, Kolochen usw. in den politischen Rahnchenorden habe unmöglich gemacht werden sollen. Angeklagter bestritt auf Urteile der Gerichte, in denen das zum Ausdruck gelangt. — Aber selbst wenn die Verordnung gültig und auch auf andere Rahnchen anwendbar wäre, so kann sie im vorliegenden Falle doch nicht angewandt werden. Denn hier seien die roten Rahnchen nicht als Rahnchen anzusehen, sondern man habe sie nur als Dekoration neben dem Transparent betrachtet.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts demarct dieser Tage die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Die Verordnung ist rechtmäßig. Sie habe ihre Stütze in § 66 und 6 des Reichs-Bürgerlich-Gesetzbuchs. Danach gebühre zu den Gegenständen polizeilicher Aufsicht die Ordnung, Sicherheit und Reinlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Gassen, sowie die Ordnung und Sauberkeit der öffentlichen Zusammenkünfte größerer Menschenmengen. Welches zu führen, sei der Zweck der Verordnung. Der Angeklagte sei auch mit Recht wegen Hebelsetzung der Verordnung bestraft worden.

Die Auffassung des Kammergerichts steht in unübersehbarem Widerspruch zu der Tatsache, daß viele landespolizeiliche Vorschriften neben dem § 360 Bürgerlich-Gesetzbuchs sind. Das ist früher auch vom Oberverwaltungsgericht und vom Reichsgericht anerkannt. Der Kurs ist ein anderer geworden, seitdem man sich wieder mehr dem Vergleichbaren nähert, durch polizeiliche Maßnahmen politische Bewegungen lösen zu können.

Ordnung des Gehalts für die Sicherheit des Verkehrs.

Die Besagte in Inhaberin einer Danziger Postkutsche, in der man für 1,50 M. überfahren kann. Der Kläger legte in dieser Hinsicht einige Tage. Am 14. August 1909 mittags die Treppe nach dem belgischen Stodmer betreten hatte, kam er zu Fall und zog sich dabei erhebliche Verletzungen zu. Er macht die Besagte wegen der mangelhaften Instandhaltung der schiefen Treppe wegen der Treppe verantwortlich. Unter anderem behauptet er, daß die unteren Stufen abgetragen und glatt gewesen seien. Die Treppe, die im belgischen Stodmer liegt, habe nur durch eine Willkür der Besagten und der Inhaberin einen Schaden erlitten. Die Besagte bestritt dies, daß die Treppe bei ihr gewöhnlich nur bis zum Morgen des Tages und dann weiter gegeben. Frühmorgens und abends sei die Treppe nicht mehr gegeben.

Das Landgericht und Oberlandesgericht haben die Besagte keine Entscheidung mit der Inhaberin, daß ein Übergangsvertrag vorliegen habe und daß damit die Haftung für die Verletzung wegen der Treppe der Besagten zuzurechnen sei. Die Besagte habe die Pflicht gehabt, die Treppe in einem Zustande zu halten, der keine Gefahr für die Gäste bot. Sonstig gebühre auf dieser Pflicht die genügende Beachtung. Auf dem belgischen Recht könne sie sich nicht berufen. Denn der Gehalt der eine Übergangsvertrag zu bilden verleihe dem Kläger, so genau so gut wie jeder andere Gehalt verpflichtet, für die Sicherheit des Verkehrs Sorge zu tragen.

Die Besagte hatte das Urteil des Oberlandesgerichts durch Revision beim Reichsgericht angegriffen und besonders hervorgehoben, daß die Treppe schon vorher beschritten habe und ihren Zustand kenne. Das Reichsgericht hat am Mittwoch das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg zum Teil geändert und dem Kläger zu einem Betrag wegen mangelhafter Instandhaltung abgewiesen.

Eine verwerfliche Spekulation auf dem Wohlthätigkeitsbank.

fürte gehen den Krankensänger Wilhelm Sommerberg unter der Auflage des Reichsgerichts und der hiesigen Anwaltschaft vor den Staatsanwalt. Im vergangenen Sommer erlitten bei zahlreichen terminierenden Banken im Westen ein Mann in der Uniform der Sanitätskolonne vom roten Kreuz, dessen Dienst neben anderen Angehörigen die Chinesenarmee und die rote Kreuz-Abteilung zählte. Der Betreffende gab vor, im Auftrag des roten Kreuzes zu kommen und legte ein Sammelbuch vor, um freiwillige Beiträge in Empfang zu nehmen. Dies wurden ihm auch an zahlreichen Stellen in Höhe von 50 M. bis 2 M. zuzüglich. Der angeklagte Sanitätsunteroffizier erzählte dabei, daß er schon bei der Befestigung der Chinesen in Hamburg und später in China und in Südwestafrika tätig gewesen sei. Durch einen Zufall habe es sich herausgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelte, der sich auf diese Weise einen reichhaltigen Nebenverdienst zu verschaffen wolle. Als der Betreffende eines Tages bei dem Oberstaatsanwalt H. erschien, wurde er festgehalten und der Polizei übergeben, wo es sich herausstellte, daß der Festgenommene der wegen gleicher Verbrechen schon vorbestrafte jetzige Angeklagte Sommerberg war. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, da gegen den Schwindler, durch welche die unterstützungsberechtigten Wohlthätigkeitsbank etwa geschädigt würden, mit aller Härte vorgegangen werden müsse. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

Strafverurteilung.

Ein uneheliches Anwaltsverhältnis auf einer Anklage wegen Verführung zum Ehebruch, welche gehen unter Vorsitz des Landgerichtsrichters Sommermann vor dem Kammergericht des Reichsgerichts I. bestritten. Aus der Untersuchungshaft wurde der Angeklagte Karl Richter freigesprochen. Der bisher uneheliche Angeklagte schloß sich einem Arbeiter mit sich herum, den er, sobald ihm irgend etwas nicht paßte, herbeihole und drohte, sich damit zu erschlagen. Als er einmal bei einem Tanzabend im „Schwarzen Adler“ in Calmar „angetanzt“ wurde, zog er auch gleich den Scheitelpfeil hervor und drohte den Betreffenden niederzuschlagen. Vor einiger Zeit hatte er auf dem Landboden die Verurteilung eines Hausmädchens gemacht und war mit dieser ein Liebesverhältnis eingegangen. Nach einer überaus langen Strafe er dem Mädchen einen in Berlin gehaltenen Brief, in welchem er mitteilte, daß es ihm noch so gehen werde, wie er es auf der Rückseite des Briefes aufgeschrieben habe. Auf diesen Brief der Angeklagte ein vor einem Gerichte in Berlin angeschlossen. Der Gerichteinrichtete die Angeklagte „Hier ruht Karl Richter“. Als sich das Mädchen in Folge der fortwährenden Übergriffe (Schleichen von ihm loszuziehen wollte, brachte ihm der Angeklagte, daß er sich erschlagen werde. Am 8. September d. J. wurde er, daß auf der Straße auf und bestrafte es ihn zu dem Hause Geldstrafe 27 in Calmar, wo es eine Verurteilung zu machen sollte. Auf der Treppe zog er plötzlich einen Revolver hervor und schloß auf das Mädchen einen Schuß ab. Es kam mit keinem Schaden bei dem Schuß zu Boden. Hierauf feuerte der Angeklagte zwei Schüsse auf sich ab und trank außerdem eine Flasche Whisky auf. Während die Verurteilungen, die er sich selbst selbstständig hatte, nur in Berlin statt waren, schloß die Angeklagte, beim die Kugel in das rechte Auge gepannt war, längere Zeit zwischen Leben und Tod und trägt jetzt, da das Auge vollständig verlor, in ein Krankenhaus. — Das Gericht bestrafte den Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis, unter Einwirkung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungsstrafe verurteilt.

